



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 98

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE  
N. 98

---

vom 13.1.2016

---

del 13/1/2016

Präsident  
Vizepräsident

Dr. Thomas Widmann  
Dr. Roberto Bizzo

Presidente  
Vicepresidente

# WORTPROTOKOLL DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 98

vom 13.1.2016

## Inhaltsverzeichnis

Beschlussantrag Nr. 521/15 vom 26.11.2015, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend keine Prämie für Basisärzte für die Erhöhung der Impfquote . . . . .Seite 1

Beschlussantrag Nr. 525/15 vom 11.12.2015, eingebracht von den Abgeordneten Mair, Tinkhauser, Blaas, Leitner, Sigmar Stocker und Oberhofer, betreffend Stauvermeidung und Stauleitsysteme – Mobilitätskonzept 2030+ . . . . .Seite 4

Beschlussantrag Nr. 524/15 vom 9.12.2015, eingebracht vom Abg. Köllensperger, betreffend die Digitalisierung des Gesundheitswesens: Im benachbarten Trentino bietet sich ein bewährtes System zur kostenlosen Nutzung an . . . . . Seite 12

Beschlussantrag Nr. 517/15 vom 25.11.2015, eingebracht vom Abgeordneten Urzi, betreffend Gemeinsamer Einsatz gegen jede Form von Fundamentalismus und religiösem Fanatismus . . . Seite 25

Beschlussantrag Nr. 527/15 vom 15.12.2015, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Zimmerhofer und Atz Tammerle, betreffend Informationskampagne über Toponomastik . . . . . Seite 31

Beschlussantrag Nr. 534/15 vom 16.12.2015, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend den Landesapparat effizienter gestalten . . . .Seite 39

Beschlussantrag Nr. 536/11 vom 16.12.2015, eingebracht von den abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend die Überwachung der Luftqualität . . . . .Seite 42

# RESOCONTO INTEGRALE DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO PROVINCIALE

N. 98

del 13/1/2016

## Indice

Mozione n. 521/15 del 26/11/2015, presentata dal consigliere Pöder, riguardante niente premi ai medici di base affinché contribuiscano a una maggiore copertura vaccinale . . . . . pag. 1

Mozione n. 525/15 dell'11/12/2015, presentata dai consiglieri Mair, Tinkhauser, Blaas, Leitner, Sigmar Stocker e Oberhofer, riguardante: evitare e gestire le coda tramite sistemi di controllo del traffico – piano mobilità 2030+ . . . . . pag. 4

Mozione n. 524/15 del 9/12/2015, presentata dal cons. Köllensperger, riguardante l'informatizzazione della sanità, il sistema del vicino Trentino: una best practice disponibile in riuso gratuito . . . . .pag. 12

Mozione n. 517/15 del 25/11/2015, presentata dal consigliere Urzi, riguardante la sottoscrizione di un impegno comune contro ogni forma di integralismo e fanatismo religioso . . . . .pag. 25

Mozione n. 527/15 del 15/12/2015, presentata dai consiglieri Knoll, Zimmerhofer e Atz Tammerle, riguardante una campagna di informazione sulla toponomastica . . . . . pag. 31

Mozione n. 534/15 del 16/12/2015, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante maggior efficienza all'interno della "macchina provinciale" . . . . . pag. 39

Mozione n. 536/15 del 16/12/2015, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante il monitoraggio della qualità dell'aria . . . . . pag. 42

Beschlussantrag Nr. 538/15 vom 16.12.2015, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Blaas, Mair, Tinkhauser, Stocker S. e Oberhofer, betreffend die Führerscheinverlängerung wieder verlautbaren lassen . . . . . Seite 49

Mozione n. 538/15 del 16/12/2015, presentata dai consiglieri Leitner, Blaas, Mair, Tinkhauser, Stocker S. e Oberhofer, riguardante la reintroduzione dell'avviso di scadenza della patente . . . . .pag. 49

**Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann**

**Ore 10.02 Uhr**

*Namensaufruf - appello nominale*

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt. Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt. Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Für die heutige Sitzung haben sich Landesrätin Deeg (vorm.) und Abgeordneter Heiss entschuldigt.

Punkt 6 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 521/15 vom 26.11.2015, eingebracht vom Abgeordneten Pöder, betreffend keine Prämie für Basisärzte für die Erhöhung der Impfquote."**

Punto 6) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 521/15 del 26/11/2015, presentata dal consigliere Pöder, riguardante niente premi ai medici di base affinché contribuiscano a una maggiore copertura vaccinale."**

*Die Landesverwaltung will die Impfquote bei der Grippeimpfung von aktuell 36 % auf 45 % anheben. Um dieses Ziel zu erreichen, stellt sie den Basisärzten eine Prämie im Gesamtvolumen von 289.000 € zur Verfügung. Es bedarf der Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit über Vorteile und Risiken von Impfungen, jedoch keine Prämien für Hausärzte, damit diese die Patienten zum Impfen überreden. Dies vorausgeschickt,*

*verpflichtet  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung,*

*die für die Erhöhung der Impfquote vorgesehenen Prämienzahlungen zu streichen.*

-----

*L'amministrazione provinciale intende far aumentare le vaccinazioni antinfluenzali dal 36% al 45%. Per raggiungere questo obiettivo ha stanziato 289.000 € da destinare ai medici di base sotto forma di premi. Piuttosto prevedere dei premi per i medici di base affinché convincano i propri pazienti a farsi vaccinare, servirebbe un'ampia opera di informazione e sensibilizzazione su vantaggi e rischi dei vaccini.*

*Ciò premesso,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
impegna  
la Giunta provinciale*

*a revocare i premi previsti ai fini di una maggiore copertura vaccinale.*

Herr Abgeordneter Pöder, bitte.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Danke, Herr Präsident! Das ist eine ganz einfache Sache. Es gibt ja Prämien, wenn die Impfpflicht erfüllt oder die Impfquote, die es für Pflichtimpfungen gibt, erreicht wird. Wir wissen ja, wie umstritten Pflichtimpfungen sind. Es gibt eine recht aktive Gegnerszene im Bereich der Impfpflicht. Nachdem wir eine hohe Durchimpfungsrate haben – zwar erreichen wir bestimmte Grenzen noch nicht -, bin ich der Meinung, dass die derzeitige Situation völlig ausreicht, um einen ausgewogenen Gesundheitsschutz zu haben. Deshalb finde ich es nicht angebracht, dass bei Erreichen von bestimmten Grenzen Prämien an die Basisärzte gezahlt werden sollen. Vor einigen Jahren, als noch Richard Theiner der zuständige Landesrat war, hat man ganz offen mitteilen müssen, dass ein Sechsfach-Impfstoff, der in Südtirol an Tausende von Geimpften – vor allem Kinder - über viele Jahre hinweg verabreicht wurde, wirkungslos war, weil das Pharmaunternehmen eine denkbare schlechte Qualität an Impfstoff angeboten hat. Mir sind die Vorteile eines Sechsfach-Impfstoffs klar, aber es gibt

auch Nachteile. Mit diesem Impfstoff wurde vermittelt, dass in bestimmten Bereichen ein lebenslanger Impfschutz gegeben sei. Natürlich war das nicht Schuld des Landesrates oder Landesregierung, denn die wurde ja auch hinter Licht geführt. Man musste zugeben, dass man europaweit den Impfstoff eines bestimmten Pharmaunternehmens verabreicht hat, der die Wirkung nach wenigen Jahren verloren hat. Die Impfungen, die eigentlich ein Leben lang gelten hätten sollen, mussten wiederholt werden. Ich halte es für schwierig, eine Entscheidung zu treffen, nachdem sich selbst Mediziner nicht immer einig sind. Es ist richtig, dass wir eine bestimmte Durchimpfungsrate erreichen, aber dass man an die Basisärzte Prämien für die Erhöhung der Impfrate zahlt, scheint mir doch etwas abenteuerlich zu sein. Angesichts der vielen Diskussionen, die geführt werden, ist das doch eine sehr persönliche Entscheidung. So einfach ist es nicht. Man kann nicht sagen, dass es rundweg schlecht ist. Man kann aber auch nicht sagen, dass es rundweg gut ist. Wir haben in bestimmten Bereichen die Durchimpfungsrate nicht erreicht, aber wir haben trotzdem eine sehr hohe Durchimpfungsrate. Die Prämie scheint mir auf jeden Fall fehl am Platz zu sein.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ich kann da anknüpfen. Auch an uns ist die Frage ergangen, ob das tatsächlich stimmt. Angesichts dieser Tatsache ist man allgemein ungläubig, und deshalb würde auch ich um eine Auskunft bitten, wie es mit dieser Sache steht. Sollte das tatsächlich stimmen, dann werden wir diesem Antrag auf jeden Fall zustimmen. Es ist ein gravierender Eingriff in die Gewissensfreiheit eines Arztes/einer Ärztin, mit öffentlichen Geldern eine einzige Version voranzubringen, die durchaus mit Zweifel behaftet ist. Wir haben schon des Öfteren darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, den Familien, die diese Entscheidung anders treffen möchten, diesbezüglich Eigenverantwortung zu überlassen, insbesondere in einem Land wie dem unseren, in dem es ein hohes Gesundheitsbewusstsein gibt und nicht davon ausgegangen werden kann, dass es sich hier um Vernachlässigungsfälle handelt. In den meisten Fällen ist es eine bewusste Entscheidung von Menschen, die sich ausführlich dokumentiert haben. Deshalb haben auch wir berechtigte Zweifel an einer so gestalteten Prämie, die noch dazu mit öffentlichen Geldern verwaltet würde.

**HOCHGRUBER KUENZER (SVP):** Es ist für mich nicht nachvollziehbar, die den Vertrauensarzt wählen, der also eine Prämie bekommen soll, wenn er die Leute dazu auffordert, sich impfen zu lassen. Das ist draußen nicht gut angekommen. Die Menschen fragen sich, welchen Auftrag ihr Vertrauensarzt hat. Geht er auf mich ein oder gibt es andere Kriterien, auf die er in erster Linie eingeht? Eine Sensibilisierungskampagne für die Freiwilligkeit der Impfung wäre sinnvoller und zielführender. Ich erinnere an die Sensibilisierungskampagne für die Organspende, die landauf, landab sehr gut angekommen ist. Dasselbe könnte mit der Impfung gemacht werden.

Wir wissen auch, wer am resistentesten gegen die Grippeimpfung sind, nämlich viele Mitarbeiter im Sanitätsbetrieb. Tatsache ist, dass genau diese Menschen sich weigern, diese Impfung zu machen. Ich bin der Meinung, dass die Sanität einen anderen Weg gehen sollte und nicht den Weg der Belohnung über eine Prämie.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Io non sono molto favorevole ai vaccini, figuriamoci a dare dei premi ai medici di base per incentivare le vaccinazioni. Sono d'accordo di fare una campagna di informazione così ognuno in propria coscienza decide se vaccinarsi o meno. Ma che noi, Provincia autonoma, arriviamo a dare dei premi perché la popolazione venga vaccinata, credo che facciamo il massimo di ciò che non va bene eticamente. È chiaro che l'occasione rende l'uomo ladro, se io so che posso guadagnarci se convinco il paziente a vaccinarsi, cercherò di portarlo su quella strada.

Voterò quindi a favore della mozione presentata dal collega Pöder, e spero che questi premi vengano tolti immediatamente.

**ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Auch für uns stellt sich in erster Linie die Frage, ob sich diese Feststellung bestätigt, das heißt, dass die Basisärzte Prämien für die Grippeimpfungen bekommen. Das wäre sehr bedenklich. Die Kollegin Hochgruber Kuenzer hat bereits gesagt, dass man den Vertrauensarzt wählt und ihm deshalb vertraut, dass er einen in Bezug auf die Grippeimpfung gut berät. Wenn eine Prämie in Aussicht steht, dann ist der Vertrauensarzt befangen und kommt nicht mehr seiner Aufgabe nach, die Patienten neutral zu informieren. Vor einem Jahr musste ein Grippeimpfstoff sogar zurückgezogen werden, weil er fraglich war. Hier sieht man, wie wichtig Information und Aufklärung sind. Im Mittelpunkt muss der Patient stehen und nicht das Vorhaben, die Impfraten durch Prämien in die Höhe zu treiben. Sollte diese Feststellung bestätigt werden, werden wir diesem Beschlussantrag natürlich zustimmen.

**BLAAS (Die Freiheitlichen):** Auch ich finde diesen Beschlussantrag sinnvoll. Die Ärzte stehen sowieso in keinem guten Licht, was das Entlohnungssystem in Kommissionen und Prämiensystem anbelangt. Zum einen steht man im Verdacht, dass man aus Geldgründen etwas besser und ordentlicher macht, zum anderen besteht der Verdacht, dass hier die Pharmedia etwas forciert, was nicht unbedingt im Sinne der Bürger ist. Deshalb finde ich es richtig, dass die Prämienzahlung abgeschafft wird. Allerdings könnte ich mir vorstellen, dass man diese Summe für eine bessere Aufklärung der Leute einsetzen könnte.

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich erlaube mir einmal die grundsätzliche Vorbemerkung, dass wir alle der Meinung sind, dass wir etwas mehr Geld für die Prävention ausgeben sollten. Die WHO sieht diese Maßnahmen als wesentliche Präventionsmaßnahmen und hat deshalb vorgegeben, dass es wünschenswert wäre – hier reden wir von Impfungen, die freiwillig sind -, dass man auf einen Prozentsatz von 75 Prozent kommen sollte. Vielleicht noch eine weitere Vorbemerkung. Für Leistungen, die in der Allgemeinmedizin angeboten werden, ist grundsätzlich eine Zusatzbezahlung vorgesehen. Das ist in vielen anderen Bereichen auch der Fall.

Ich komme nun zu den Daten und Fakten. Europaweit schätzt man, dass aufgrund von Grippe 40.000 Menschen im Jahr frühzeitig sterben. Deshalb haben sich die Gesundheitsministerien der jeweiligen Länder der Vorgabe der WHO angeschlossen. Wichtig ist auch die Anmerkung, dass es hier nicht darum geht, dass Ärztinnen und Ärzte in einen Konflikt kommen. Es geht darum, dass sie für ihre Informationstätigkeit, die sie in diesem Zusammenhang ausüben, etwas zusätzlich bekommen. Die Summe, die hierfür vorgesehen ist, liegt bei ungefähr 290.000 Euro, wenn sie zur Gänze ausgeschöpft wird, was nur der Fall ist, wenn die Durchimpfungsrate 50 Prozent erreicht. Wir sind in Südtirol bei einer Durchimpfungsrate von 36,6 Prozent, wobei man sagt, dass es gerade für die älteren Menschen gut wäre, wenn sie sich impfen würden. Auf staatlicher Ebene liegt sie bei 48,8 Prozent. Deshalb haben wir das auch in Südtirol vorgesehen.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Natürlich wissen wir, dass die Impffrage mittlerweile fast schon eine Glaubensfrage ist. Wer schon einmal das ungute Gefühl miterlebt hat, mit einem Kleinkind zur Impfung gehen und sich vorstellen zu müssen, dass über einen Impfstoff Krankheitserreger in diesen kleinen Körper gespritzt werden, der weiß, wie schwierig das für Eltern ist. Einerseits will man das Kind so gut wie möglich vor Krankheiten schützen. Andererseits hat man Angst vor den Auswirkungen des Impfens. Man muss sich auf den Ratschlag eines Arztes verlassen können und darauf, dass er so objektiv wie möglich ist. Mit einer Prämie einen Anreiz zu schaffen, zerstört diese Objektivität, die man erwarten kann. Ich halte das für falsch. Wenn jemand zu einem Arzt geht und ihn fragt, was er tun soll, und man im Hinterkopf weiß, dass der Arzt eine Prämie dafür bekommt, dass er einem rät, die Impfung durchzuführen, dann kann man gleich die Pharmafirma anrufen und fragen, was man tun soll. Ich halte das auch für sehr bedenklich, denn hier geht es um Impfstoffe, die von sehr wenigen Betrieben hergestellt werden. In der Regel gibt es für bestimmte Bereiche nur ein Unternehmen, das einen Impfstoff herstellt. Deshalb ist es sehr gefährlich, wenn wir eine Prämie für den Ratschlag zahlen, einen bestimmten Impfstoff zu nehmen. Letztlich läuft es darauf hinaus. Ich verstehe die Argumente der Landesrätin, die gesagt hat, dass die WHO eine bestimmte Durchimpfungsrate erreichen will. Wir sind hier allerdings nicht in einem prekären Zustand, was die gesundheitliche Entwicklung und Hygiene anbelangt. Die Durchimpfungsrate ist im Vergleich zu anderen Ländern der Welt wesentlich höher. Eine Entscheidung ist natürlich schwer zu treffen. Hier geht es nicht um eine Entscheidung für oder gegen das Impfen, sondern es geht darum, ob ich meinem Arzt vertrauen kann, wenn ich ihm eine Frage stelle. Wenn er der Meinung ist, dass man sich impfen soll, dann muss man das als objektiven Rat eines Arztes akzeptieren und nicht deshalb, weil im Hinterkopf eine Prämie herumschwirrt. Deshalb warne ich davor, denn das zerstört das Vertrauen der Bürger in die Ärzte.

**STEGER (SVP):** Zum Fortgang der Arbeiten. Ich würde um fünf Minuten Unterbrechung der Sitzung ersuchen.

**PRÄSIDENT:** Ich gebe dem Antrag statt. Die Sitzung ist kurz unterbrochen.

ORE 10.27 UHR

-----

ORE 10.37 UHR

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Ich eröffne die Abstimmung über den Beschlussantrag Nr. 521/15: mit 13 Ja-Stimmen und 17 Nein-Stimmen abgelehnt.

Wir kommen zu Punkt 7 der Tagesordnung, Beschlussantrag Nr. 524/15. Herr Abgeordneter Köllensperger, bitte.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Zum Fortgang der Arbeiten. Ich ersuche, inzwischen mit dem nächsten Tagesordnungspunkt weiterzugehen und meinen Beschlussantrag gleich danach zur Behandlung zu bringen.

**PRÄSIDENT:** In Ordnung.

Punkt 8 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 525/15 vom 11.12.2015, eingebracht von den Abgeordneten Mair, Tinkhauser, Blaas, Leitner, Sigmar Stocker und Oberhofer, betreffend Stauvermeidung und Stauleitsysteme – Mobilitätskonzept 2030+."**

Punto 8) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 525/15 dell'11/12/2015, presentata dai consiglieri Mair, Tinkhauser, Blaas, Leitner, Sigmar Stocker e Oberhofer, riguardante: evitare e gestire le coda tramite sistemi di controllo del traffico – piano mobilità 2030+."**

*Überfüllte Straßen bedeuten auch in Südtirol immer wieder Stauverursachung, folglich erhöhte Abgasbelastung und Kosten. Dass das nicht sein muss, beweisen moderne Stadtentwicklungsplanungen, die darauf ausgelegt sind, Staus weitgehend zu vermeiden. Südtirol verfügt heute über kein nachhaltiges Mobilitätskonzept, das sich diese Prinzipien zu eigen machen würde. Oppositionelle Anträge werden zwar für gut befunden, aber abgelehnt. Eigene Mobilitätskonzepte der Regierungspartei lassen auf sich warten, die zufälligerweise angekündigt werden, sobald entsprechende oppositionelle Anträge eingereicht werden. Mediales Echo finden höchstens großspurig angekündigte Versprechungen wie die Überetscher Bahn, die dann auf die lange Bahn geschoben bzw. durch Alternativkonzepte ersetzt werden, die im Vergleich zur Bahn nicht annähernd konkurrenz- und leistungsfähig sind und die über die Köpfe der Bürger hinweg beschlossen werden.*

*Die Südtiroler Mobilitätspolitik hat dringend neue Impulse nötig, an welchen sich auch Südtiroler Vorzeigunternehmen beteiligen sollen, die in der Südtiroler Mobilitätspolitik derzeit aus unerklärlichen Gründen kaum eine Rolle spielen, sowie Unternehmen, die in Südtirol eine moderne und innovative Vorzeigeregion vorfinden sollen und sich hier niederlassen.*

*Dies vorausgeschickt,*

*fordert  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung auf,*

*die folgenden Maßnahmen umzusetzen:*

- 1. Südtirol richtet in den Ballungszentren Stauleitsysteme ein, welche über dynamische, graphische Anzeigen jene Streckenlösungen vorschlagen, bei denen mit den geringsten Wartezeiten zu rechnen ist.*
- 2. Südtirol verwirklicht an den Stadträndern und besonders in Bozen „Park-and-ride“-Infrastrukturen, die bestmöglich mit dem öffentlichen Verkehr angebunden sind.*
- 3. Die Brennerautobahngesellschaft wird in die Pflicht genommen, für ausreichend Parkplatzmöglichkeiten an den Ausfahrten zu sorgen und eine Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel in einem annehmbaren Takt zu garantieren. Dies betrifft besonders Bozen Süd.*
- 4. Für Bozen wird als Landeshauptstadt mit einer derzeit untragbaren Verkehrssituation ein besonderes Mobilitätskonzept erarbeitet, an welchem sich internationale Verkehrsplaner beteiligen. Die Lösungen beziehen auch das Überetsch und die Bahnlösung mit ein.*
- 5. Für alle weiteren Straßen, die einer überdurchschnittlichen Staubebelastung ausgesetzt sind (z.B. Pustertalerstraße) werden Verkehrsstudien in Auftrag gegeben, die im Sinne einer nachhaltigen Mobilität deutliche Verbesserungen versprechen.*

6. *Südtirols Unternehmen, die weltweit innovative Mobilitätslösungen entwickeln, werden zu einem Mobilitätskongress eingeladen, um ihre Lösungskonzepte zu präsentieren.*
7. *Die Rolle des Fahrsicherheitszentrums wird überdacht und es wird besonders die Kooperation mit innovativen Unternehmen gesucht, die in Südtirol Tests im Sinne einer nachhaltigen Mobilität durchführen können.*
8. *Südtirol will in Sachen nachhaltiger Mobilität europaweit Vorreiter werden und innovative Ideen auf eine alpine Tourismusregion auszulegen. Dazu werden Förderungen, Erleichterungen für Betriebe, die sich in Südtirol niederlassen und Kooperationen mit den Forschungseinrichtungen eingerichtet.*

-----

*Anche in Alto Adige le strade congestionate creano regolarmente lunghe code e di conseguenza aumentano le emissioni dei gas di scarico e i costi. Tutto ciò si potrebbe evitare e lo dimostrano alcuni piani di sviluppo urbano all'avanguardia che consentono di limitare il più possibile il formarsi delle code. A tutt'oggi l'Alto Adige non dispone ancora di un piano di mobilità sostenibile che tenga conto dei suddetti principi. Le proposte presentate dall'opposizione vengono sì considerate valide, ma poi sono regolarmente respinte. I piani di mobilità del partito di maggioranza vengono – guarda caso – annunciati non appena arrivano le mozioni dell'opposizione, ma finora non s'è visto nulla di concreto. Tutt'al più i media riportano le grandi promesse fatte al riguardo – ad esempio il tram dell'Oltradige – che tuttavia non vengono mantenute ovvero sono sostituite da progetti alternativi assolutamente non paragonabili per competitività e prestazioni alla rotaia, e imposte senza il coinvolgimento della popolazione.*

*La mobilità altoatesina ha urgentemente bisogno di nuovi impulsi che potrebbero venire anche da aziende locali all'avanguardia, le quali inspiegabilmente non svolgono pressoché alcun ruolo nel settore della mobilità di questa Provincia. Anche le aziende che si insediano in Alto Adige – e che dovrebbero trovare una provincia innovativa e moderna – potrebbero dare un contributo in tal senso. Ciò premesso,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
invita*

*la Giunta provinciale*

*ad attuare le misure riportate qui di seguito.*

1. *Nei centri urbani la Provincia di Bolzano introduce sistemi di controllo e gestione del traffico costituiti da display dinamici, sui cui vengono visualizzati i percorsi alternativi più veloci.*
2. *La Provincia di Bolzano realizza nelle periferie dei centri urbani, e in particolare a Bolzano, infrastrutture "park and ride" collegate al sistema di trasporto pubblico.*
3. *La Società Autostrada del Brennero è chiamata a realizzare un numero sufficiente di posti auto presso le uscite autostradali e a garantire collegamenti sufficientemente frequenti con i mezzi di trasporto pubblico. Ciò vale in particolare per l'uscita Bolzano sud.*
4. *Per Bolzano, la cui situazione viaria è inaccettabile in quanto capoluogo della Provincia, viene predisposto un piano di mobilità particolare con il coinvolgimento di rinomati esperti del settore. Tali soluzioni tengono conto anche dell'Oltradige e del relativo progetto tramviario.*
5. *Per le restanti arterie soggette a emissioni di polveri sottili al di sopra della media (p.e. la strada della Pusteria) vengono commissionati studi volti a individuare concrete soluzioni migliorative ai fini di una mobilità sostenibile.*
6. *Le aziende altoatesine che sviluppano a livello internazionale soluzioni di mobilità innovative vengono invitate a partecipare a un convegno sulla mobilità perché possano presentare le loro soluzioni.*
7. *Il ruolo del Centro di guida sicura viene ridefinito; in particolare si avviano progetti di cooperazione con aziende innovative in grado di effettuare dei test ai fini di una mobilità sostenibile.*
8. *La Provincia di Bolzano intende assumere un ruolo pionieristico in Europa in materia di mobilità sostenibile e presentare proposte innovative adatte a una regione alpina ad alta vocazione turistica. A tale scopo sono previsti incentivi e agevolazioni per le aziende che si insediano in Provincia di Bolzano e che avviano cooperazioni con i centri di ricerca.*



Frau Abgeordnete Mair, bitte.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Präsident!

*Überfüllte Straßen bedeuten auch in Südtirol immer wieder Stauverursachung, folglich erhöhte Abgasbelastung und Kosten. Dass das nicht sein muss, beweisen moderne Stadtentwicklungsplanungen, die darauf ausgelegt sind, Staus weitgehend zu vermeiden. Südtirol verfügt heute über kein nachhaltiges Mobilitätskonzept, das sich diese Prinzipien zu eigen machen würde. Oppositionelle Anträge werden zwar für gut befunden, aber abgelehnt. Eigene Mobilitätskonzepte der Regierungspartei lassen auf sich warten, die zufälligerweise angekündigt werden, sobald entsprechende oppositionelle Anträge eingereicht werden. Mediales Echo finden höchstens großspurig angekündigte Versprechungen wie die Überetscher Bahn, die dann auf die lange Bahn geschoben bzw. durch Alternativkonzepte ersetzt werden, die im Vergleich zur Bahn nicht annähernd konkurrenz- und leistungsfähig sind und die über die Köpfe der Bürger hinweg beschlossen werden.*

*Die Südtiroler Mobilitätspolitik hat dringend neue Impulse nötig, an welchen sich auch Südtiroler Vorzeigunternehmen beteiligen sollen, die in der Südtiroler Mobilitätspolitik derzeit aus unerklärlichen Gründen kaum eine Rolle spielen, sowie Unternehmen, die in Südtirol eine moderne und innovative Vorzeigeregion vorfinden sollen und sich hier niederlassen.*

*Dies vorausgeschickt,*

*fordert*

*der Südtiroler Landtag*

*die Landesregierung auf, die folgenden Maßnahmen umzusetzen:*

- 1. Südtirol richtet in den Ballungszentren Stauleitsysteme ein, welche über dynamische, graphische Anzeigen jene Streckenlösungen vorschlagen, bei denen mit den geringsten Wartezeiten zu rechnen ist.*
- 2. Südtirol verwirklicht an den Stadträndern und besonders in Bozen „Park-and-ride“-Infrastrukturen, die bestmöglich mit dem öffentlichen Verkehr angebunden sind.*
- 3. Die Brennerautobahngesellschaft wird in die Pflicht genommen, für ausreichend Parkplatzmöglichkeiten an den Ausfahrten zu sorgen und eine Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel in einem annehmbaren Takt zu garantieren. Dies betrifft besonders Bozen Süd.*
- 4. Für Bozen wird als Landeshauptstadt mit einer derzeit untragbaren Verkehrssituation ein besonderes Mobilitätskonzept erarbeitet, an welchem sich internationale Verkehrsplaner beteiligen. Die Lösungen beziehen auch das Überetsch und die Bahnlösung mit ein.*
- 5. Für alle weiteren Straßen, die einer überdurchschnittlichen Staubelastung ausgesetzt sind (z.B. Pustertalerstraße) werden Verkehrsstudien in Auftrag gegeben, die im Sinne einer nachhaltigen Mobilität deutliche Verbesserungen versprechen.*
- 6. Südtirols Unternehmen, die weltweit innovative Mobilitätslösungen entwickeln, werden zu einem Mobilitätskongress eingeladen, um ihre Lösungskonzepte zu präsentieren.*
- 7. Die Rolle des Fahrsicherheitszentrums wird überdacht und es wird besonders die Kooperation mit innovativen Unternehmen gesucht, die in Südtirol Tests im Sinne einer nachhaltigen Mobilität durchführen können.*
- 8. Südtirol will in Sachen nachhaltiger Mobilität europaweit Vorreiter werden und innovative Ideen auf eine alpine Tourismusregion auszulegen. Dazu werden Förderungen, Erleichterungen für Betriebe, die sich in Südtirol niederlassen und Kooperationen mit den Forschungseinrichtungen eingerichtet.*

Kurz zur Erklärung. Wenn wir uns an die Vorstellung des Flughafenkonzeptes erinnern, so haben die Betreiber von Erreichbarkeit und Mobilität gesprochen. Wenn man mit Verkehrsexperten spricht, so werden einem diese erklären, dass Mobilität auch etwas anderes ist, dass sich Mobilität nicht auf die Thematik des Flughafens reduzieren lässt. Mobilität bedeutet auch, dass man einem Tag so viele Ziele wie möglich erreichen kann. Da gibt es in Südtirol genug Probleme, die zu beheben wären. Das beste Beispiel dafür ist der Bahnhof Bozen, ein dauerhafter Trauerzustand, der Touristen abschreckt, und das Bahnhofsviertel im Allgemeinen. Bozen hat seit vielen Jahren ein Verkehrsproblem, und das ist eigentlich bedauerlich. Als ich in Bozen zur Volksschule gegangen bin – das ist jetzt 35 Jahre her –, habe ich meinen Vater schon über den Verkehr schimpfen hören. Es hat sich eigentlich wenig geändert. Bezüglich der Bahnverbindungen wurde einiges getan, aber sie sind auch noch nicht das, was sie sein sollten. Wenn man mit den Zug von Bozen nach Wien fahren möchte, dann benötigt man von Bozen bis Innsbruck die Hälfte der Zeit, die man von Innsbruck nach Wien braucht. Das muss geändert werden. Trenitalia behauptet zwar das Gegenteil, aber jeder, der die Bahn nutzt, weiß dass es anders ist.

Ein weiterer Kritikpunkt, den ich anbringen möchte, ist, dass die Landesregierung immer wieder Einzelmaßnahmen herausgreift. Ich nenne da beispielsweise den Brennerbasistunnel. Die Landesregierung spricht sehr oft davon, dass es ein Gesamtkonzept brauche, was in vielen Dingen auch richtig ist. Beim Verkehr hat man das Gefühl, dass dieses Gesamtkonzept nicht vorhanden ist. Man hat auch das Gefühl, dass bestimmte Verbesserungen nicht gewollt sind. Zwar lobt man immer wieder Vorschläge, die von Seiten der politischen Minderheit kommen und spricht sich inhaltlich dafür aus, lehnt sie dann aber ab, weil sie wahrscheinlich von der falschen Seite kommen. Es wäre schön, wenn man im Laufe der Legislatur dann doch bestimmte Dinge beschließen würde.

Das ist mittlerweile der dritte Antrag zu dieser Thematik, wobei es konkret um Verbesserungen bei der Parkplatz-Situation entlang der Brennerautobahn geht. In Sachen Brennerautobahn bleiben zahlreiche Anliegen, die Südtirol dienen würden, aus. Man braucht sich nur einmal die Raststätten anschauen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich fragen, wie es damit aussieht. Es wurde ja einmal ein externer Berater damit beauftragt, die Raststätten südtirolgerecht zu gestalten und auf Vordermann zu bringen. Ich weiß nicht, ob das auch geschehen ist. Auch was die Park-and-Ride-Systeme mit Anbindung an die öffentlichen Verkehrsmittel am Rande von Bozen anbelangt, wäre das ein Vorschlag, um unnötige Staus zu vermeiden. Bezüglich der Verkehrsprobleme im Überetsch haben wir uns erst vor Weihnachten über die Überetscher Bahn unterhalten. Die Metrobus-Variante will eigentlich kaum jemand haben und das ist auch nicht der Alternativvorschlag, der das Problem lösen könnte.

Es braucht innovative Ideen und Konzepte. Südtirol hat bekanntlich Unternehmen, die sich mit innovativen Mobilitätslösungen befassen. Warum werden diese ignoriert bzw. warum bindet man diese nicht viel stärker ein? Wo bleiben diesbezüglich die Expertenmeinungen? In Südtirol hat man wirklich das Gefühl, dass die Entwicklung in Sachen Verkehr vor vielen Jahren stehen geblieben ist und man keine Visionen für die Zukunft weiterentwickeln will. Wie gesagt, Erreichbarkeit und Mobilität sind auch ohne Flughafen unbedingt verbesserungswürdig, unabhängig davon, was mit dem Flughafen geschieht. Die Landesregierung sollte nicht vergessen, dass hier sehr viele Dinge im Argen liegen. Man sollte wirklich versuchen, das gesamtheitlich zu sehen und verschiedene Konzepte zu entwickeln.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich hätte zunächst eine Frage an die Einbringerin, und zwar bezüglich Punkt 3 des beschließenden Teiles. Dort steht, dass die Brennerautobahngesellschaft verpflichtet werden soll, ausreichend Parkplätze zur Verfügung zu stellen und die Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel zu gewährleisten. Wie ist das gemeint? Soll die Brennerautobahngesellschaft einen Takt einrichten oder soll sich das Land dafür einsetzen, dass öffentliche Verkehrsmittel bis zu diesen Parkplätzen fahren? Das ist mir nicht ganz klar. Ich könnte mir vorstellen, dass es schwierig sein dürfte, die Brennerautobahngesellschaft zu so etwas zu verpflichten.

Sonst können wir diesem Beschlussantrag durchaus zustimmen. Er spricht ein Thema an, das von den Menschen nicht nur gefühlt wird, sondern das wir in Südtirol jedes Jahr erleben. Ich glaube, dass es wichtig ist, zwischen dem allgemeinen Verkehr auf der Brennerautobahn und der Verkehrssituation in der Stadt Bozen zu unterscheiden ist, wo das Chaos meiner Meinung nach zu einem großen Teil hausgemacht ist. Ich möchte dem Landesrat nur ein Beispiel nennen, das mir jüngst ein Fahrschullehrer erzählt hat. Es geht um die Situation am Bahnhof Bozen. Wenn Sie sich die Situation vor Augen führen, dann gibt es vom Landhaus bis zum Bahnhof einen Zebrastreifen, der mit einer Ampel geregelt ist. In ganz Europa ist es so, dass, wenn eine Ampel außer Funktion ist, der Vorrang für den Fußgänger gilt. In Bozen ist es so, dass die Autofahrer den Vorrang haben, wenn die Ampel gelb blinkt. Alle Autofahrer, die nicht aus Bozen kommen, halten an diesem Zebrastreifen an und wollen die Fußgänger über die Straße gehen lassen, weil sie es in der Fahrschule so gelernt haben. In Bozen ist es umgekehrt. Dort müssen die Fußgänger drücken, die Ampel schaltet auf rot und sie dürfen die Straße überqueren. Das sind solche irrsinnige Sachen, und man fragt sich wirklich, wem ein solcher Blödsinn manches Mal einfällt. Dass dann solche Verkehrssituationen wie am Bahnhof entstehen, braucht einen wirklich nicht zu wundern.

Eine zweite Situation ist die Brennerautobahn. Ich möchte daran erinnern, dass wir mit einer Landtagsdelegation ein Verkehrszentrum in Hessen besucht haben. Dort konnten wir uns anschauen, wie modernes Verkehrsmanagement funktioniert. Wenn es aufgrund von Baustellen zu Stausituationen kommt, dann werden die Autobahngesellschaften verpflichtet, diese Baustellen zurückzunehmen oder wenigstens so zu gestalten, dass der Verkehr trotzdem fließen kann. Ich habe oft den Eindruck, dass auf der Brennerautobahn Baustellen oft nach Gutdünken eingerichtet werden. Am Pfingstwochenende wusste man, dass es viel Verkehr Richtung Süden geben würde. Trotzdem hat man auf der Südspur eine Fahrspur gesperrt. Als am Wochenende die umgekehrte Situation eingetreten ist, hat man es umgedreht und eine Fahrspur auf der Nordspur gesperrt. Das Ergebnis war ein totaler Stau. Ich möchte den Landesrat erinnern, dass die Verkehrsregelung der Brennerautobahn vorsieht, dass nur eine gewisse Anzahl von Autos durchgelassen werden darf, um im Gebiet bei Modena keine Staus zu verursachen.

Manches Mal gibt es auf der Brennerautobahn einen Rückstau bis nach Matri, obwohl viele Autofahrer nicht nach Modena wollen, sondern in Südtirol bleiben. Es ist also eine dringende Überarbeitung des Verkehrskonzeptes notwendig.

**PRÄSIDENT:** Bevor ich dem Kollegen Steger das Wort gebe, möchte ich die Klasse 4A der Technischen Fachoberschule Meran mit Professor Schvienbacher begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

Kollege Steger, bitte.

**STEGER (SVP):** Danke, Herr Präsident! Ich möchte zunächst feststellen, dass es in den allermeisten Ballungszentren Probleme mit dem Verkehr gibt, nicht nur in Bozen, sondern auch anderswo. Die Mobilitätsentwicklung bzw. die politischen Entscheidungen und Weichenstellungen in den letzten zehn Jahren waren maßgeblich. Die Kollegin Mair wird mir Recht geben, wenn ich sage, dass zu Beginn der 2000-Jahre in der Mobilitätspolitik ein neuer Aufschwung entstanden ist. Wir haben in den letzten Jahren viel in Sachen Mobilität und Verbesserung der Dienstleistung am Bürger gemacht. Ich denke an die Takte im Bus- und Zugbereich, an die Citybusse, an den Nightliner und an vieles anderes.

Natürlich gibt es noch Probleme, deren Lösung wir gemeinsam angehen wollen. Ich möchte nun auf ein paar der Vorschläge der Kollegin Mair eingehen. Kollegin Mair, es gibt in Bozen bereits ein Leitsystem, das aber – da gebe ich Ihnen Recht - noch nicht genügend ausgebaut bzw. nicht effizient genug ist. Ich möchte jetzt nichts Falsches sagen, aber ich bin mir relativ sicher, dass es ein finanziertes EU-Projekt gibt, das in Bozen läuft und bei dem es genau um dieses Thema geht. Es geht darum, das Stauleitsystem für Bozen und Umgebung so zu organisieren, dass diese Zielsetzung erreicht wird.

In Bezug auf die Autobahn sagen Sie richtigerweise, dass es auch Parkraum braucht. Ich möchte darauf hinweisen, dass in den letzten Jahren auf der Brennerautobahn massiv Parkraum geschaffen worden ist. Ich denke nicht nur an Bozen Süd, sondern auch an andere Ausfahrten. Aufgrund des Tourismus gibt es natürlich Zeiten, in denen ein ganz anderer Aufwand zu betreiben ist. Es ist also schwierig, angemessen auf das Parkproblem reagieren zu können.

Was die Landeshauptstadt im Konkreten betrifft, stelle ich fest, dass es einige wesentliche Infrastruktur-Entscheidungen braucht. Wir haben erst gestern gehört, dass die Planung für den Süd-Tunnel zwischen St. Jakob und Kampill bereits im Gange sind und wir damit rechnen können, dass im Jahr 2018 mit dem Bau begonnen wird. Wenn Sie eine Durchlässigkeit in Bozen garantieren wollen, dann geht es auch um die entsprechenden Infrastrukturen. Wir brauchen diesen Tunnel, die Nordumfahrung und für den Zugverkehr den Virgl-Tunnel. Das sind Voraussetzungen, die wir haben müssen, um Ihr Ziel, Kollegin Mair, das ich teile, erreichen zu können.

Was man gerne übersieht, sind die positiven Dinge, die wir im Ballungsgebiet Bozen und rundherum in den letzten Jahren erreicht haben. Bozen ist die Radfahrerstadt Europas. In Bozen zirkuliert inzwischen mehr als die Hälfte der Bürger mit dem Rad. Das ist nachhaltige Mobilität, in die auch investiert worden ist. Das werden wir auch weiterhin tun.

Ein Letztes noch. In Bezug auf nachhaltige Mobilität gibt es eine Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Direktor Stoffner, die in den nächsten Monaten Ergebnisse liefern wird.

#### **Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: dott. Roberto Bizzo**

**PRESIDENTE:** La parola al consigliere Dello Sbarba, prego.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Questa mozione ha tanti aspetti in qualche modo contraddittori, per cui chiediamo la votazione separata della parte introduttiva e poi dei punti 1 e 7 su cui non siamo d'accordo. Sugli altri punti invece siamo d'accordo. Il criterio è la sostenibilità, però non basta mettere questa parola accanto a qualsiasi frase e allora diventa un'impresa sostenibile! Per esempio a noi un ruolo del Centro guida sicura per una mobilità sostenibile abbiamo difficoltà a capire che cosa possa voler dire, perché abbiamo una critica storica verso questa struttura.

Siamo critici soprattutto verso il punto 1 che riprende l'introduzione e il titolo. Qual è l'obiettivo della mobilità interna ai centri abitati? Il nostro obiettivo è di ridurre il traffico privato nei centri abitati, di tenerlo fuori per esempio a Bolzano, di sviluppare il trasporto pubblico. Il collega Steger ha detto che molte cose sono state fatte nella coalizione di centrosinistra con i Verdi a Bolzano per incentivare le piste ciclabili, la mobilità davvero sostenibile. Non è mobilità sostenibile quella di far passare più macchine più velocemente attraverso la città. Anzi, la nostra idea

sarebbe quella di liberare via via aree della città dal traffico privato, per esempio facendo delle zone pedonali nei quartieri, zone che possono diventare cuori vitali dei quartieri, dove le persone si incontrano senza l'attraversamento del traffico privato. Con il sistema di monitoraggio per evitare le file, che quindi deve indicare alle auto le strade vuote in cui poter passare più velocemente, il rischio è di portare il traffico anche nelle zone della città dove questo traffico non c'è. Secondo noi queste zone vanno semmai protette dall'affluenza di nuovo traffico e non il contrario.

Quindi sì a tutte le proposte che fa la collega Mair che riguardano la riduzione del traffico, l'incentivo del car pooling, l'idea del "park and ride" collegato al sistema di trasporto pubblico, studi seri su alternative di mobilità sostenibile sulle strade particolarmente inquinate e studi seri sull'inquinamento di queste strade, perché c'è per esempio una grande polemica sulle stufe a Laces però bisogna vedere dove sono messe le centraline, aumentare il numero delle centraline, aumentare la frequenza e l'esattezza dei dati di monitoraggio, tutti questi aspetti sono molto importanti. L'idea invece di dire alle macchine dove sono buchi vuoti per infilarsi e creare ulteriore traffico non ci trova d'accordo, quindi ripeto al presidente che chiedo la votazione separata della parte introduttiva e dei punti 1 e 7.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ich möchte auch noch einmal in diese Kerbe schlagen und darauf hinweisen, dass in der Stadt Bozen, wo die Grünen Nein-Sager ja mit an der Regierung waren, einiges geschehen ist. EU-finanzierte Projekte wurden zum Teil schon umgesetzt, wobei sich Stadträtin Kofler Peintner sehr dafür eingesetzt hat. Kollege Knoll, zur Ampel am Bahnhofplatz Folgendes: In Bozen diskutiert man immer lange über alles, und auch über diese Ampel hat man lange diskutiert. Es war nicht leicht, eine Lösung zu finden. Wenn man sich die Situation jetzt anschaut, so ist eine große Erleichterung geschaffen worden.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** *(unterbricht)*

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Das stimmt nicht. Wenn Du Dich erinnerst, wie es früher war, als die Fußgänger tröpfchenweise über den Zebrastreifen gegangen sind, dann war das gerade für Autofahrer ärgerlich. Wir haben immer die Zugfahrenden verteidigt, und ich glaube, dass es jetzt doch sehr viel leichter zu handhaben ist.

Ich wollte noch kurz auf zwei Projekte hinweisen, weil sie genau das beinhalten, was die Kollegin Mair vorschlägt. Das Projekt "Integreen" ist in Umsetzung. Dort geht es darum, Schadstoffe in der Stadt zu messen und intelligente Lösungen auf verschiedenen Ebenen zu finden. Es geht aber auch um das ganze Umleitungssystem und um das Monitoring der Mobilität und um die Punkte, an denen es hakt. Über eine App soll herabladbar sein, wo öffentliche Verkehrsmittel Abhilfe schaffen können. Schließlich gibt es auch noch ein weiteres Projekt, das bereits umgesetzt worden ist. Man kann sich herunterladen, wann der nächste Bus kommt, wo Parkplätze frei sind und wie man am besten mit öffentlichen Verkehrsmitteln in die Stadt kommt. Es ist also nicht so, dass man in Bozen in Sachen Umwelt und nachhaltige Mobilität immer nur geschlafen hätte.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore):** Oggi chiederò ai colleghi Foppa e Dello Sbarba di fare una passeggiata in automobile lungo l'arginale e delle strade che da essa si dipanano. Potremo verificare così concretamente i successi dei piani di mobilità attuati dalle amministrazioni comunali che hanno amministrato - non amministrato - il Comune di Bolzano negli ultimi decenni.

Credo che si debba avere la consapevolezza della criticità di un momento che il Comune di Bolzano, per riferirci al punto che ritengo più critico nell'ambito della provincia sta subendo. Il commissario Penta intervenendo pochi giorni fa sulla stampa locale ha fatto riferimento all'incapacità di immaginare una crescita della città di Bolzano in maniera compatibile con i flussi di traffico che dalla realizzazione di nuovi quartieri si sarebbero generati. Si sono costruite case per molti anni, un vizio antico che è iniziato negli anni 60 ma non si sono costruite le strade, e le strade devono essere adeguate a sopportare flussi di traffico crescenti in virtù della normale evoluzione della mobilità. La storia dell'arginale ci dimostra come la sintesi dell'incapacità di previsione amministrativa del Comune di Bolzano con la ristrettezza e limitatezza della strategia da parte della Provincia di Bolzano abbiano impedito per esempio di realizzare il completamento della struttura con l'accesso a nord, tanto per intenderci, c'è ancora un tunnel solo abbozzato e mai realizzato, con l'incapacità di immaginare la necessità per una strada a due corsie di avere delle uscite di decelerazione e delle entrate in accelerazione che non sono mai state realizzate. La costruzione poi del ponte Twenty impedirà sostanzialmente per i prossimi 200 anni il completamento di questa struttura.

Questo per dire che c'è bisogno di una visione complessiva che non riguarda solo il Comune di Bolzano, ma per limitarci ad esso c'è tutto il capitolo legato alle circonvallazioni mai realizzate, all'accesso verso la val Sa-rentino, al tunnel di Monte Tondo piuttosto che immaginare la possibilità di poter aggirare la città senza doverla necessariamente percorrere nel suo interno come accade oggi per il traffico non di lunga distanza. Ovviamente non sono le uniche criticità, i colleghi della val Venosta potrebbero scriverci un libro rispetto alla mancanza di una visione di strategia complessiva per quanto riguarda la mobilità per esempio di quella valle.

Voterò a favore della mozione, pur avendo qualche obiezione sul progetto del progetto tramviario per l'Ol-tradige, l'ho dichiarato anche in altre occasioni, si vincola un po' l'accettazione del documento a questo progetto, ma credo sia un vizio formale che non modifica il giudizio complessivamente positivo per il documento.

**MUSSNER (Landesrat für ladinische Bildung und Kultur, Museen und Denkmäler, Vermögen und Mobilität - SVP):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Was die Punkte 1, 2 und 4 anbelangt, haben wir die Meinung der Gemeinde Bozen eingeholt, die uns über die Meinung von Ing. Ivan Moroder zugekommen ist. Zu Punkt 1 meint er, dass es in Bozen bereits Parkleitsysteme sowie etliche Anzeigetafeln gibt. Es ist bereits gesagt worden, dass in Zukunft ein weiteres Projekt angegangen werden soll, mit dem in kurzer Zeit konkrete Schritte möglich sein müssten.

Zu Punkt 2. Ing. Moroder ist der Meinung, dass die Park-and-Ride-Infrastrukturen viel zu nahe an der Stadt bzw. des Zentrums sind und nicht gut angenommen werden. Park-and-Ride sind sicher Systeme, die Zukunft haben, aber sie sollten mehr in der Nähe von Bahnhöfen oder anderen Orten, an denen mehrere Leute zusammenkommen, errichtet werden.

Zu Punkt 4. Ing. Moroder erklärt, dass Bozen bereits einen Mobilitätsplan habe. Gerade in diesen Tagen wird konkret über die Umfahrungsstraße gesprochen. Der Kollege Tommasini wird darüber sicher noch entsprechend berichten.

Zu Punkt 3. Auch die Brennerautobahngesellschaft hat Stellung bezogen. Sie hat ein eigenes genehmigtes Parkplatzprogramm vorgesehen und im Bereich vieler Ausfahrten Parkplätze geschaffen, sowohl für Pkw's als auch für Lkw's. Aufgrund der ständigen Veränderungen des Verkehrsaufkommens ist es aber nicht immer möglich, ausreichend Parkmöglichkeiten zu garantieren bzw. in Spitzenzeiten vorzusehen. Andererseits ist eine Erweiterung der Parkflächen aus Platzgründen nicht immer leicht zu realisieren. Hier haben wir gemeinsam mit der Auto-bahngesellschaft interveniert, um zu sehen, wo man Parkplätze realisieren könnte. Es gibt aber auch große Schwierigkeiten in Zusammenhang mit der Raumordnung, aber man muss auch sagen, dass vieles schon gemacht worden ist.

Zu Punkt 5. Für Landes- und Staatsstraßen mit hohem Verkehrsaufkommen wurden und werden die Fälle von den zuständigen Abteilungen immer analysiert. Wenn ein Problem gemeldet wird, dann wird auch versucht, sofort zu intervenieren. Wir untersuchen alle Staus und werden das auch in Zukunft tun. Dabei gilt es, vermehrt das Zusammenspiel der verschiedenen Verkehrsströme zu berücksichtigen. Darauf hat auch der Kollege Knoll hingewiesen, als er über die A22 gesprochen hat. Es gibt bereits seit zehn Jahren eine Koordinierungsstelle zwischen Arbeiten, die auf der Autobahn und auf den Staats- und Landesstraßen gemacht werden. Bei Unfällen ist es oft zu großen Problemen gekommen. Was aber die Arbeiten anbelangt, ist es schon so, dass man sich abspricht.

Zu Punkt 6. Wir haben wirklich viele Tagungen organisiert. Was die Mobilität anbelangt, findet jährlich eine große Veranstaltung statt. Im Jahr 2013 gab es eine Tagung auf Schloss Maretsch zum Thema "Energieeffizienz, Stadt- und Verkehrsplanung", im Jahr 2014 eine Tagung zum Thema "intelligente Lösung für die Mobilität von morgen", organisiert von BLS und TIS, im Jahr 2015 die Verkehrstagung zwischen Nord- und Südtirol, organisiert von der Abteilung Mobilität und dem Öko-Institut. Am 17. März 2016 wird in Bozen eine Mobilitätstagung im Rahmen der Klima-Energie-Konferenz der Messe organisiert, die in Zusammenarbeit mit der STA, IDM, dem Öko-Institut, der Mobilitätsagentur, Car-Sharing und auch der Messe Bozen organisiert wird. Sicher werden Experten aus der ganzen Welt eingeladen. Hauptsächlich wird darauf geachtet, dass unsere Leute, die Erfahrung im Ausland gesammelt haben, drankommen, um einen Beitrag zu leisten.

Zu Punkt 7. Was das Fahrsicherheitszentrum in Pfatten anbelangt, möchte ich sagen, dass ich immer von dieser Struktur überzeugt gewesen bin. Es soll eine Bildungsstruktur in Sachen Mobilität werden. Es gibt dort nur ein Problem, und zwar die Thematik des Lärms. Diese sind wir aber auch angegangen, denn ab dem Frühjahr 2016 werden die Go-Karts elektrisch betrieben. Auch bezüglich der Motocross-Motorräder werden wir versuchen, eine Lösung zu finden. Wir sehen das Fahrsicherheitszentrum als eine Struktur, die eine Vorreiterrolle einnimmt. Es braucht seine Zeit, aber wir werden sicher dort hinkommen.

Zu Punkt 8. Die Landesregierung hat mit Beschluss vom Oktober 2015 die Arbeitsgruppe "Green Mobility" eingerichtet, die die Aufgabe hat, innerhalb Frühjahr 2016 einen Maßnahmenkatalog vorzulegen, um Südtirol als Modellregion für nachhaltige Mobilität zu etablieren. Zu diesen Maßnahmen werden auch Förderungen im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten für Betriebe und Forschungseinrichtungen zählen, die Initiativen für nachhaltige Mobilität umsetzen.

Kollege Knoll, zu Ihrer Frage wegen der Ampel beim Bahnhof in Bozen. Es wurde einmal vorgeschlagen, dort eine Unterführung zu machen, was aber nicht angenommen worden ist. Ich glaube, dass die Ampelregung eine Verbesserung der Situation darstellt. Die Fußgänger können drücken und dann, sobald die Ampel auf grün schaltet, über die Straße gehen. Das ist eine gute Lösung für diese Problematik. Grundsätzlich bin auch ich der Meinung, dass man den Verkehr in der Stadt reduzieren muss.

Ich ersuche also um Ablehnung des Beschlussantrages.

**PRESIDENTE:** Prima di dare la parola alla collega Mair, grüße ich die Klassen 2 A und 2 B des Oberschulzentrums Mals mit Professor Ausserer. Herzlich Willkommen hier im Landtag.

La parola alla consigliera Mair, prego.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Vizepräsident! Ich bedanke mich für die Diskussion und beim Landesrat für die Antwort. Herr Landesrat, Sie können Ing. Moroder ausrichten, dass Bozen das besondere Talent hat, bestimmte Dinge, die es angeblich schon gibt, vor den Bürgern geheim zu halten. Bestimmte Dinge, von denen Sie gesprochen haben, sind mir als Verkehrsteilnehmerin noch nicht aufgefallen. Kollegin Foppa, nachdem Ihr beteiligt wart, verstehe ich, dass Ihr diese ganze Geschichte verteidigen müsst. Die Verantwortung für das, was Ihr angerichtet habt, solltet Ihr aber auch übernehmen. Das, was am Bahnhofplatz tagtäglich los ist, auch noch zu verteidigen, ist Wahnsinn! Wenn ich von Sinich bis zur Drusus-Brücke schneller in Bozen bin als vom Verdi-Platz bis zum Bahnhof, dann stimmt etwas nicht mehr. So eine Situation wie am Bahnhof Bozen gibt es kaum in einer anderen Stadt. Bevor man Großprojekte andenkt, sollte man sich wirklich einmal die Zeit nehmen, kleine Dinge zu regeln. Fakt ist, dass der Verkehr eines der vielen Themen ist, die in Bozen politisch leider nicht weitergegangen sind.

Kollege Knoll, Deine Frage in Bezug auf Punkt 3 ist berechtigt. Nachdem die Brennerautobahn künftig vollständig von der öffentlichen Hand gestaltet wird, müsste sie in meinen Augen auch mehr Möglichkeiten haben. Deshalb sollte sie in Absprache mit Gemeinden und Land bestimmte Dinge garantieren können.

Landesrat Mussner, bezüglich der Park-and-Ride-Infrastrukturen haben Sie gesagt, dass diese Zukunft haben, wobei sie aber mehr in der Nähe des Zentrums errichtet werden sollten. Meiner Meinung nach sollte man versuchen, den Verkehr an den Stadtrand zu verlagern und das mit öffentlichen Zubringerdiensten auszugleichen.

Der Kollege Steger hat natürlich Recht, wenn er sagt, dass vieles gemacht worden ist. Ab und zu tut es aber gut, über bestimmte Dinge noch einmal nachzudenken. Ich stelle fest, dass die Landesregierung und die Landeshauptstadt bezüglich bestimmter Themen eine andere Wahrnehmung hat als die Bevölkerung.

Man kann zum ehemaligen Abgeordneten Atz stehen, wie man will. Ich habe mir einmal die Zeit genommen und mir sein Verkehrskonzept für die Landeshauptstadt erklären lassen. Es ist äußerst visionär gedacht und ein Gesamtkonzept, das mit dem Flughafen abgestimmt ist. Ich würde Euch ersuchen, Euch einmal mit ihm in Verbindung zu setzen und sein Konzept anzuschauen. Er hat sich wirklich Gedanken gemacht, und ich finde es schade, dass man solche Projekte links liegen lässt.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione la mozione per parti separate.

Apro la votazione sulle premesse: respinte con 11 voti favorevoli, 20 voti contrari e 1 astensione.

Apro la votazione sul punto 1 della parte dispositiva: respinto con 11 voti favorevoli, 20 voti contrari e 1 astensione.

Apro la votazione sui punti 2, 3, 4, 5, 6 e 8 della parte dispositiva: respinti con 14 voti favorevoli e 18 voti contrari.

Apro la votazione sul punto 7 della parte dispositiva: respinto con 10 voti favorevoli, 21 voti contrari e 1 astensione.

Ha chiesto la parola il consigliere Urzi sull'ordine dei lavori, prego.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Volevo chiedere se c'era la possibilità di trattazione del punto 5 all'ordine del giorno, perché all'inizio della seduta non ero presente in quell'istante in aula. Visto che adesso è presente

anche il presidente Kompatscher, volevo sapere se era possibile recuperare la discussione di questo punto all'ordine del giorno.

**PRESIDENTE:** Se nessuno dei consiglieri ha nulla in contrario, proporrei la trattazione successivamente al punto 7.

Punto 7) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 524/15 del 9/12/2015, presentata dal cons. Köllensperger, riguardante l'informatizzazione della sanità, il sistema del vicino Trentino: una best practice disponibile in riuso gratuito."**

Punkt 7 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 524/15 vom 9.12.2015, eingebracht vom Abg. Köllensperger, betreffend die Digitalisierung des Gesundheitswesens: Im benachbarten Trentino bietet sich ein bewährtes System zur kostenlosen Nutzung an."**

*Il sistema informatico in uso presso l'Azienda provinciale per i servizi sanitari della Provincia autonoma di Trento, si contraddistingue tra le best practice nel settore a livello nazionale. Davanti a un PC, addetti ai lavori e cittadini hanno accesso a molteplici informazioni e opzioni: fascicolo sanitario elettronico, prenotazione online attraverso un Cup effettivamente unico, pagamento dei ticket, consultazione della Cartella Clinica dei cittadini tramite il sistema TreC (Cartella Clinica del Cittadino, con accesso online con autenticazione di tipo "strong" al fascicolo del paziente che contiene tutti i suoi dati sanitari come ricette, referti, taccuino personale del paziente, prenotazioni online), accesso diretto dei medici di base e dei pediatri alla cartella condivisa del paziente con standardizzazione dello scambio dati tra i software locali ed il sistema centrale (progetto Ampere), ricetta elettronica per le farmacie, e molto altro.*

*In diversi interventi pubblici, il direttore generale Thomas Schael ha avuto modo di ribadire l'intenzione di puntare con decisione sull'informatizzazione della sanità provinciale. Ce ne rallegriamo, naturalmente.*

*Un sistema informatico ospedaliero (SIO) unico, ed il collegamento in rete del sistema sanitario con i suoi medici e pazienti sono una necessità che ormai non è ulteriormente prorogabile. L'ottavo ospedale sarà quello virtuale, e gli esempi di Stati più avanzati sotto il punto di vista dell'informatizzazione della sanità (come p.es. i paesi scandinavi) dimostrano che gli investimenti in informatica hanno portato a benefici in termini di qualità e velocità del servizio, utilizzo efficiente delle risorse (anche nel senso di allocamento dei medici e di collaborazione tra medici specialistici e medici di base, tra strutture ospedaliere e territorio).*

*In questo senso il Masterplan per l'informatizzazione del sistema sanitario è condivisibile. Tuttavia esso presenta anche alcuni aspetti che suscitano non pochi dubbi, a partire dal soggetto incaricato a svolgere tale processo di informatizzazione, la SAIM spa, per finire alla composizione della spesa indicata in oltre 75 Mio. di Euro.*

*In primo luogo, la SAIM Spa: la società che in tutti questi anni avrebbe dovuto risolvere i problemi del Sistema IT dell'Azienda sanitaria, senza riuscirci. Si tratta di una società a scopo di lucro nato da un bando Europeo di tipo PPP (public private partnership), creata sostanzialmente per avere un veicolo che consenta in futuro di svolgere progetti in ambito informatico/sanitario senza dover ricorrere a gare d'appalto ad ogni nuovo progetto. Vede come soci la mano pubblica (51% dell'Azienda Sanitaria) e soggetti privati (46,5 % della Insiel Mercato Spa rilevato dal precedente socio MedSrchiver Srl e 2,5% della Datef). Lo stesso documento di presentazione del Masterplan ammette che questa scelta "... può suscitare qualche perplessità per il passato...". Il socio privato, Insiel Mercato Spa, è una società con indubbio knowhow specialistico nel settore. Si tratta di uno spin off dell'azienda Insiel Spa, società informatica della Regione Friuli, ma ceduto nel 2009 al gruppo privato "TBS Group" (<http://www.tbsgroup.com/index.php/it/societa/italia/insiel-mercato>), quindi è una società privata a tutti gli effetti. Essa effettua attualmente la manutenzione di parte del sistema informatico, tra cui il Software MedArchiver salito recentemente agli onori della cronaca per alcune polemiche intorno al suo utilizzo in Azienda. Se è vero che SAIM Spa deve mettere a gara d'appalto incarichi ad altri fornitori software esterni, sappiamo anche che gli incarichi della stessa ai suoi soci (tra cui appunto, Insiel Mercato) non sono invece oggetto di gara d'appalto.*

*In secondo luogo, la spesa prevista di oltre 75 Mio. Non si intende discutere in questa sede l'entità della spesa, ma la sua composizione. Esistono sul mercato varie soluzioni IT disponibili con licenza d'uso commerciale, con un range di costo molto ampio. Oltre a ciò, abbiamo in Italia alcuni SIO considerati delle best practice, tra cui appunto il sistema della Provincia di Trento, che come esigenze, numero di pazienti, ospedali e medici di base presenta molte analogie e similitudini rispetto alla provincia di Bolzano. Da parecchio tempo contiene le funzionalità citate inizialmente, che ritroviamo anche nell' "IT-Masterplan 2016-2018" dell'Azienda Sanitaria di Bolzano, e che risultano ben rodute sotto il profilo funzionale e della sicurezza informatica. Sorge spontaneo chiedersi perché non andare a riutilizzare per quanto possibile un sistema efficace come quello trentino – per di più se disponibile in riuso gratuito? Perché appunto, si badi bene, le innovazioni e i servizi informatici di proprietà della mano pubblica già in uso in Trentino, possono essere mutuati in Alto Adige gratuitamente grazie alla legge del Riuso P.A. Ciò è già avvenuto per la parte chiamata "TreC" (almeno a livello di accordo), ma potrebbe avvenire anche per tutte le altre parti del SIO trentino di proprietà pubblica. Quindi la disponibilità di un SIO in riuso gratuito (con costi di implementazione e personalizzazione da sostenere, ma senza costi di acquisto di licenze software commerciali) impone che questa ipotesi sia attentamente valutata ed analizzata prima di utilizzare fondi pubblici per l'acquisto di soluzioni proprietarie. Suscita per questo motivo parecchie perplessità la decisione dell'Azienda Sanitaria di scegliere tra 4 ipotesi possibili (Estensione IKIS – Riutilizzo di un sistema informativo – Gara europea – Incarico a SAIM) proprio l'incarico a SAIM. Tale incarico, di per sé, non esclude che sia la SAIM a ricorrere al Riuso P.A. del sistema trentino, ma ciò evidentemente andrebbe contro l'interesse del suo socio Insiel Mercato Spa che proprio queste soluzioni vende con successo sul mercato dell'E-Health e sarebbe quindi un controsenso. Ci pare quindi che la strada scelta fatta sia quello di andare sul mercato e limitare il riuso del sistema trentino ad alcune sue parti al massimo, se proprio. Questa scelta – se fosse confermata – appare quantomeno miope, accertata anche la disponibilità dell'Azienda Sanitaria del Trentino a concedere in Riuso il loro SIO, e a collaborare con i colleghi del CED di Bolzano, ed eventualmente della SIAG (Informatica AltoAdige) al suo futuro sviluppo, tramite un'intesa che consenta alle parti di scambiarsi le modifiche apportate rispettivamente, con creazione di forti sinergie e conseguente economie di scala (pur mantenendo due installazioni divise per ciascuna azienda Sanitaria).*

*Ciò premesso,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
impegna*

*la Giunta provinciale:*

- 1. a sospendere la decisione di affidare l'incarico per oltre 75 Mio. di euro alla società SAIM Spa prima di aver preventivamente analizzato a fondo il sistema informatico ospedaliero (SIO) già oggi a disposizione degli operatori e dei cittadini trentini;*
- 2. ad evitare l'acquisto a titolo oneroso (licenze software) di qualsiasi software per un sistema informativo ospedaliero e sanitario, senza aver preventivamente analizzato a fondo il sistema informatico ospedaliero (SIO) in uso nel Trentino ed eventualmente in altre Regioni (Emilia Romagna, Lombardia p.es.), tramite un gruppo di lavoro dedicato e neutrale, senza la presenza della ditta SAIM Spa e dei suoi soci né di altri fornitori attuali o passati dell'Azienda sanitaria di Bolzano o di loro consulenti o dipendenti;*
- 3. a presentare al Consiglio provinciale i risultati dell'analisi dettagliata svolta dal gruppo di lavoro di cui al punto precedente, indicando oltre alle funzionalità anche i costi di implementazione e personalizzazione necessari, confrontandoli con l'acquisto di analoghe soluzioni di mercato (indicando separatamente i costi di acquisto licenze software dai costi di implementazione dai costi futuri di manutenzione ordinaria);*
- 4. nel caso in cui si decida di NON accedere al Riuso del SIO trentino, a motivare dettagliatamente tale decisione, indicando il responsabile della stessa decisione;*
- 5. nel caso in cui invece si decida di riutilizzare il SIO trentino, a procedere in tempi veloci all'uscita dell'Azienda sanitaria di Bolzano dalla compagine sociale di SAIM Spa.*

-----

*Das vom Landesgesundheitsbetrieb der autonomen Provinz Trient verwendete IT-System hat sich auf nationaler Ebene als Best Practice bewährt. Den Angestellten und Bürgern bieten sich durch den*



Zugang zu einem Computer zahlreiche Informationen und Möglichkeiten: elektronische Patientenakte, Online-Vormerkungen durch eine effektiv einheitliche Vormerkstelle, Bezahlung der Selbstbeteiligungskosten, Einsicht in die Patientenakte der Bürger durch das System "TreC" (Cartella Clinica del Cittadino, mit der Möglichkeit eines Online-Zugangs durch eine sogenannte „Strong Authentication“ zur Patientenakte, die alle Daten des Patienten enthält, z. B. Rezepte, Befunde, persönliche Notizen des Patienten sowie Online-Vormerkungen), Direktzugriff für Haus- und Kinderärzte zu den freigegebenen Patientenakten, standardisierter Datenaustausch zwischen lokalen Softwares und zentralem System (Projekt Ampere), elektronische Verschreibungen für Apotheken und vieles mehr. Mehrmals schon hatte der Generaldirektor Thomas Schael öffentlich erklärt, dass mit Nachdruck auf die Digitalisierung des Landesgesundheitswesens gesetzt werden soll, was uns natürlich höchst erfreut.

Ein einheitliches Krankenhausinformationssystem (KIS) und die Vernetzung des Gesundheitswesens mit Ärzten und Patienten sind dringend notwendig und können nicht länger hinausgezögert werden. Das achte Krankenhaus soll ein virtuelles sein; die Erfahrungen von Staaten, die bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens fortschrittlicher sind (wie etwa die skandinavischen Länder), haben nämlich gezeigt, dass mit Investitionen in EDV Vorteile hinsichtlich Qualität und Schnelligkeit des Systems sowie (auch bei der Zuordnung von Ärzten und der Zusammenarbeit zwischen Fach- und Hausärzten, Krankenhäusern und Bezirken) eine effizientere Nutzung der Ressourcen erzielt wurden.

In diesem Sinne ist der Masterplan zur Digitalisierung des Gesundheitswesens sicher zu begrüßen, es gibt allerdings einige Aspekte, bei denen Zweifel auftreten, angefangen bei der Gesellschaft, die mit der Digitalisierung beauftragt wurde, nämlich die SAIM S.p.A, bis hin zur Zusammensetzung der Ausgaben, die sich auf über 75 Mio. Euro belaufen.

Zunächst zur SAIM S.p.A: Das Unternehmen hätte in den letzten Jahren die IT-Probleme des Gesundheitsbetriebes lösen sollen, blieb aber bisher erfolglos. Die SAIM S.p.A. ist ein gewinnorientiertes Unternehmen, das durch eine europaweite PPP-Ausschreibung (public private partnership) ausschließlich zu dem Zweck gegründet wurde, um für zukünftige Projekte im IT- bzw. Gesundheitsbereich keine neue Ausschreibung tätigen zu müssen. An der Gesellschaft sind die öffentliche Hand (der Gesundheitsbetrieb mit 51 %) und Private (Insiel Mercato S.p.A, die vom vorherigen Gesellschafter MedArchiver Srl übernommen wurde, mit 46,5 %, und Datef mit 2,5 %) beteiligt. Im Dokument zur Vorstellung des Masterplans wird zugegeben, dass die Entscheidung aufgrund der in der Vergangenheit aufgetretenen Schwierigkeiten Verwunderung hervorrufen mag“. Der private Gesellschafter Insiel Mercato S.p.A ist ein Unternehmen, das zweifelsohne über ein technisch ausgezeichnetes Knowhow in diesem Bereich verfügt. Es handelt sich um ein Spin-off-Unternehmen der Gesellschaft Insiel S.p.A, der Informatikgesellschaft der Region Friaul-Julisch-Venetien, die allerdings 2009 dem privaten Konzern „TBS Group“ verkauft wurde (<http://www.tbsgroup.com/index.php/it/societa/italia/insiel-mercato>) und demzufolge eine reine Privatgesellschaft ist. Das Unternehmen ist zurzeit mit der Instandhaltung eines Teilbereichs des Informatiksystems betraut, zu dem auch die Software MedArchiver gehört, die neulich aufgrund einiger Polemiken bezüglich ihrer Verwendung im Gesundheitsbetrieb in die Schlagzeilen geraten ist. Während die Gesellschaft SAIM S.p.A einerseits Aufträge für externe Softwareunternehmen ausschreiben muss, müssen andererseits die Aufträge für die eigenen Gesellschafter (darunter eben auch die Insiel Mercato), nicht ausgeschrieben werden.

Nun zum nächsten Punkt: die geplanten Ausgaben von über 75 Mio. Euro. Es soll hier keineswegs die Höhe dieser Ausgaben kritisiert, sondern deren Zusammensetzung in Frage gestellt werden. Auf dem Markt gibt es verschiedene IT-Lösungen mit kommerzieller Lizenz und einem recht breiten Kostenspektrum. Darüber hinaus gibt es in Italien einige KIS-Softwares, die als Best-Practice-Beispiele gelten, und dazu gehört auch jene der Provinz Trient, die bezüglich Bedürfnisse, Patientenzahl, Krankenhäuser und Hausärzte viele Gemeinsamkeiten mit Südtirol aufweist. Seit geraumer Zeit sind darin die anfangs aufgezählten Funktionen eingebettet, die sich auch im IT-Masterplan 2016-2018 des Südtiroler Sanitätsbetriebs wiederfinden und sich in Sachen Funktionalität und IT-Sicherheit bewährt haben. So stellt sich spontan die Frage, wieso ein derart effizientes System wie jenes des Trentino nicht soweit als möglich wiederverwendet wird, vor allem, wenn dies kostenlos erfolgen könnte. Denn die Innovationen und die EDV-Technik, die sich in öffentlicher Hand befinden und im

Trentino schon eingesetzt werden, können dank Legislativdekret zur „Digitalen Verwaltung“ in Südtirol ausdrücklich kostenlos wiederverwendet werden. Dies ist für den Bereich „TreC“ schon erfolgt (zumindest gibt es dafür ein Abkommen), aber auch bei den restlichen Teilen der KIS-Software des Trentino, die der öffentlichen Hand gehört, könnte man genauso verfahren. Die Möglichkeit, eine KIS-Software kostenlos wiederzuverwenden (es würden nur die Kosten zur Anwendung und Personalisierung, nicht aber jene für die Lizenzen anfallen), muss in Betracht gezogen und vertieft werden, bevor öffentliche Gelder zum Ankauf proprietärer Software verwendet werden. Deshalb ist es fragwürdig, dass sich der Sanitätsbetrieb bei vier möglichen Lösungen (Ausweitung von IKIS, Wiederverwendung eines ITSystems, europäische Ausschreibung, Beauftragung an SAIM) gerade für die SAIM entschieden hat. Die Beauftragung von SAIM schließt eigentlich nicht aus, dass das Unternehmen das System des Trentino wiederverwendet. Dies wäre jedoch nicht im Interesse des Gesellschafters Insiel Mercato S.p.A, der selbst solche Lösungen auf dem E-Health-Markt verkauft. .Anscheinend hat man sich nun für den Erwerb einer neuen Software entschieden und plant, höchstens - wenn überhaupt - einige Teile des Trientner Systems wiederzuverwenden. Falls dies bestätigt wird, wäre eine derartige Entscheidung äußerst kurzsichtig, zumal sich der Sanitätsbetrieb des Trentino bereit erklärt hat, das System zur Wiederverwendung frei zu geben und mit den EDV-Kollegen von Bozen und eventuell mit der SIAG (Südtiroler Informatik) an einer Weiterentwicklung zu arbeiten, die es allen Beteiligten erlauben würde, sich die am System durchgeführten Änderungen gegenseitig auszutauschen und von den daraus entstehenden Synergien und Vorteilen (unter Beibehaltung zweier getrennter Installationen pro Sanitätsbetrieb) zu profitieren .

Aus diesen Gründen

verpflichtet  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung,

1. die Entscheidung, den Auftrag über 75 Mio. Euro der SAIM S.p.A zu erteilen bis zur grundlegenden Überprüfung der KIS-Software, die den Fachkräften und Bürgern im Trentino schon zur Verfügung steht, vorerst auszusetzen;
2. den Ankauf kostenpflichtiger Software-Lizenzen für ein KIS zu vermeiden, solange die Systeme, die im Trentino und in anderen Regionen (Emilia Romagna, Lombardei usw.) verwendet werden, nicht überprüft wurden; zu diesem Zweck soll eine unabhängige und neutrale Arbeitsgruppe ins Leben gerufen werden, an der keine Vertreter der SAIM S.p.A, derer Gesellschafter sowie der derzeitigen oder früheren Zulieferer des Sanitätsbetriebs Bozen, deren Berater oder Mitarbeiter beteiligt sind;
3. dem Landtag die Ergebnisse der durch die erwähnte Arbeitsgruppe durchgeführten detaillierten Untersuchung vorzulegen; zusätzlich zu den Anwendungsmöglichkeiten sollen auch die erforderlichen Implementierungs- und Personalisierungskosten angegeben werden und mit ähnlichen Marktprodukten verglichen werden (wobei die Kosten für den Ankauf der Softwarelizenzen getrennt von jenen für die Implementierung und für die zukünftige ordentliche Wartung angegeben werden sollen);
4. falls die Entscheidung NICHT auf die Wiederverwendung des Trentiner Systems fallen sollte, die genauen Gründe, die zu dieser Entscheidung geführt haben, anzuführen und den Entscheidungsträger anzugeben;
5. falls die Entscheidung auf die Wiederverwendung der Trentiner KIS-Software fallen sollte, sich dahingehend einzusetzen, dass der Sanitätsbetrieb Bozen so schnell wie möglich aus der Gesellschaft SAIM S.p.A ausscheidet.

Emendamento sostitutivo, presentato dal consigliere Köllensperger:

La mozione è così sostituita:

L'informatizzazione della sanità, il sistema del vicino Trentino: una best practice disponibile in riuso gratuito

Il sistema informatico in uso presso l'Azienda provinciale per i servizi sanitari della Provincia autonoma di Trento si contraddistingue tra le best practice nel settore a livello nazionale. Davanti a un PC, addetti ai lavori e cittadini hanno accesso a molteplici informazioni e opzioni: fascicolo sanitario elettronico, prenotazione online attraverso un Cup effettivamente unico, pagamento dei ticket, consultazione della Cartella Clinica dei cittadini tramite il sistema TreC (Cartella Clinica del Cittadino, con accesso online con autenticazione di tipo "strong" al

fascicolo del paziente che contiene tutti i suoi dati sanitari come ricette, referti, taccuino personale del paziente, prenotazioni online), accesso diretto dei medici di base e dei pediatri alla cartella condivisa del paziente con standardizzazione dello scambio dati tra i software locali ed il sistema centrale (progetto Ampere), ricetta elettronica per le farmacie, e molto altro.

In diversi interventi pubblici, il direttore generale Thomas Schael ha avuto modo di ribadire l'intenzione di puntare con decisione sull'informatizzazione della sanità provinciale. Ce ne rallegriamo, naturalmente.

Un sistema informatico ospedaliero (SIO) unico e il collegamento in rete del sistema sanitario con i suoi medici e pazienti sono una necessità che ormai non è ulteriormente prorogabile. L'ottavo ospedale sarà quello virtuale, e gli esempi di Stati più avanzati dal punto di vista dell'informatizzazione della sanità (come per esempio i paesi scandinavi) dimostrano che gli investimenti in informatica hanno portato a benefici in termini di qualità e velocità del servizio, utilizzo efficiente delle risorse (anche nel senso di allocamento dei medici e di collaborazione tra medici specialistici e medici di base, tra strutture ospedaliere e territorio).

In questo senso il Masterplan per l'informatizzazione del sistema sanitario è condivisibile. Tuttavia esso presenta anche alcuni aspetti che suscitano perplessità, a partire dal soggetto incaricato a svolgere tale processo di informatizzazione, la SAIM SpA, per finire alla composizione della spesa indicata in oltre 75 milioni di euro.

In primo luogo, la SAIM SpA che in tutti questi anni avrebbe dovuto risolvere i problemi del sistema IT dell'Azienda sanitaria, senza riuscirci. Si tratta di una società a scopo di lucro nato da un bando europeo di tipo PPP (public private partnership), creata sostanzialmente per avere un veicolo che consenta in futuro di svolgere progetti in ambito informatico/sanitario senza dover ricorrere a gare d'appalto ad ogni nuovo progetto. Vede come soci la mano pubblica (51% dell'Azienda sanitaria) e soggetti privati (46,5% della Insiel Mercato SpA, rilevata dal precedente socio MedArchiver Srl, e 2,5% della Datef). Lo stesso documento di presentazione del Masterplan ammette che questa scelta "... può suscitare qualche perplessità per il passato...". Anche il socio privato Insiel Mercato SpA è un'azienda che offre soluzioni di e-health sul mercato. Si tratta di uno spin off dell'azienda Insiel SpA, società informatica della Regione Friuli, ma ceduto nel 2009 al gruppo privato "TBS Group" (<http://www.tbs-group.com/index.php/it/societa/italia/insiel-mercato>), quindi è una società privata a tutti gli effetti. Attualmente l'impresa provvede alla manutenzione di parte del sistema informatico, tra cui il software MedArchiver salito recentemente agli onori della cronaca per alcune polemiche attorno al suo utilizzo nell'Azienda. Se è vero che SAIM SpA deve mettere a gara d'appalto incarichi ad altri fornitori software esterni, sappiamo anche che per gli incarichi della stessa ai suoi soci (tra cui appunto Insiel Mercato) non è invece necessaria una gara d'appalto.

In secondo luogo, la spesa prevista di 71 milioni di euro, suddivisi su 3 anni (di cui 14 milioni per le spese correnti e 7 + 10 + 12 milioni per investimenti). E in questa sede non si intende discutere l'entità della spesa, ma piuttosto la sua composizione. Sul mercato esistono varie soluzioni IT disponibili con licenza d'uso commerciale, con un range di prezzo molto ampio. Oltre a ciò, in Italia abbiamo alcuni SIO considerati delle best practice, tra cui appunto il sistema della provincia di Trento, che come esigenze, numero di pazienti, ospedali e medici di base presenta molte analogie e similitudini rispetto alla provincia di Bolzano. Da parecchio tempo il sistema contiene le funzionalità citate inizialmente, che ritroviamo anche nell'"IT-Masterplan 2016-2018" dell'Azienda sanitaria di Bolzano, e che risultano ben rodute sotto il profilo funzionale e della sicurezza informatica. Sorge spontaneo chiedersi perché non andare a riutilizzare per quanto possibile un sistema efficace come quello trentino – per di più se disponibile in riuso gratuito? Perché appunto, si badi bene, le innovazioni e i servizi informatici di proprietà della mano pubblica già in uso in Trentino, possono essere mutuati in Alto Adige gratuitamente grazie alla legge del Riuso P.A. Ciò è già avvenuto per la parte chiamata "TreC" (almeno a livello di accordo), ma potrebbe avvenire anche per tutte le altre parti del SIO trentino di proprietà pubblica. Quindi la disponibilità di un SIO in riuso gratuito (con i soli costi di implementazione e personalizzazione, ma senza quelli di acquisto di licenze software commerciali o le spese per la nuova programmazione di funzioni esistenti) impone che questa ipotesi sia attentamente valutata ed analizzata prima di impiegare fondi pubblici per l'acquisto di soluzioni proprietarie. Questo è previsto anche dal "Codice di Amministrazione Digitale" (D.Lgs. n. 82/2005), ed è stato deliberato nuovamente anche in Consiglio provinciale nella seduta del 18 dicembre 2015 (ordine del giorno ai disegni di legge n. 62 e n. 63 "Investimenti e costi correnti in informatica"): PRIMA di ogni investimento in software la Giunta deve provvedere, ai sensi dell'articolo 68 del suddetto decreto legislativo, a una valutazione comparativa, tenendo conto anche dei software sviluppati per la mano pubblica, di quelli che possono essere riutilizzati oppure dei free software: *"A tal fine, le pubbliche amministrazioni prima di procedere all'acquisto, effettuano una valutazione comparativa delle diverse soluzioni disponibili sulla base dei criteri del costo complessivo del programma o soluzione quale costo di acquisto, di implementazione, di mantenimento e supporto; del livello di utilizzo di formati di dati e di interfacce di tipo aperto nonché di standard in grado di assicurare l'interoperabilità e la cooperazione applicativa tra i diversi*

*sistemi informatici della pubblica amministrazione; ed infine delle garanzie del fornitore in materia di livelli di sicurezza, conformità alla normativa in materia di protezione dei dati personali, livelli di servizio tenuto conto della tipologia di software acquisito.”*

Tale valutazione va effettuata prima di acquistare o di bandire nuovi SIO o parti di essi. Deve essere svolta da esperti indipendenti e sulla base di una opportuna documentazione (capitolato, documenti sul progetto, requisiti operativi, specifiche tecniche, definizioni delle condizioni della licenza e del possesso del codice sorgente, ecc.). Per questo motivo suscita molte perplessità la decisione dell’Azienda sanitaria di scegliere, tra quattro ipotesi possibili, (estensione IKIS – riutilizzo di un sistema informativo – gara europea – incarico a SAIM) proprio l’incarico a SAIM ovvero l’appalto di ulteriori parti del SIO. Questa scelta – se confermata – appare quantomeno miope, a maggior ragione in quanto risulta anche la disponibilità dell’Azienda Sanitaria del Trentino a concedere in riuso il loro SIO, e a collaborare con i colleghi del CED di Bolzano, ed eventualmente con quelli della SIAG (Informatica AltoAdige), al suo futuro sviluppo, sulla base di un’intesa che consenta alle parti di scambiarsi le modifiche apportate rispettivamente, con creazione di forti sinergie e conseguente economie di scala (pur mantenendo due installazioni divise per ciascuna Azienda sanitaria).

Ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

impegna

la Giunta provinciale

1. a sospendere, in attesa di una attenta analisi del sistema informatico ospedaliero (SIO) attualmente in dotazione agli operatori e ai cittadini trentini, la decisione di affidare l’incarico direttamente alla società SAIM SpA;
2. a evitare l’acquisto a titolo oneroso di licenze software o lo svolgimento di gare d’appalto per un sistema informativo ospedaliero e sanitario (SIO), senza aver preventivamente analizzato il SIO in uso nel Trentino (ed eventualmente quelli di altre Regioni come Emilia Romagna o Lombardia, se disponibili per il riuso) ai sensi del Codice di Amministrazione Digitale (art. 68), così come dell’ordine del giorno ai disegni di legge n. 62 e n. 63, approvato nel dicembre scorso; a tal fine va creato un gruppo di lavoro indipendente, che non veda la presenza della SAIM SpA e dei suoi soci né di altri fornitori attuali o passati dell’Azienda sanitaria di Bolzano o di loro consulenti o dipendenti, né di esperti che hanno un rapporto con la SAIM, con Insiel Mercato o TBS o di altri fornitori IT ovvero di soggetti che in futuro potrebbero ricevere degli incarichi nell’ambito dell’implementazione del Masterplan per l’informatizzazione del sistema sanitario;
3. a presentare al Consiglio provinciale i risultati dell’analisi dettagliata svolta dal gruppo di lavoro di cui al punto precedente, indicando oltre alla descrizione delle singole funzionalità anche i costi complessivi della soluzione IT, i costi di acquisto, i necessari costi di implementazione e personalizzazione, gli annuali costi di manutenzione, di licenza e di supporto, confrontandoli con quelli per l’acquisto di analoghe soluzioni di mercato;
4. nel caso in cui si decida di NON usufruire del riuso del SIO trentino, a motivare dettagliatamente tale decisione, indicandone anche il responsabile;
5. nel caso in cui invece si decida di riutilizzare il SIO trentino, a procedere quanto prima all’uscita dell’Azienda sanitaria di Bolzano dalla compagine sociale di SAIM SpA.

Der Beschlussantrag erhält folgende Fassung:

Digitalisierung des Gesundheitswesens: Im benachbarten Trentino bietet sich ein bewährtes System zur kostenlosen Nutzung an

Das vom Landesgesundheitsbetrieb der autonomen Provinz Trient verwendete IT-System hat sich auf nationaler Ebene als Best Practice bewährt. Den Angestellten und Bürgern bieten sich durch den Zugang zu einem Computer zahlreiche Informationen und Möglichkeiten: Elektronische Patientenakte, Online-Vormerkungen durch eine effektiv einheitliche Vormerkstelle, Bezahlung der Selbstbeteiligungskosten, Einsicht in die Patientenakte der Bürger durch das System "TreC" (Cartella Clinica del Cittadino, mit der Möglichkeit eines Online-Zugangs durch eine sogenannte „Strong Authentication“ zur Patientenakte, die alle Daten des Patienten enthält, z. B. Verschreibungen, Befunde, persönliche Notizen des Patienten sowie Online-Vormerkungen), Direktzugriff für Haus- und Kinderärzte zu den freigegebenen Patientenakten, standardisierter Datenaustausch zwischen lokalen Softwares und zentralem System (Projekt Ampere), elektronische Verschreibungen für Apotheken und vieles mehr.

Mehrmals schon hatte der Generaldirektor Thomas Schael öffentlich erklärt, dass mit Nachdruck auf die Digitalisierung des Landesgesundheitswesens gesetzt werden soll, was uns natürlich höchst erfreut.

Ein einheitliches Krankenhausinformationssystem (KIS) und die Vernetzung des Gesundheitswesens mit Ärzten und Patienten sind dringend notwendig und können nicht länger hinausgezögert werden. Das achte Krankenhaus soll ein virtuelles sein; die Erfahrungen von Staaten, die bei der Digitalisierung des Gesundheitswesens fortschrittlicher sind (wie etwa die skandinavischen Länder), haben nämlich gezeigt, dass mit Investitionen in EDV Vorteile hinsichtlich Qualität und Schnelligkeit des Systems sowie (auch bei der Zuordnung von Ärzten und der Zusammenarbeit zwischen Fach- und Hausärzten, Krankenhäusern und Bezirken) eine effizientere Nutzung der Ressourcen erzielt wurden.

In diesem Sinne ist der Masterplan zur Digitalisierung des Gesundheitswesens sicher zu begrüßen, es gibt allerdings einige Aspekte, bei denen Zweifel auftreten, angefangen bei der Gesellschaft, die mit der Digitalisierung beauftragt wurde, nämlich die SAIM SpA, bis hin zur Zusammensetzung der Ausgaben, die sich auf über 75 Mio. Euro belaufen.

Zunächst zur SAIM SpA: Das Unternehmen hätte in den letzten Jahren die IT-Probleme des Gesundheitsbetriebes lösen sollen, blieb aber bisher erfolglos. Die SAIM SpA ist ein gewinnorientiertes Unternehmen, das durch eine europaweite PPP-Ausschreibung (public private partnership) ausschließlich zu dem Zweck gegründet wurde, um für zukünftige Projekte im IT- bzw. Gesundheitsbereich keine neue Ausschreibung tätigen zu müssen. An der Gesellschaft sind die öffentliche Hand (der Gesundheitsbetrieb mit 51 %) und Private (Insiel Mercato SpA, die vom vorherigen Gesellschafter MedArchiver Srl übernommen wurde, mit 46,5 %, und Datef mit 2,5 %) beteiligt. Im Dokument zur Vorstellung des Masterplans wird zugegeben, dass die Entscheidung aufgrund der in der Vergangenheit aufgetretenen Schwierigkeiten Verwunderung hervorrufen mag. Der private Gesellschafter Insiel Mercato SpA ist ein Unternehmen, welches selbst E-Health-Lösungen auf dem Markt vertreibt. Es handelt sich um ein Spin-off-Unternehmen der Gesellschaft Insiel SpA, der Informatikgesellschaft der Region Friaul-Julisch-Venetien, die allerdings 2009 dem privaten Konzern „TBS Group“ verkauft wurde (<http://www.tbsgroup.com/index.php/it/societa/italia/insiel-mercato>) und demzufolge eine reine Privatgesellschaft ist. Das Unternehmen ist zurzeit mit der Instandhaltung eines Teilbereichs des Informatiksystems betraut, zu dem auch die Software MedArchiver gehört, die neulich aufgrund einiger Polemiken bezüglich ihrer Verwendung im Gesundheitsbetrieb in die Schlagzeilen geraten ist. Während die Gesellschaft SAIM SpA einerseits Aufträge für externe Softwareunternehmen ausschreiben muss, müssen andererseits die Aufträge für die eigenen Gesellschafter (darunter eben auch die Insiel Mercato), nicht ausgeschrieben werden.

Nun zum nächsten Punkt: Die geplanten Ausgaben von 71 Mio. Euro, auf 3 Jahre (davon 14 Mio. für die laufenden Kosten sowie 7 + 10 + 12 Mio. an Investitionen). Es soll hier nicht über die Höhe dieser Ausgaben diskutiert werden, sondern über deren Zusammensetzung. Auf dem Markt gibt es verschiedene IT-Lösungen mit kommerzieller Lizenz und einem recht breiten Kostenspektrum. Darüber hinaus gibt es in Italien einige KIS-Softwares, die als Best-Practice-Beispiele gelten, und dazu gehört auch jene der Provinz Trient, die bezüglich Bedürfnisse, Patientenanzahl, Krankenhäuser und Hausärzte viele Gemeinsamkeiten mit Südtirol aufweist. Seit geraumer Zeit sind darin die anfangs aufgezählten Funktionen eingebettet, die sich auch im IT-Masterplan 2016-2018 des Südtiroler Sanitätsbetriebs wiederfinden und sich in Sachen Funktionalität und IT-Sicherheit bewährt haben. So stellt sich spontan die Frage, wieso ein derart effizientes System wie jenes des Trentino nicht soweit als möglich wiederverwendet wird, vor allem, wenn dies kostenlos erfolgen könnte. Denn die Innovationen und die EDV-Technik, die sich in öffentlicher Hand befinden und im Trentino schon eingesetzt werden, können dank Legislativdekret zur „Digitalen Verwaltung“ in Südtirol ausdrücklich kostenlos wiederverwendet werden. Dies ist für den Bereich „TreC“ schon erfolgt (zumindest gibt es dafür ein Abkommen), aber auch bei den restlichen Teilen der KIS-Software des Trentino, die der öffentlichen Hand gehört, könnte man genauso verfahren. Die Möglichkeit, eine KIS-Software kostenlos wiederzuverwenden (es würden nur die Kosten zur Implementierung und Personalisierung, nicht aber jene für die Lizenzen oder eine völlige Neuprogrammierung vorhandener Funktionen anfallen), muss in Betracht gezogen und vertieft werden, bevor öffentliche Gelder zum Ankauf proprietärer Software verwendet werden. Dies sieht auch der „Codice di Amministrazione Digitale (GvD Nr. 82/2005) so vor, und dies wurde erst vor kurzem, am 18. Dezember 2015, hier im Landtag noch einmal so beschlossen (Tagesordnung zum LGE Nr. 62 und Nr. 63 „Investitionen und laufende Ausgaben für EDV“): VOR jeder Investition in Software muss die Landesregierung im Sinne des Art. 68 des obgenannten gesetzesvertretenden Dekrets, vergleichende Bewertungen vornehmen, unter Einbeziehung von Software „welche für die öffentliche Hand entwickelt, zur Wiederverwendung zur Verfügung steht oder freie Software ist“ und zwar wie folgt: *„A tal fine, le pubbliche amministrazioni prima di procedere all'acquisto, effettuano una valutazione comparativa delle diverse soluzioni disponibili sulla base dei criteri del costo complessivo del programma o soluzione quale costo di acquisto, di implementazione, di mantenimento e supporto; del livello di utilizzo di formati di dati e di interfacce di tipo aperto nonché di standard in*

*grado di assicurare l'interoperabilità e la cooperazione applicativa tra i diversi sistemi informatici della pubblica amministrazione; ed infine delle garanzie del fornitore in materia di livelli di sicurezza, conformità alla normativa in materia di protezione dei dati personali, livelli di servizio tenuto conto della tipologia di software acquisito."*

Diese Bewertung muss vor dem Ankauf oder der Ausschreibung eines neuen KIS oder von Teilen davon vorgenommen werden, und zwar seitens unabhängiger Analysten und anhand von geeigneter Dokumentation (Pflichtenheft, Projektdokument, Betriebsanforderungen, technische Spezifikationen, Definition der Lizenzbedingungen und Besitz des Quellcodes usw.). Deshalb ist es fragwürdig, dass sich der Sanitätsbetrieb bei vier möglichen Lösungen (Ausweitung von IKIS, Wiederverwendung eines IT Systems, europäische Ausschreibung, Beauftragung an SAIM) gerade direkt für die SAIM entschieden hat bzw. die Ausschreibung von weiteren Teilen des KIS.

Falls dies bestätigt wird, wäre eine derartige Entscheidung äußerst kurzsichtig, zumal sich der Sanitätsbetrieb des Trentino bereit erklärt hat, das System zur Wiederverwendung frei zu geben und mit den EDV-Kollegen von Bozen und eventuell mit der SIAG (Südtiroler Informatik) an einer Weiterentwicklung zu arbeiten, die es allen Beteiligten erlauben würde, sich die am System durchgeführten Änderungen gegenseitig auszutauschen und von den daraus entstehenden Synergien und Vorteilen (unter Beibehaltung zweier getrennter Installationen pro Sanitätsbetrieb) zu profitieren.

Aus diesen Gründen

verpflichtet

der Südtiroler Landtag die Landesregierung,

1. die Entscheidung, den direkten Auftrag an die SAIM SpA zu erteilen bis zur grundlegenden Überprüfung der KIS-Software, die den Fachkräften und Bürgern im Trentino schon zur Verfügung steht, vorerst auszusetzen;
2. den Ankauf kostenpflichtiger Software-Lizenzen oder Ausschreibungen für ein neues KIS zu vermeiden, solange das KIS-System des Trentino (und eventuell auch jenes anderer Regionen wie Emilia Romagna, Lombardei usw. – sofern wiederverwendbar), nicht im Sinne des Codice di Amministrazione Digitale (Art. 68) sowie der im Dezember genehmigten Tagesordnung zu den landesgesetzentwürfen Nr. 62 und Nr. 63 überprüft worden ist; zu diesem Zweck soll eine unabhängige und neutrale Arbeitsgruppe ins Leben gerufen werden, an der keine Vertreter der SAIM SpA, derer Gesellschafter sowie der derzeitigen oder früheren Zulieferer des Sanitätsbetriebs Bozen, deren Berater oder Mitarbeiter beteiligt sind, noch Experten, die in irgendeinem Näheverhältnis zu SAIM, Insiel Mercato oder TBS oder anderen möglichen IT Lieferanten stehen bzw. die in Zukunft im Rahmen der Umsetzung des IT Masterplans Aufträge erhalten könnten.
3. dem Landtag die Ergebnisse der durch die erwähnte Arbeitsgruppe durchgeführten detaillierten Untersuchung vorzulegen; zusätzlich zu einer Beschreibung der jeweiligen Funktionalitäten sollen auch die Gesamtkosten der Softwarelösung, die Kosten für den Ankauf, die erforderlichen Implementierungs- und Personalisierungskosten, die jährlichen Wartungs-, Lizenz- und Supportkosten angegeben werden und mit ähnlichen Marktprodukten verglichen werden;
4. falls die Entscheidung NICHT auf die Wiederverwendung des Trentiner Systems fallen sollte, die genauen Gründe, die zu dieser Entscheidung geführt haben, anzuführen und den Entscheidungsträger anzugeben;
5. falls die Entscheidung auf die Wiederverwendung der Trentiner KIS-Software fallen sollte, sich dahingehend einzusetzen, dass der Sanitätsbetrieb Bozen so schnell wie möglich aus der Gesellschaft SAIM SpA ausscheidet.

La parola al consigliere Köllensperger, prego.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Danke, Herr Präsident! Die Digitalisierung des Gesundheitswesens ist derzeit ein hoch aktuelles Thema. Wir werden ja auch morgen einiges dazu hören, hoffe ich zumindest. Es wurde bereits einiges gesagt.

Ich hatte damals ein Thema aufgeworfen, nämlich, dass man im Zuge der Umsetzung des IT-Masterplanes das System des benachbarten Trentino in Betracht zieht. Das dort verwendete IT-System hat sich auf nationaler Ebene in den letzten Jahren als Best practice bewährt und ist unter anderem auch vom Polo Tecnico in Mailand als solche ausgezeichnet worden. Es spielt eigentlich alle Stücke, die uns in Südtirol schon seit Jahren fehlen, nämlich den Angestellten und Bürgern den Zugang über PC zu zahlreichen Informationen zu gewähren, die elektronische Patientenakte, Online-Vormerkungen, eine einheitliche Vormerkungsstelle, Bezahlung des Tickets online usw. Die Rezepte laufen online mit den Apotheken und auch die Vernetzung der Hausärzte mit den Spitälern ist

schon längst geregelt. Die Haus- und Kinderärzte können direkt zu allen klinischen Daten zugreifen, die der Patient über die Privacy-Applikation selbst freigibt. Er kann entscheiden, wer was sehen darf usw. Alles dies läuft im Trentino seit einiger Zeit mit großem Erfolg. Auch im Trentino ist lange nicht alles Gold, was glänzt, aber in der Informatik sind sie uns im Jahre voraus, auch weil sie nicht die Problematik der vier verschiedenen Sanitätsbezirke haben. Sie haben zwar auch Bezirke, aber auf reiner Verwaltungsebene. Die Entscheidungen werden zentral getroffen. Vom IT-System her war das natürlich ein großer Vorteil, und deshalb haben sie Jahre Vorsprung.

Mehrmals ist erklärt worden, dass mit Nachdruck an der Digitalisierung des Landesgesundheitsystems gearbeitet werden soll, was absolut zu unterstützen ist. Es ist höchste Zeit. Es braucht endlich ein einheitliches Krankenhausinformationssystem. Man kann die Vernetzung des Gesundheitswesens mit den Ärzten auf dem Territorium und mit den Patienten nicht mehr länger aufschieben. Wir sind hier um Jahre hinten, auch im Vergleich mit dem restlichen Italien. Das achte Krankenhaus soll ein virtuelles sein. Die Erfahrungen von Staaten, die hier fortschrittlich sind – vor allem die skandinavischen Länder, die natürlich ganz andere Budgets haben -, haben gezeigt, dass man mit der Investition in EDV durchaus auch Vorteile erzielen kann, gerade was die Qualität und Schnelligkeit, aber auch die Effizienz bei der Zuweisung und Verwaltung des Systems anbelangt. Deshalb ist es eine Investition, die sich langfristig tragen wird. Im Sinne des Masterplanes ist also sicher zu begrüßen, dass hier endlich etwas getan wird.

Es bestehen aber doch einige Zweifel an dem, was bis jetzt an Informationen hinausgegangen ist. Der größte Zweifel betrifft die Firma, die anscheinend damit beauftragt werden soll. Das ist die SAIM, auf die ich noch zu sprechen komme. Ein weiterer Zweifel betrifft die kolportierten Kosten. Es geht mir nicht so sehr um das Gesamtausmaß der Kosten, sondern um die Frage, für was und wie man das Geld investiert.

Zunächst zur SAIM. Das Unternehmen besteht seit dem Jahr 2004 und ist im Verfahren des PPP – Private Public Partnership – gegründet worden und hätte in den letzten elf Jahren die Probleme unseres Gesundheitssektors im IT-Sektor lösen sollen. Das war ein kompletter Schlag ins Wasser, und das wissen wir alle. Die SAIM AG ist ein gewinnorientiertes Unternehmen, obwohl sie mit Ausschreibung PPP zustande gekommen ist. Sie ist gegründet worden, damit man zukünftig im IT-Sektor des Sanitätswesens in Südtirol keine Ausschreibungen mehr machen muss. Natürlich muss sich die SAIM, wenn sie Geld extern vergibt, an das Vergabegesetz halten, aber wenn sie intern Aufträge abwickelt, braucht sie keine Vergaben machen. Der interne Gesellschafter war bis 2011 die Med Archiver, die famos ist und über die wir nicht mehr reden brauchen. Sie hat ihre Quoten vor einigen Jahren an die Insiel Mercato abgetreten. Hier handelt es sich um ein rein privates Unternehmen, das einmal der Region Friaul gehörte, aber vor Jahren für 13 Millionen Euro an eine Gruppe, die TBS-Group heißt, verkauft worden ist. Sie hält 46 Prozent an der SAIM AG und ist selber im IT-Wesen im Gesundheitswesen in ganz Italien tätig. Die Probleme des Gesundheitswesens im IT-Sektor in Südtirol wurden nicht gelöst. Im Gegenteil, sie wurden sogar verschlimmert. Wie das mit der Privacy gemacht worden ist, war eine einzige Katastrophe. Es sind auch Prozesse am Laufen. Das Geld, das hier investiert worden ist, ist zum Großteil nicht effizient eingesetzt worden. Wenn man mit den Leuten redet, die diese Systeme anwenden müssen, dann bekommt man Kommentare zu hören, die ich hier nicht erwähnen möchte. Ich habe also große Zweifel in Bezug auf die Beauftragung der SAIM.

Es geht um Ausgaben von 71 Millionen Euro. Wir haben gehört, dass es auf drei Jahre gerechnet wird. Man spricht von circa 14 Millionen Euro an laufenden Kosten jährlich, plus 29 Millionen Euro für Investitionen, aufgeteilt auf drei Jahre. Ich möchte jetzt gar nicht über die 70 Millionen Euro insgesamt reden, obwohl auch diese einer weiteren Diskussion bedürfen würden. Ich stelle auch nicht den IT-Masterplan selbst zur Diskussion, denn diesen brauchen wir. Auch dessen Zielsetzung kann durchaus geteilt werden. Es geht darum, dass wir uns hier seriös bestehende Lösungen anschauen, die sich bewährt haben. Wir sollten solche bestehenden Lösungen übernehmen, bevor wir zum x-ten Mal das Rad neu erfinden. Dass wir dazu nicht imstande sind, haben wir in den letzten Jahren hinlänglich bewiesen. Auf dem Markt gibt es viele Lösungen in Sachen IT-Sektor in der Sanität. Es gibt kommerzielle Lösungen und Open-Source-Lösungen. Es gibt Lösungen mit hohen Lizenz-Kosten, aber auch Lösungen mit relativ geringen Lizenz-Kosten. Jede Lösung, unabhängig davon, welche wir nehmen, wird laufende Kosten mit sich bringen, aber mit den 14 Millionen Euro sind wir bei einer realistischen Schätzung. Die Frage stellt sich bezüglich der 29 Millionen Euro an Investitionskosten. In Italien gibt es nämlich einige KIS-Lösungen und nicht nur jenes im Trentino. Die Trentiner, die seinerzeit das System aus der Emilia Romagna übernommen haben, haben es auf ihre Realität angepasst. Die Realität des Trentino ist unserer doch sehr ähnlich, vor allem dann, wenn wir die Gesundheitsbetriebe endlich vereinheitlichen würden. Es gibt ungefähr gleich viele Patienten, gleich viele Einwohner, gleich viele Spitäler, eine ähnliche Anzahl an Basisärzten und Pädiatern und ähnliche Problematiken und Problemstellungen. Das Trentiner System, das als Best practice gilt, spielt viele Stücke, die in den Powerpoint-Präsentationen des IT-Masterplanes angeführt sind. Das System ist in Sachen Funktionalität und IT-

Sicherheit sehr bewährt. Ich zähle nur ein paar Aspekte auf. Ein Teil heißt Ampere, der die Vernetzung der ganzen Hausärzte, Basisärzte und Pädiater mit dem zentralen System macht. Das fehlt uns seit Jahren. Dieses System hat über 250 Schnittstellen, die bereits mit allen möglichen Softwarelösungen, die auf dem Markt erhältlich sind, programmiert sind. Auch die Privacy-Problematik ist gelöst worden, und zwar in dem Sinne, dass der Garant sein Einverständnis gegeben hat. Das TREC ist jene Applikation, die die klinische Patientenakte und die cartella clinica und den Online-Zugang der Bürger zu dieser ermöglicht. Sie finden alles, auch die Rezepte, die der Hausarzt schreibt. Auch das Problem der elektronischen Rezepte mit den Apotheken wurde gelöst. Man kann alles online vormerken; es gibt eine echte einheitliche Vormerkzentrale. Zudem kann man auch das Ticket online zahlen. All dies ist hier gelöst. Vor allem stecken hier Jahre und Jahrzehnte an Know How dahinter. Es geht ja nicht nur darum, Kosten zu sparen, sondern auch darum, Know How zu übernehmen. Auch die Trentiner haben viele Fehler gemacht, aber sie haben aus ihnen gelernt. Wir könnten von diesem System wirklich extrem profitieren. Innovation in EDV-Technik, die sich in öffentlicher Hand befindet, ist laut Legislativdekret zur digitalen Verwaltung vorgesehen. Beim TREC hat man dieses Abkommen auch gemacht, aber man hat nicht vor, das System auch effektiv zu verwenden. Auch bezüglich der restlichen Teile der KIS-Software könnte man so verfahren. Wie gesagt, Kosten zur Implementierung und Personalisierung würden auf jeden Fall anfallen. Ich glaube aber, behaupten zu dürfen, dass man bei Investitionen von 29 Millionen Euro ein erhebliches Einsparpotential hätte, wenn man ein bestehendes und ähnliches System übernehmen würde. Wir können es drehen, wie wir wollen: Die Wiederverwendung von Systemen, die bereits in der öffentlichen Hand sind, muss in Betracht gezogen werden. Das schreibt das Gesetz vor. Im Rahmen der Haushaltsdebatte wurde eine Tagsordnung meinerseits von Landesrätin Deeg angenommen. Dort steht: "Vor jeder Investition in Software muss die Landesregierung im Sinne des Artikels 68 des Codice di amministrazione digitale vergleichende Bewertungen vornehmen, unter Einbeziehung von Software, die für die öffentliche Hand entwickelt sowie zur Wiederverwendung zur Verfügung gestellt wurde oder freie Software ist.

*Le pubbliche amministrazioni prima di procedere all'acquisto effettuano una valutazione comparativa delle diverse soluzioni disponibili sulla base del costo complessivo, costo di implementazione, di mantenimento e supporto, livello di utilizzo di formati aperti e di interfaccia aperte, standard in grado di assicurare l'interoperabilità e la cooperazione applicativa tra diversi sistemi informatici della pubblica amministrazione.*

Klarerweise ist die Software kostenlos, nicht aber die Anpassung. Bei den vorgesehenen 29 Millionen Euro an Investitionen sehe ich aber ein großes Einsparungspotential. Man kann nicht fordern, dass bei onkologischen Visiten und Prothesen gespart werden soll, wenn man gleichzeitig nicht auch berücksichtigt, dass es auch im IT-Bereich ein Einsparungspotential gibt. Diese Bewertung kann man nicht im Rahmen einer Pressekonferenz vornehmen, sondern man muss sie anhand einer Dokumentation und unabhängigen Experten vornehmen. Ich verstehe auch nicht, warum man jetzt beschlossen hat, 7 Millionen Euro für die elektronische Patientenakte auszusparen.

In diesem Sinne soll die Landesregierung verpflichtet werden, die Entscheidung, den Auftrag an die SAIM zu vergeben, noch einmal zu überdenken. Außerdem soll mit unabhängigen Experten, die keine Geschäftsbeziehung mit Insiel oder anderen möglichen Lieferanten des Südtiroler Sanitätsbetriebes haben, eine Untersuchung gemacht werden, die dem Landtag vorgestellt werden soll.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Ich kann vieles von dem, was der Kollege Köllensperger gesagt hat, teilen. Allerdings sehe ich mich heute außer Stande abzustimmen, nachdem morgen eine Anhörung zu diesem Thema stattfindet. Natürlich wird auch die Frage gestellt werden, warum nicht das System des Trentino übernommen wird. Das muss geklärt werden. Ich glaube, dass es nach der Anhörung die eine oder andere Klarheit geben wird.

Eine Aussage des Generaldirektors Schael kann ich teilen. Er hat gesagt, dass ein System, das kostenlos zur Verfügung stehe, nicht kostenlos adaptiert werden könne. Das ist klar. Das Adaptieren kostet natürlich sehr viel Geld. Das System hätte aber alle nötigen Voraussetzungen, die wir brauchen.

Wenn wir kurz in die Vergangenheit schauen, so sind die vier Gesundheitsbezirke das größte Problem, die nach wie vor erhalten bleiben sollen. Die müssten abgeschafft werden, unabhängig davon, ob das Ihre Partei will oder wer auch immer. Gesundheitsbezirk ist nicht gleich Krankenhaus. Das muss klargestellt werden, denn hier wird immer falsch argumentiert. Das Krankenhaus Innichen hat nichts mit dem Gesundheitsbezirk zu tun. Im Gegenteil, ich bin der Meinung, dass die peripheren Krankenhäuser eher erhalten bleiben, wenn die Gesundheitsbezirke verschwinden, weil dann mehr Geld für das gesamte Sanitätswesen frei wird und weniger für die Verwaltung ausgegeben werden muss. Man hat lediglich die Türschilder ausgetauscht, weil man einigen den Posten nicht nehmen wollte. Die Gesundheitsbezirke sind der Ursprung des Übels, auch in der Informatikgeschichte. Im Antrag



des Kollegen Köllensperger ist eine Reihe wichtiger Fakten aufgelistet, die ich großteils unterstützen kann. Für mich ist auch unverständlich, warum man jetzt ein völlig neues System ankaufen will, aber das würde ich mir zuerst gerne erklären lassen, bevor ich darüber abstimme.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Il collega Köllensperger ha presentato una mozione molto articolata che noi sosterranno. Anche noi ci siamo piuttosto stupiti che dopo le delusioni e i fallimenti registrati dal lavoro della Saim si sia deciso di puntare di nuovo su questa società.

Ho trovato su youtube un video su una conferenza del responsabile, il dott. Zerzer fatta a Castel Mareccio nel 2008 in cui già lì parlava di un sistema che era fallito, e che però si era sulla buona strada e si sarebbe, nel giro di poco tempo, recuperato. In realtà non si è recuperato niente, però ci ha stupito che questo gruppo di esperti - noi abbiamo fatto un'interrogazione all'inizio di dicembre per sapere chi sono e con quali criteri hanno valutato la cosa - abbia consigliato la Provincia di insistere con la Saim.

Anche noi pensiamo che non bisogna sempre riscoprire la ruota da capo, che ci sono buone pratiche. Qui io non ho le certezze che ha il collega Köllensperger sul sistema trentino, che certamente è un sistema implementato sull'intero territorio del Trentino per cui certamente sarà buono, però per esempio nell'analisi andrebbe verificato meglio perché non adottare il sistema il sistema sviluppato a Brunico e Bressanone. È un sistema fatto in casa, costato pochissimo e gli operatori dicono che funziona bene. È un sistema nato dentro le strutture sanitarie locali con il contributo di una equipe anche di medici che hanno fatto crescere quel sistema a partire dalle proprie esigenze dal rapporto con le strutture e con i pazienti. Può darsi che questo sistema possa essere migliorato, oppure non possa essere adottato ecc. , però tutti i medici con cui si parla hanno dato un apprezzamento positivo, era diventato quasi un senso comune che quello era l'esempio virtuoso che poteva essere recuperato ed è già "in casa" nella nostra sanità.

Sostanzialmente anche noi non condividiamo questo accanimento terapeutico. Nella nostra interrogazione avevamo anche chiesto se questo rivolgersi di nuovo alla Saim non dipenda da clausole che legano la Provincia ad un contratto con la Saim, cioè che la Provincia sia obbligata, che non abbia altra scelta. C'è qualcosa che ci costringe a ricorrere di nuovo alla Saim o siamo completamente liberi di scegliere? In questo caso credo che il ragionamento che fa il collega Köllensperger sia da sostenere.

**STEGER (SVP):** Zunächst möchte ich meiner Verwunderung Ausdruck verleihen, dass der Kollege Köllensperger nicht bereit ist, die Behandlung dieses Beschlussantrages auszusetzen und abzuwarten, was uns morgen erklärt wird. Der Landtag wird morgen über den IT-Masterplan informiert, und ich wundere mich, dass es nicht möglich ist, das abzuwarten. Der Kollege Köllensperger ist ein Experte in diesem Bereich, die meisten von uns aber weniger. Es wäre sinnvoll, wenn man von Seiten des Sanitätsbetriebes hört, was die Beweggründe dafür sind, dass gewisse Entscheidungen getroffen worden sind und wie der IT-Masterplan dann im Detail aussieht. Ich habe immer noch Hoffnung, Kollege Köllensperger, dass Sie diesen Beschlussantrag nicht zur Abstimmung bringen, sondern diesen Moment zugestehen, auch den anderen Kollegen, um die Gesamtinformation einzuholen.

Ich werde mich nicht in das Inhaltliche vertiefen, weil ich in dieser Materie kein Experte bin. Ich sage nur eines: Der Südtiroler Sanitätsbetrieb braucht das bestmögliche Informationssystem, das funktioniert. Wir haben gesehen, dass es nicht funktioniert, und deshalb ist hier eine radikale Änderung einzuführen. Natürlich wird dieses System auch etwas kosten, aber ich bin davon überzeugt, dass auch die Landesregierung diese Zielsetzung hat. Das wird eine wesentliche Voraussetzung für die zukünftige Qualität des Sanitätswesens sein. Hier geht es wirklich darum, die bestmögliche Qualität für die Ärzteschaft zu gewährleisten, was auch im Sinne der Patienten ist. Wenn sich ein Patient heute an einem Standort behandeln lässt und dann in einem zweiten Moment in einem zweiten Standort, dann haben sie dort keine Ahnung, was mit diesem Patienten los ist. Das kann es nicht sein. Deshalb halte ich diese Thematik für ganz wesentlich.

Wie gesagt, ich würde mir wünschen, dass der Kollege Köllensperger diesen Beschlussantrag nicht zur Abstimmung bringt und wir uns morgen die Vorschläge des Sanitätsbetriebes anhören. Die Diskussion kann dann in der nächsten Sitzungssession weitergeführt werden. Vielleicht erhalten Sie ja weitere Hintergrundinformationen, die Ihre Skepsis ein bisschen aufweichen können. Ich hielte es für seriös, das Treffen mit den Verantwortlichen des Sanitätsbetriebes abzuwarten, bevor über den Beschlussantrag abgestimmt wird.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Dass die Digitalisierung des Gesundheitswesens dringend notwendig ist, sehen wir alle. Hier handelt es sich um eine erkleckliche Summe, denn 71 Millionen Euro in drei Jahren sind nicht unbedingt wenig. Etwa anderes ist die Güte des Dienstes. Wenn diese Gesellschaft, die hier sehr stark kritisiert

wurde, nicht imstande ist, eine zukunftssträchtige Lösung zu präsentieren, dann muss man sich schon Gedanken machen und einen anderen Weg gehen.

In Bezug auf das Trentiner System hätte ich Bedenken in Zusammenhang mit der Zweisprachigkeit. Dieses System ist auf den italienischen Sprachraum ausgelegt. Natürlich kann man alles übersetzen, aber ich erinnere daran, dass der Sanitätsbetrieb Bruneck seinerzeit ein mehr oder weniger fertiges System ausgearbeitet hatte, das aber nicht übernommen worden ist, weil sich die Bozner quergelegt haben, auch aus Gründen der Sprache. Das haben mir Personen berichtet, die damals in dieser Arbeitsgruppe mitgearbeitet haben. Sie haben sich große Mühe gemacht, ein System auszuarbeiten. In diesem Bereich wird schon sehr lange herumgewerkelt, ohne zu einem tatsächlichen Ergebnis gekommen zu sein. Ich bin nicht gegen das, was der Kollege Köllensperger vorschlägt. Drei Jahre mögen viel erscheinen, auf der anderen Seite aber auch kurz, und wenn man von vorne beginnen muss, ist das wahrscheinlich eng bemessen. Ein System zu entwickeln, das ausschließlich auf Südtirol zugeschnitten ist, ist das eine. Etwas anderes ist es, ein System zu übernehmen, was sicher billig ist. Da wird es wahrscheinlich haken.

Der Kollege Köllensperger hat sich mit der Thematik auseinandergesetzt. Wir sollten versuchen, den richtigen Weg zu gehen, damit es funktioniert. Die Digitalisierung ist sicher höchst notwendig.

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! In Zusammenhang mit dieser Diskussion ist sehr vieles Richtiges angesprochen worden. Vielleicht einige Grunddarlegungen zu Beginn. Wir stimmen alle darin überein, dass die Digitalisierung im Bereich des Gesundheitswesens die notwendige Basis ist, damit wir tatsächlich imstande sind, den Kundinnen und Kunden dieses Systems einen besseren Zugang zu gewährleisten und um den Austausch von Informationen untereinander zu verbessern. Das war schon immer ein grundlegendes Anliegen. Zu den Hinweisen auf Systeme, die positiv bewertet worden und zum Teil auch weiterentwickelbar sind, Folgendes: Es handelt sich um ein unglaublich komplexes System, das natürlich als Ganzes gedacht und angegangen werden muss. Das ist der Sinn und Zweck des IT-Masterplanes, wobei zu Recht gesagt worden ist, dass drei Jahre lang, aber auch kurz sind, wenn man ein solches System implementieren muss. Eine Weiterentwicklung würde bedeuten, dass man die Anzahl der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Gesundheitssystem zumindest verdoppeln müsste, mit der Problematik der Schnittstellen, die wir versuchen müssen, zu überbrücken. Jeder weiß, dass das Schwierigste ist. Wir haben heute innerhalb des Sanitätsbetriebes mehr als 300 Programme, wobei jeder versteht, dass man so nicht weitermachen kann. Deshalb wurde der IT-Masterplan erstellt.

Die 75 Millionen Euro, die angegeben worden sind, setzen sich wie folgt zusammen: 29 Millionen Euro kommen hinzu, 46 Millionen Euro sind jene Gelder, die innerhalb des Betriebes für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, für Lizenzgebühren usw. ausgegeben worden sind. Insofern sind das laufende Ausgaben, die immer schon da waren.

Eine letzte Vorbemerkung. Es ist noch keine Entscheidung getroffen worden. Der Masterplan liegt vor. Selbstverständlich ist auch über eine Wiederverwendung von Systemen diskutiert und im Detail durchgearbeitet worden, vor allem, was das System im Trentino angeht. Die Fachleute, die ausgesucht worden sind und diese Arbeit gemacht haben, sind von Federsanità, von ANCI und vom Osservatorio innovazione digitale in sanità. Das sind die Fachleute mit der größten Kompetenz und Neutralität. Sie haben jetzt ein Ergebnis präsentiert bzw. einen Vorschlag gemacht, der jetzt anscheinend nicht mehr ihre Unabhängigkeit dokumentiert. Sie haben das alles überprüft, was ich Ihnen vorher gesagt habe und sind zum Schluss gekommen, dass man das Ganze auf dreierlei Schienen umsetzen muss. Einen Teil werden wir mit der landeseigenen Gesellschaft SIAG machen. Das ist ein relativ großer Teil, der auf diese Art und Weise umgesetzt und realisiert werden soll. Wir sind jetzt dabei, Rückmeldungen innerhalb und außerhalb des Betriebes einzuholen. Die endgültige Entscheidung wird im März gefällt. Ein weiterer Teil soll international ausgeschrieben werden, ein Teil soll über die SAIM abgewickelt werden, selbstverständlich mit einer ganzen klaren Aufgabenstellung.

Die Überlegung, etwas auch über diese Schiene abzuwickeln, hat unter anderem auch mit den Zeiten zu tun. Sie alle wissen, dass eine internationale Ausschreibung sehr langwierig ist. Nachdem wir die Möglichkeit haben, über die SAIM Direktaufträge zu erteilen, können wir das Ganze schneller umsetzen. Sie stimmen wohl alle mit mir überein, wenn ich sage, dass wir hier schnell reagieren und Datenflüsse schneller ermöglichen müssen. Das ist eine der Möglichkeiten, um noch innerhalb des Jahres 2016 zu Ergebnissen zu kommen und nicht erst ab 2018.

Die Frage der Wiederverwendung ist von mehreren Abgeordneten angesprochen worden. Ich darf sagen, dass es selbstverständlich einen engen Kontakt mit dem Gesundheitsbetrieb der autonomen Provinz Trient gibt.

Man ist zum Ergebnis gekommen, dass eine Übernahme des Systems zu diesem Zeitpunkt keinen Sinn macht, wobei es aber auf jeden Fall ein großes Interesse von Seiten des Trientner Gesundheitsbetriebes gibt, die Weiterentwicklung gemeinsam zu betreiben.

Abschließend möchte ich noch sagen, dass die Benutzung von bereits bestehenden Systemen gratis ist, wobei die Implementierung, Konfiguration und Aktivierung der Systeme aber etwas kostet. Das sind die wirklichen Kosten, auf die es ankommt. Ich möchte auch noch darauf hinweisen, dass wir bei der SAIM keine Lizenzkosten für Software zahlen müssten, sollte sie den Auftrag erhalten, weil diese bereits bezahlt worden sind.

Die Überprüfungen sind gemacht worden und sind in die Überlegungen eingeflossen. Sie werden morgen ausführlichst und fachgerecht informiert werden.

**PRESIDENTE:** Ich möchte die dritte Klasse B der Mittelschule St. Johann im Ahrntal mit Prof. Nocker begrüßen und im Landtag willkommen heißen.

La parola al consigliere Köllensperger, prego.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Movimento 5 Stelle):** Ich möchte noch einmal präzisieren, dass es nicht darum geht, das Trentiner System übernehmen. Es geht darum, dieses System grundlegend, seriös und unabhängig analysieren zu lassen. Da sehe ich keinen Widerspruch zum Masterplan. Nachdem die Entscheidung erst im März gefällt wird, wäre jetzt genau der richtige Zeitpunkt, um das zu machen. Sollte es schon gemacht worden ist, dann wäre das kein Problem. Dann wären Punkt 1 und 2 schon erledigt und man könnte die Punkte 3 und 4 in Angriff nehmen. Ich sehe hier überhaupt keinen Widerspruch.

Es besteht der Eindruck, dass hier schon längst eine Entscheidung gefallen ist, zumindest, wenn man sich anhört, was der Generaldirektor im Rahmen einer Pressekonferenz gesagt hat. Ein Grund wäre anscheinend die Programmiersprache "Java", aber wenn man sich anschaut, in was insiel oder die SAIM projektieren, so ist das auch "Java". Das ist also ein etwas eigenartiges Argument, um zu sagen, dass das Trentiner System nicht funktioniert. Ein weiteres Argument war jenes, dass die deutsche Sprache fehlen würde. Die Software kann in Deutsch übersetzt werden, was bei den Summen, über die wir hier reden, Peanuts wären. Die Schnittstellen müssten teilweise geändert werden, aber wenn man es neu programmiert, dann müssten alle Schnittstellen neu gemacht werden. Hier könnten wir schon 250 Schnittstellen übernehmen. Ein weiteres Argument war jenes, dass wir nicht das Know How hätten, um eine europaweite Ausschreibung zu machen. Dann haben wir aber auch nicht das Know How, um dieses Projekt abzuwickeln. Abgesehen davon müssen wir diese Bewertung vornehmen. Wenn wir das machen, dann werden wir sehen, dass die Wiederverwendung funktioniert. Das Trentino ist das beste Beispiel dafür. Es hat ein bestehendes Programm übernommen, aber vielleicht ist es ja das Problem, dass es nichts kostet.

Ein Sinn des Beschlussantrages ist auch jener, dass wir den Generaldirektor des Sanitätsbetriebes, der hier doch ein arrogantes Benehmen an den Tag legt, darauf hinweisen, dass die 29 Millionen Euro an Steuergeldern dem Landtag erklärt werden müssen. Ein bisschen Respekt vor den Abgeordneten, den Patienten und Primären wäre hier durchaus angebracht! Sonst werden wir den Ärztemangel oder die Ärzteflucht nur noch verstärken. Das, was ich hier verlange, ist nicht zu viel verlangt. Ich bin bereit, auch aus Respekt vor den Kollegen Abgeordneten, die Behandlung des Beschlussantrages auf morgen nach der Anhörung über den Masterplan zu vertagen, obwohl ich der Meinung bin, dass er mit dem Masterplan nichts zu tun hat. Der Masterplan ist in Ordnung. Hier geht es mehr um die Frage, wie die einzelnen Sachen umgesetzt werden. Ich möchte also, dass der Landtag beschließt, dass wir den Beschlussantrag morgen nach der Vorstellung des Masterplanes zur Abstimmung bringen, gegebenenfalls mit einem Änderungsantrag, sollte es interessante Erkenntnisse geben.

Ripeto che se il Consiglio è d'accordo, sono disposto a mettere in votazione la mozione a patto che si voti, d'accordo con i colleghi, domani entro la fine del tempo riservato alla minoranza, in caso contrario chiedo di metterla in votazione per parti separate.

**PRESIDENTE:** Le questioni sono due. La prima riguarda lo spostamento della votazione a domani. Su questo non esiste un articolo del regolamento che preveda il posticipo, esiste l'anticipazione di un punto all'ordine del giorno ma se nessuno ha nulla in contrario, si può votare domani.

Nel caso in cui si votasse, Lei chiedeva per punti separati. Chiedo quali, ma prima trattiamo la prima questione. Chiedo all'aula se qualcuno è contrario a posticipare la votazione a domani. Nessuno, quindi la votazione è rinviata a domani.

Punto 5) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 517/15 del 25/11/2015, presentata dal consigliere Urzi, riguardante la sottoscrizione di un impegno comune contro ogni forma di integralismo e fanatismo religioso."**

Punkt 5 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 517/15 vom 25.11.2015, eingebracht vom Abgeordneten Urzi, betreffend Gemeinsamer Einsatz gegen jede Form von Fundamentalismus und religiösem Fanatismus."**

*Premesso che mai come in questa delicata fase storico-politica si avverte la necessità di testimoniare l'unità dell'Alto Adige sui valori fondanti del nostro vivere comune: la libertà di espressione e di parola, la libertà religiosa, la parità di genere, l'uguaglianza di tutte le persone. La cultura e la civiltà occidentali hanno il dovere, ricercando le radici comuni, di costituire un argine etico di fronte ad ogni forma di integralismo e fanatismo.*

*Considerato che il caso di Merano, con la scoperta della cellula integralista islamica, ci dimostra come non sia ammissibile che l'Italia accolga sul territorio nazionale chiunque, anche coloro che si dichiarano nemici della nostra società, e decidano di sfruttare le nostre attitudini alla tolleranza per approfittarne contro noi stessi.*

*Al di là dei proclami o delle facili prese di posizione di indignazione mista a rabbia, occorrono, con la responsabilità che ci deriva, iniziative su un piano istituzionale per rendere consapevole anche l'Alto Adige del fatto che non esiste un luogo immune alla minaccia dell'integralismo religioso, contro cui vaalzata una barriera.*

*Si ritiene opportuno proporre a tutte le forze politiche, sociali, linguistiche del nostro territorio un patto di civiltà sul quale trovare, al di là di ogni differenza una piena e assoluta condivisione. Non ci può essere divisione di fronte alle emergenze capitali. In questa battaglia comune possono giocare un ruolo decisivo quanti abbiano scelto la via dell'integrazione e della condivisione dei nostri valori fondamentali pur essendo originari di altri Paesi del mondo. Sono anch'essi vittime della barbarie e del fanatismo religioso.*

*Tutto questo premesso e considerato,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
delibera*

*la sottoscrizione di un impegno comune di condanna di ogni forma di integralismo e di fanatismo politico e religioso e di condivisione dei valori fondanti la nostra comunità come la libertà di espressione e di parola, la libertà religiosa, la parità di genere, l'uguaglianza di tutte le persone.*

-----

*In dieser heiklen politischen und historischen Phase erscheint es wichtiger als je zuvor, die grundlegenden Werte unseres Zusammenlebens, sprich freie Meinungsäußerung, Religionsfreiheit, Gleichstellung von Mann und Frau und Gleichberechtigung aller geschlossen zu bekräftigen. Die westliche Kultur und Zivilisation muss sich auf ihre gemeinsamen Wurzeln berufen und sich aus moralischen Gründen gegen jede Form von Fundamentalismus und Fanatismus stellen.*

*Die vor kurzem in Meran aufgedeckte islamistische Zelle zeigt deutlich, dass es unzulässig ist, dass sich auf italienischem Staatsgebiet jeder ansiedeln darf, also auch Menschen, die unserer Gesellschaft feindlich gesinnt sind und unsere tolerante Haltung ausnutzen, um gegen uns vorzugehen.*

*Abgesehen von Beteuerungen und voreiligen Stellungnahmen, die auf Empörung und Wut zurückzuführen sind, müssen wir unsere Verantwortung wahrnehmen und institutionelle Maßnahmen ergreifen, um auch in Südtirol klar zu stellen, dass die Gefahr des religiösen Fanatismus überall droht und Letzterem Einhalt geboten werden muss.*

*Es scheint daher angebracht, mit allen politischen, sozialen und sprachlichen Gruppen unseres Landes einen Wertepakt zu erarbeiten, der, trotz aller bestehender Unterschiede, von der Allgemeinheit geteilt und gutgeheißen wird. Angesichts solcher Ausnahmesituationen darf es keine internen Spaltungen geben. In diesem gemeinsamen Kampf können all jene eine entscheidende Rolle spielen, die den Weg der Integration und der gemeinsamen Werte eingeschlagen haben, obwohl sie aus anderen Ländern stammen. Auch sie sind nämlich Opfer von Gewaltakten und religiösem Fanatismus.*

*Aus diesen Gründen*

beschließt  
der Südtiroler Landtag,

*eine gemeinsame Verpflichtung zu erarbeiten, die jede Form von politischem und religiösem Fundamentalismus und Fanatismus verurteilt und jene Werte schützt, auf die unsere Gesellschaft gründet, nämlich freie Meinungsäußerung, Religionsfreiheit, Gleichstellung der Geschlechter und Gleichberechtigung aller Bürger und Bürgerinnen.*

La parola al consigliere Urzi, prego.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Leggo la mozione.

*Premesso che mai come in questa delicata fase storico-politica si avverte la necessità di testimoniare l'unità dell'Alto Adige sui valori fondanti del nostro vivere comune: la libertà di espressione e di parola, la libertà religiosa, la parità di genere, l'uguaglianza di tutte le persone. La cultura e la civiltà occidentali hanno il dovere, ricercando le radici comuni, di costituire un argine etico di fronte ad ogni forma di integralismo e fanatismo.*

*Considerato che il caso di Merano, con la scoperta della cellula integralista islamica, ci dimostra come non sia ammissibile che l'Italia accolga sul territorio nazionale chiunque, anche coloro che si dichiarano nemici della nostra società, e decidano di sfruttare le nostre attitudini alla tolleranza per approfittarne contro noi stessi.*

*Al di là dei proclami o delle facili prese di posizione di indignazione mista a rabbia, occorrono, con la responsabilità che ci deriva, iniziative su un piano istituzionale per rendere consapevole anche l'Alto Adige del fatto che non esiste un luogo immune alla minaccia dell'integralismo religioso, contro cui va alzata una barriera.*

*Si ritiene opportuno proporre a tutte le forze politiche, sociali, linguistiche del nostro territorio un patto di civiltà sul quale trovare, al di là di ogni differenza una piena e assoluta condivisione. Non ci può essere divisione di fronte alle emergenze capitali. In questa battaglia comune possono giocare un ruolo decisivo quanti abbiano scelto la via dell'integrazione e della condivisione dei nostri valori fondamentali pur essendo originari di altri Paesi del mondo. Sono anch'essi vittime della barbarie e del fanatismo religioso.*

*Tutto questo premesso e considerato,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano delibera*

*la sottoscrizione di un impegno comune di condanna di ogni forma di integralismo e di fanatismo politico e religioso e di condivisione dei valori fondanti la nostra comunità come la libertà di espressione e di parola, la libertà religiosa, la parità di genere, l'uguaglianza di tutte le persone.*

Ho poco altro da aggiungere al contenuto di questa mozione se non richiamarmi ai fatti più recenti che dopo la scoperta della cellula jihadista di Merano hanno creato ulteriore disorientamento nell'opinione pubblica. Si tratta di fatti vicini ma anche lontani che pure ci toccano profondamente. Solo ieri c'è stato un ulteriore attacco alla libertà anche di movimento, se consideriamo che è stato colpito duramente sino a provocare un sacrificio di vite di un gruppo di turisti tedesco che era in visita nella città di Istanbul. In questo modo si minano alla radice alcuni valori fondamentali in cui si riconosce l'umanità intera e all'interno di questo quadro si devono creare le condizioni per cui la comunità civile crei un argine anche dal punto di vista etico e morale, un argine alle intolleranze, a quei movimenti che esercitano una forte pressione su alcune delle condizioni fondamentali su cui si regge la nostra società, in particolare quella europea, ma non solo, che sono i principi della libertà assoluta messi in discussione da atti di violenza che toccano nel profondo le libertà personali dei cittadini. Pensiamo ai fatti di Colonia dove è stato aperto un fronte nuovo che probabilmente la nostra società non si aspettava di doversi confrontare, quello dell'aggressione sistematica alle donne.

Credo che tutto questo debba costituire non solo un elemento di riflessione, perché di riflessioni ce ne sono state tante in quest'ultimo periodo, ci deve essere un dibattito da cui le emozioni devono essere necessariamente tenute al di fuori, ci deve essere molta ragione delle scelte che devono essere compiute, ma la ragione della reazione rispetto ai fenomeni di violenza o integralismo ideologico o religioso devono trovare la ragione in un patto comune di convivenza e di volontà di affermazione di alcuni principi ineludibili, che sono quelli che ho indicato.

Vorrei pensare che anche il Consiglio della Provincia di Bolzano senza dare nulla per scontato, come necessario in situazioni di tale emergenza, potesse aderire a questo impegno sottoscrivendolo in modo morale attraverso un voto che potrebbe costituire una sorta di indirizzo per tutte le popolazioni residenti su questo territorio.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich verstehe das Anliegen des Kollegen Urzi, aber das, was im beschließenden Teil gefordert wird, geht mir zu wenig weit. Wir leben in einem Rechtsstaat, in dem es Gesetze gibt, die

leider Gottes nicht angewandt werden. Das ist das große Problem. Auf europäischer Ebene gibt es Regierungsverantwortliche, die sich um die Gesetze nicht scheren, wie beispielsweise die deutsche Bundeskanzlerin Merkel, die jeden Tag Gesetze bricht und dann noch als guter Mensch hingestellt wird. Die Ereignisse der letzten Monate, die auch nach Südtirol hereingewirkt haben – ich beziehe mich auf die Dschihadisten in Meran - ... Es geht um die Begriffsbestimmung. Wir bezeichnen alle, die zu uns kommen, als Flüchtlinge, aber der Großteil sind illegale Einwanderer. Das muss man sich einfach zu sagen trauen! Das ist der Rechtsterminus, aber von dem geht man ab und dann ist plötzlich jeder ein Flüchtling. Unter dem Deckmantel des Asyls kommen Leute zu uns, die sich nicht unsere Regeln kümmern und nichts von Integration wissen wollen. Die Verpflichtungserklärung, Kollege Urzi, gilt für diejenigen, die kommen. Die haben eine Bringschuld. Flüchtlinge sind froh, in das erste sichere Land zu kommen und nicht 2.000 Kilometer zu fahren und ihr Leben zu riskieren. Dann sind andere Gründe dahinter, auch das Geschäft der Schlepper und Sozialleistungen. Da kann ich auch jemanden zitieren, der unverdächtig ist, den Freiheitlichen nach dem Mund zu reden, nämlich Oberstaatsanwalt Rispoli, der der Landesregierung schon zwei Mal die Rute ins Fenster gestellt und gesagt hat: "Zahlt nicht so hohe Sozialleistungen, dann kommen auch nicht so viele Menschen zu uns." Das ist der wahre Grund! Die Nordafrikaner fahren nicht nach Schweden, weil es dort besonders warm wäre, sondern weil Schweden mehr Sozialleistungen zahlt als andere Staaten. Die Grenze der Toleranz zur Dummheit ist offensichtlich sehr kurz. Wir brauchen die Mittel, die wir haben, für jene Leute, die Bedarf haben. Wenn wir allen helfen, dann helfen wir im Prinzip niemandem. Hier braucht es mehr Klarheit, mehr Mut, mehr Offenheit und auch mehr Rückgrat. Ich möchte nicht einen Bürgerkrieg an die Wand malen, aber in Deutschland sind wir nahe dran. Das streift natürlich auf andere Länder ab. Das, was sich in Europa vor aller Augen abspielt, ist nicht mehr zum Lachen. Wir in unserem bescheidenen Teil sollten uns nicht auf die falsche Fährte führen lassen, die von Regierungschefs in Europa vorgegeben wird, sondern sagen: "Hilfe für jene, die sie grundsätzlich brauchen und Hilfe dort, wo die Menschen herkommen, dass sie erst gar nicht weggehen müssen."

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Es gibt Gesetze, Verfassungen und klare Regeln. Wer sie einhält, wird keine Probleme haben. Wer sie hingegen nicht einhält, der muss die Härte des Rechtsstaates spüren. "Der Rechtsstaat ist eine Memme", stand gestern in Spiegel Online. Man will Polizisten zu besseren Schülerlotsen machen und erwartet sich dann, dass sie im Extremfall der ausufernden Gewalt standhalten. Entweder der Rechtsstaat sorgt dafür, dass seine Regeln eingehalten werden oder nicht. Ich habe nichts gegen die Erklärung, die der Kollege Urzi fordert, wobei ich mich aber schon langsam frage, warum man von jemandem, der in ein Rechtssystem einwandert, eine Erklärung verlangen soll, dass er die Regeln einhält. Das Problem ist ein ganz anderes und nicht, wie letztthin immer wieder von linken Gutmenschen geäußert wurde, dass sämtliche Flüchtlinge unter Generalverdacht gestellt werden. Die linke Gutmenschenkultur spricht die Zuwanderer generell von jeder Schuld frei. Wenn sie Frauen belästigen, sind wir selber Schuld. Wenn sie irgendwo einbrechen, dann sind wir auch selber Schuld. Die linke Gutmenschenkultur hat den Einwanderern vorwiegend aus dem arabischen und afrikanischen Raum eine Generalabsolution erteilt, und das ist das Problem. Damit hat der Rechtsstaat letztlich versagt. Wir können hunderte von Erklärungen unterschreiben lassen. Die Gesetze und Regeln sind einzuhalten und der Staat muss dafür sorgen, dass seine Ordnungskräfte für die Einhaltung dieser Regeln stehen und auch entsprechend ausgebildet sind. Wenn ein Polizist die Einhaltung der Regeln durchsetzen will und hinter der Ecke ein linker Gutmensch oder Journalist steht, ihm ins "Gnagg" hupft, wie man so schön sagt, und ihm erklärt, was er alles falsch macht, dann versagt der Rechtsstaat. Es ist nicht so, dass das Wort "Gutmensch" das Unwort des Jahres ist, sondern die Gutmenschenart ist eine Unart des Jahrzehnts dieser gesamten Entwicklung. Wenn Zuwanderer verstehen, dass die Staaten in Europa dafür sorgen, dass die Regeln eingehalten werden, dann werden sie sich auch an die Regeln halten. Wenn die Zuwanderer in Österreich, Deutschland und anderen Staaten verstehen, dass der Staat zurückweicht und sich die Polizisten nicht trauen, einzugreifen, dann werden sie die Regeln nicht einhalten und Grenzen überschreiten. Schuld an der Entwicklung ist die linke Gutmenschenkultur. Das ist das Problem!

**STEGER (SVP):** Ich wundere mich über diesen Antrag und empfehle dem Kollegen Urzi, sich die UNO-Menschenrechtscharta und die italienische Verfassung anzuschauen. Dort sind all diese Werte der Meinungsäußerung, der Religionsfreiheit, der Gleichstellung der Geschlechter und der Gleichberechtigung aller Bürger verankert. Ich frage mich, welchen Charakter diese gemeinsame Verpflichtung haben soll. In der Sache sind diese Prinzipien, die Sie ansprechen, genau jene, auf denen unser politisches Handeln basiert. Natürlich kann man nicht gegen das sein, was Sie im beschließenden Teil Ihres Beschlussantrages fordern. Es ist die Verpflichtung eines jeden Demokraten, jede Art von Fundamentalismus zu verurteilen und jene Werte zu schützen, auf die unsere

Gesellschaft gründet. Es ist ganz klar, dass wir uns zu freier Meinungsäußerung, zu Religionsfreiheit, zu Gleichstellung der Geschlechter und Gleichberechtigung aller Bürgerinnen und Bürger bekennen. Es verwundert also, wieso es hierzu einen Beschlussantrag braucht.

Die Rechtsfolge habe ich nicht ganz verstanden. Vielleicht können Sie in Ihrer Replik darauf eingehen, Kollege Urzi. Wofür soll sich jemand verpflichten? Das einzuhalten, was die Verfassung und die UNO-Menschenrechtscharta vorgibt?

In der Sache können wir nur Ja sagen. Ich wüsste nicht, was man sonst dazu sagen soll.

**Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann**

**PRÄSIDENT:** Herr Abgeordneter Zimmerhofer, Sie haben das Wort, bitte.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Danke, Herr Präsident! Wenn man sich den beschließenden Teil anschaut, so wird dort von gemeinsamen Verpflichtungen, Werten, Pakt gegen Fundamentalismus und Fanatismus, Gleichberechtigung aller Bürgerinnen und Bürger gesprochen. Das ist, wie bereits gesagt, schon in der italienischen Verfassung verankert, und ich glaube, dass der Kollege Urzi die italienische Verfassung besser kennt als ich. Das sind alles schöne Worte und Papier ist geduldig. Wenn man schaut, so werden diese Werte europaweit sehr stark strapaziert. Kollege Urzi, was die Glaubwürdigkeit und den politischen Fundamentalismus angeht, müsste man auch hierzulande einmal die Sache ein bisschen überdenken. Denken Sie nur an die Toponomastik, an den Siegesplatz, an die Beinhäuser, die unseligen Fahnenverordnungen, das Relief am Finanzamt. Da müssten Sie auch hier ansetzen und etwas dagegen unternehmen. Jüngstes Beispiel ist die Umbenennung Josef-Wenter-Schule in Meran oder das Cantore-Gymnasium in Bruneck. Das war ein General vor dem Ersten Weltkrieg, der für Kriegsverbrechen zwischen Italien und der Türkei stand. Um glaubwürdig zu sein, müsste man auch hier ansetzen. Dann wäre vielen geholfen.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** I principi che enumera questa mozione del collega Urzi sono i principi costituzionali, libertà di espressione, di parola, libertà religiosa, parità di genere, uguaglianza di tutte le persone, che mi sono particolarmente a cuore ma su cui noi, il primo giorno in cui ci siamo seduti qui abbiamo giurato. Questa mozione sembra la ripetizione al giuramento: "Giuro di essere fedele alla Costituzione". Anch'io chiedo al presentatore che conseguenze ha questa mozione, più che essere una sorta di ripetizione di questo giuramento ai principi costituzionali, che poi sono principi comuni a tutte le costituzioni europee, alla costituzione dei diritti dell'uomo, ai principi dell'umanesimo, dell'illuminismo e della civiltà europea.

Detto questo, devo dire che la debolezza di questa mozione si riconosce dal fatto che ognuno ci attacca un po' quello che gli pare, allora c'è chi parla di contributi e chi parla di altre cose. Naturalmente c'è lo sfondo di quello che sta succedendo in Europa. Noi siamo consapevoli che dopo la notte di capodanno di Colonia, fra l'altro mia figlia studia a Düsseldorf, pochissimi chilometri da Colonia e ha raccontato le cose che sono successe. L'atmosfera è cambiata. Il rischio è che cambi in peggio, che noi diventiamo tutti peggiori, diventiamo come quelli che hanno dei comportamenti che non possiamo accettare.

Dobbiamo ribadire due cose. È vero che la politica è fatta di idee, ma le idee rischiano sempre di diventare ideologie e fanatismo. La religione è fatta di fede sincera, ma rischia sempre di diventare fondamentalismo e fanatismo. In tutte le religioni però, anche nei momenti peggiori, ci sono state persone che sono andate per un'altra strada. Noi abbiamo avuto, come religione cristiana, le crociate ma anche San Francesco. Teniamo conto che l'islamismo, l'ebraismo e il cattolicesimo sono le tre grandi religioni monoteiste. Il fondatore della religione islamica è considerato Abramo, quindi teniamo conto che è una famiglia che ha molte parentele in comune. Nel mondo islamico oggi c'è una deriva, vediamo quello che è successo negli ultimi anni in Turchia, la deriva fondamentalista, però ricordiamoci che c'è una battaglia che il fondamentalismo fa contro l'Europa, ma c'è una battaglia ancora più grossa che il fondamentalismo fa dentro il mondo islamico. Le guerre sono interne al mondo musulmano per l'egemonia del mondo musulmano. La maggior parte dei morti sono dentro il mondo musulmano, ricordiamocelo. E ricordiamoci che è nostro interesse avere alleati dentro il mondo musulmano. Quindi no al fanatismo, ma non facciamo anche noi i fanatici.

La seconda cosa è che noi abbiamo questi principi, chi viene nelle nostre società perché le sceglie per una propria vita, deve rispettare questi principi e le leggi. Chi mi conosce sa benissimo che nel momento in cui c'è una violazione della legge che ci riguarda direttamente, io non ho dubbi: mi rivolgo alla polizia, alla Magistratura e

pretendo che le leggi vengano rispettate. Credo che questo vada fatto e vada anche comunicato a chi vive nella nostra società.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Der beschließende Teil des Beschlussantrages enthält schöne Floskeln, aber ich glaube, dass der Adressat der falsche ist. Der Adressat sind wir selbst. Sollen wir selbst bekennen, dass wir uns an die Menschenrechte halten, die Gleichstellung von Mann und Frau anerkennen? Ich kenne niemanden, bei aller politischen Verschiedenheit, der gegen diese Dinge wäre. Es wäre richtig, einen Beschluss zu fassen, dass wir die Menschen, die in unser Land kommen, dazu auffordern, sich an diese Dinge zu halten. Das wäre der beschließende Teil, den ich mir wünschen würde. Am Sonntagabend fand im ORF die Diskussionsendung "Im Zentrum" mit dem Titel "Wer hat Angst vorm fremden Mann?" statt. Dort ging es unter anderem auch um das Thema Köln. Es war ein gewisse Frau Mina Ahadi, eine Exiliranerin, die nach der Revolution im Iran nach Europa gekommen ist, und Vertreter der sogenannten linken Reichshälfte vorhanden. Als über Köln diskutiert wurde, ist von diesen Personen behauptet worden, dass man diesen Männern das nicht vorwerfen könne, weil sie in ihren Ländern so sozialisiert worden seien. Niemand dürfe dafür verurteilt werden, wie er sozialisiert worden ist. Gott sei Dank hat Frau Ahadi darauf hingewiesen, dass das ein völlig verqueres Bild sei. Sie sei damals selbst vor dem Mullah-Regime geflüchtet und nach Europa gekommen, in der bewussten Entscheidung, in Europa als Europäerin leben zu wollen und die Rechte der Freiheit und des Humanismus leben zu können. Ich bin überzeugter denn je, dass es notwendig ist, die Menschen, die hierher kommen, von Anfang an darauf hinzuweisen, was sie hier erwartet. Sie können sie nicht erwarten, dass sie die Wertevorstellungen ihrer Länder hier weitergelebt werden können. Frau Ahadi hat auch ganz klar gesagt, dass man sich nicht einreden bräuchte, dass diese Menschen mit einem Integrationskurs integriert werden können. Es braucht eine klare Aufforderung und gelebte Vorbilder, die sagen: "So etwas geht nicht!" Frau Ahadi hat auch gesagt, dass sie fast jeden Tag Menschen finden würde, die sagen, dass man das nicht überbewerten dürfe, wobei es aber kaum Vertreter der Flüchtlinge geben würde, die sagen: "Wir akzeptieren nicht, dass derartige Dinge in unserem Namen geschehen!" Diese positiven Beispiele braucht es für die Flüchtlinge, um klar aufzuzeigen, welche Wertevorstellungen wir in unserem Land haben. Das heißt nicht, dass man Menschen nicht in Krisensituationen helfen und unterstützen soll und Menschen, die vor Krieg flüchten, nicht für eine gewisse Zeit ein Dach über dem Kopf geben soll. Diese Menschen müssen darüber aufgeklärt werden, in welcher Wertegesellschaft wir in Europa leben. Wir haben das Recht, von diesen Menschen einzufordern, dass sie sich diesen Werten anzupassen haben und nicht umgekehrt. Dieses Gespür ist in Europa verloren gegangen. Jeder, der das fordert, wird fast schon als rechtsradikal hingestellt. Es wird so getan, als ob es nicht welloffen wäre, von Einwanderern zu verlangen, dass sie sich an unser Rechte- und Wertesystem halten müssen.

Lieber Kollege Urzi, der Adressat dieses Beschlussantrages ist leider der völlig falsche. Es nützt uns nichts, wenn wir uns selbst auffordern, uns an Werte zu halten. Das müssen wir von jenen verlangen, die zu uns kommen.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ha già risposto il collega Dello Sbarba in merito alla mozione del collega Urzi che ha offerto l'occasione per poter dire, almeno da parte del collega Pöder, altre 4, 5 volte la parola preferita "linke Gutmenschen". Eine linke Gutmenschin hat geantwortet, indem sie nach den Vorfällen von Köln die Gefühle ausgedrückt hat. Das einzige, was ich hierzu sagen möchte, ist das, was ich damals geschrieben habe: *"Ich bin gegen Gewalt, Gewalt von Männern an Frauen, Gewalt von christlichen Männern an christlichen Frauen, Gewalt von christlichen Frauen an christlichen Männern, Gewalt von muslimischen Männern an christlichen Frauen, Gewalt von muslimischen Männern an muslimischen Frauen und Gewalt von christlichen Frauen an muslimischen Männern, Gewalt von muslimischen Frauen und muslimischen Männern und muslimischen Frauen an muslimischen Frauen an christlichen Männern, Gewalt von christlichen Männern an muslimischen Frauen, Gewalt von Frauen an Männern, Gewalt von Frauen an Frauen und Männern an Männern, Gewalt von Gläubigen an Ungläubigen, Gewalt von Ungläubigen an Gläubigen, Gewalt von Ungläubigen an Ungläubigen und Gewalt von Gläubigen an Gläubigen, Gewalt von anders Gläubigen an Gläubigen oder an anders als anders Gläubigen, Gewalt von Gläubigen an anders Gläubigen oder an anders als anders Gläubigen, Gewalt von Eltern an Kindern und von Kindern an Eltern, Gewalt von Kindern an Kindern und Eltern an Eltern, Gewalt von Menschen an Menschen, Gewalt von Menschen: Ich bin gegen Gewalt!"* Das ist das, was ein Gutmensch zu diesem Thema zu sagen hat. Alles andere unterstellt Ihr Menschen, die früher einmal anständig geheißen haben und heute "Gutmenschen" genannt werden.



**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** La maggior parte delle cose sono già state dette, il riferimento alla Costituzione ecc. quindi non lo ripeto. Sarebbe sensato integrare anche i rappresentanti delle diverse religioni che vengono da noi in questo eventuale patto, che non è tanto una cosa che dobbiamo fare noi, ma andrebbe proprio fatto con loro. Quindi nell'ultimo paragrafo della prima pagina si potrebbe sostituire "forze politiche linguistiche" con "forze politiche e organizzazioni sociali rappresentanti delle diverse culture e religioni" e allargare un po' lo spettro di questo patto che si propone a chi lo dovrebbe rispettare essendo ospite della nostra terra venendo qui - si spera - per integrarsi nella nostra cultura.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Es ist schon von den allermeisten gesagt worden, dass dieser Beschlussantrag eigentlich gar nicht gestellt werden hätte sollen. Wir können das nicht nur in den Verfassungen der meisten Länder nachlesen, sondern auch in der UN-Charta und in den Menschenrechtspakten. Das sind Grundprinzipien der demokratischen Welt. Das nächste Mal erklären wir, dass wir gegen Mord und Totschlag sind oder für die UN-Menschenrechtspakte sind. Auch da werden wir wahrscheinlich eine klare Mehrheit haben.

Nachdem es aber eigenartig wäre, dagegen zu stimmen, stimmen wir den Prämissen nicht zu, dem beschließenden Teil hingegen schon. Ich ersuche also um getrennte Abstimmung.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** È necessario, in situazioni di questo tipo e dopo un dibattito così articolato e ricco di spunti e caratterizzazioni degli interventi a seconda delle diverse sensibilità, cercare di dare una sorta di "interpretazione autentica" e allora la diamo. L'interpretazione autentica fonda la premessa in quella che può essere richiamata una dichiarazione di principio, che è necessaria in momenti di crisi, in momenti in cui le certezze, le sicurezze sono messe in discussione. Questo è esattamente quello che si è avvertito nettamente nei momenti successivi alla scoperta della cellula jihadista di Merano, epoca in cui si colloca questa mozione. Ma potremmo anche calarci nel momento immediatamente successivo alla strage del Bataclan e dei locali vicini, o potremmo calarci nella sensibilità immediatamente successiva alla strage di Charlie Hebdo, oppure potremmo calarci in quello che forse viene avvertito come un evento che ci tocca direttamente e che invece ci investe direttamente, come la strage di Istanbul. Viene avvertita di meno forse perché avviene lontano o su un suolo in cui vive una comunità a maggioranza islamica, ci tocca perché poi vengono colpite delle persone residenti in Europa, dovrebbe colpirci indipendentemente dal fatto che quell'atto di violenza abbia colpito degli europei o delle persone extra europee, dei cristiani oppure dei musulmani, io non so chi sia morto in quella circostanza.

Calandoci esattamente in quel momento storico, dopo la strage del Bataclan o dopo la scoperta della cellula jihadista di Merano, vengono messe in discussione alcune certezze assolute, viene provocata la reazione più istintiva da parte anche delle comunità locali che tendono a sfuggire alle regole della convivenza alle quali invece ci siamo impegnati normalmente. Penso per esempio ai fenomeni che portano al far giustizia da sé, che non rientra sicuramente in quei parametri di stato di diritto o di certezza assoluta nel quale invece vorremmo rimanere solidi, perché quelli sono i principi di libertà ai quali ci richiamiamo. Dall'altra parte invece ci sono quelle tendenze all'iper tolleranza che mettono in discussione la condanna, come ha ricordato qualche collega che è intervenuto in precedenza, con comportamenti violenti o fuori dalle regole della nostra convivenza civile, perché tendono comunque a trovare una sorta di giustificazione ambientale.

Io credo che di fronte a queste tendenze che portano, da una parte chi è nato e cresciuto nei valori della convivenza, della tolleranza, della libertà a uscirne per reazione allergica o di rabbia e chi invece è tentato, nella nostra società, ad applicare il principio dell'iper tolleranza per cui tutto deve essere compreso, relativizzato, nulla è certo, di fronte a ciò, proprio in questo momento di massima tensione è necessaria una dichiarazione di principio. Questo accade nei momenti di maggiore tensione, di maggiore gravità nella storia dell'umanità in cui c'è bisogno di richiamarsi ai principi, non solo rivolgendosi a se stessi, ma evocando l'immagine di una compattezza di valori, di principi fondamentali di convivenza e di civiltà che servano ad esempio assoluto e indiscutibile anche per coloro che vengono a vivere nel nostro territorio e sono chiamati ad avere un modello chiaro. Questo è il modello che questo Consiglio dovrebbe richiamare e rivendicare ancora una volta. È un dato costitutivo, ciascuno di noi è cresciuto e vive ed è convinto di questi valori, li deve richiamare e, per dirla in maniera molto volgare, sbattere in faccia a chi invece non è certo di questi medesimi valori. Credo sia un atto più etico che politico in senso stretto.

Non è una mozione che impegna a fare delle cose, è una mozione che alza una bandiera, la bandiera di civiltà, e quando le bandiere di civiltà vengono alzate, tutti le notano, non solo chi qui vive da sempre, ma anche chi qui è venuto e all'ombra di quella bandiera è richiamato, sulla base di quel monito che quella bandiera indica, ad assumere atteggiamenti di rispetto verso i valori fondamentali della nostra società ai quali questo Consiglio ha ancora una volta il dovere di richiamarsi.

**PRÄSIDENT:** Landeshauptmann Kompatscher hat die getrennte Abstimmung beantragt.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 9 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über den beschließenden Teil: mit 24 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Die Sitzung ist bis 14.30 Uhr unterbrochen.

ORE 12.54 UHR

-----

ORE 14.33 UHR

*Namensaufruf - appello nominale*

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist wieder eröffnet.

Punkt 9 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 527/15 vom 15.12.2015, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Zimmerhofer und Atz Tammerle, betreffend Informationskampagne über Toponomastik."**

Punto 9) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 527/15 del 15/12/2015, presentata dai consiglieri Knoll, Zimmerhofer e Atz Tammerle, riguardante una campagna di informazione sulla toponomastica."**

*Die Ortsnamenfrage erscheint, so laut Landesinstitut für Statistik (ASTAT), der italienischen Sprachgruppe am wichtigsten. Ebenso spricht sich diese am stärksten für eine mehrsprachige Toponomastik (Orts- und Flurnamengebung) aus. Die Ergebnisse der Umfrage wurden im Sprachbarometer 2014 veröffentlicht und sind diesem Antrag beigelegt.*

*Umfragen bergen immer den Nachteil in sich, dass sich der Informationsstand der Befragten nicht daraus erschließt. In der Frage der Toponomastik ist die Situation gewiss so, dass die drei in Süd-Tirol lebenden Sprachgruppen, insbesondere die italienische, mit zu wenig Hintergrundwissen ausgestattet sind.*

*Im Zusammenhang mit der genannten Umfrage vertrat auch Landeshauptmann Arno Kompatscher in der Landtagssitzung vom 1. Dezember 2015 den Standpunkt, dass es richtig wäre, die Bevölkerung umfassend über das Thema Toponomastik und seine Rechtslage zu informieren. Damit nicht nur die Meinung der Mehrheit zum Zuge komme, könnte, so der Landeshauptmann, dies eine Aufgabe für den Landtag sein.*

*In der Tat ist von offizieller politischer Seite bisher noch viel zu wenig Informationsarbeit geleistet worden. Dies ist wahrscheinlich der Hauptgrund dafür, dass das Thema von der Bevölkerung entweder als nicht ausreichend relevant eingestuft und/oder zu undifferenziert betrachtet wird. Es gilt, die Bürger zu sensibilisieren: einerseits für den kulturellen Wert der historisch fundierten Toponomastik, andererseits für die Botschaft, die bis heute von der historisch nicht fundierten, sprich: faschistisch belasteten Toponomastik ausgeht.*

*Historisch fundierte Orts- und Flurnamen sind wichtige Zeugen der Siedlungs- und Sprachgeschichte eines Gebiets und stellen, da aus unterschiedlichsten Zeiten und Sprachschichten stammend, eine Bereicherung für die gesamte Bevölkerung dar. Historisch fundierte Orts- und Flurnamen sind sprachgruppenübergreifend und tragen zu einem kollektiven kulturellen Selbstverständnis der Bevölkerung bei.*

*Anders verhält es sich mit konstruierten, ergo faschistisch belasteten Orts- und Flurnamen: Diese rücken die Siedlungs- und Sprachgeschichte in ein falsches Licht, stellen somit eine Manipulation derselben, aber auch der Bevölkerung dar und führen insgesamt zur Verarmung der Kultur. Auch bauen sie Barrieren zwischen den Sprachgruppen auf. Ein Teil der Bevölkerung – nämlich überwiegend, aber nicht ausschließlich die deutsche und ladinische Sprachgruppe – kann sich mit der nur scheinbar historisch fundierten Toponomastik, da manipulativ und beleidigend, nicht identifizieren.*

*Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den Antrag:*

Der Südtiroler Landtag  
wolle beschließen:

1. Der Südtiroler Landtag spricht für eine differenzierte Betrachtung zwischen historisch fundierter und (re-) konstruierter Toponomastik aus.
2. Der Südtiroler Landtag anerkennt den kulturellen Wert des historisch fundierten Orts- und Flurnamenguts.
3. Der Südtiroler Landtag distanziert sich von faschistisch belastetem Namen- und Gedankengut.
4. Der Südtiroler Landtag beauftragt die Landesregierung, ein Konzept für eine Informationskampagne über die Toponomastik (Orts- und Flurnamengebung) in Süd-Tirol auszuarbeiten. Das Ziel der Kampagne besteht darin, die Bevölkerung mit Hintergrundwissen über die historischen, wissenschaftlichen, sprachpolitischen und juristischen Aspekte der Toponomastik in Süd-Tirol auszustatten.

-----

Secondo l'Istituto provinciale di statistica (Astat), la questione della toponomastica interessa soprattutto il gruppo linguistico italiano. Questo è anche il gruppo che si dichiara più favorevole a una toponomastica plurilingue (macro e microtoponimi). I risultati del sondaggio sono stati pubblicati sul Barometro linguistico 2014 e sono allegati alla presente mozione.

I sondaggi comportano sempre lo svantaggio che da essi non si può ricavare il livello di informazione degli intervistati. Sulla questione dei toponimi è certo che i tre gruppi linguistici che vivono in provincia di Bolzano, soprattutto quello italiano, non hanno adeguate conoscenze di base.

Riguardo al sondaggio succitato, anche il presidente della Provincia Arno Kompatscher, nella seduta della Giunta provinciale del 1° dicembre 2015, ha sostenuto che sarebbe giusto informare esaurientemente la popolazione sul tema della toponomastica e sulla relativa situazione giuridica. Il presidente ha inoltre detto che per non rispecchiare solo il punto di vista della maggioranza, questo compito potrebbe essere affidato al Consiglio provinciale.

In effetti, finora da parte ufficiale si è fatta troppo poca opera di informazione. Questo probabilmente è il motivo per cui la popolazione considera la questione non molto importante e/o la percepisce senza le necessarie differenziazioni. Bisogna sensibilizzare i cittadini – da una parte nei confronti del valore culturale della toponomastica storicamente fondata, e dall'altra rispetto al messaggio trasmesso fino a oggi dalla toponomastica non fondata storicamente, dunque quella legata al fascismo. I macro e microtoponimi storicamente fondati sono importanti testimonianze della storia degli insediamenti e linguistica di un territorio, e per la loro origine risalente a tempi e strati linguistici diversi, costituiscono un patrimonio per l'intera popolazione. I macro e microtoponimi storicamente fondati sono trasversali rispetto ai gruppi linguistici, e contribuiscono a creare nella popolazione una coscienza culturale condivisa.

La cosa è diversa per i macro e microtoponimi artificiali, quelli legati al fascismo - che invece falsificano la storia degli insediamenti e linguistica del territorio, costituiscono di conseguenza una manipolazione sia linguistica sia della popolazione, e tutto sommato impoveriscono la cultura oltre a creare barriere fra i gruppi linguistici. Una parte della popolazione – soprattutto ma non esclusivamente quella appartenente al gruppo linguistico tedesco e ladino – non può identificarsi con la toponomastica solo in apparenza storicamente fondata, per il suo carattere manipolatorio e offensivo.

Per questo motivo i sottoscritti consiglieri

invitano

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
a deliberare quanto segue:

1. Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano si dichiara favorevole a una riflessione differenziata fra la toponomastica storicamente fondata e quella (ri)costruita.
2. Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano riconosce il valore culturale della macro e microtoponomastica storicamente fondata.
3. Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano prende le distanze dalla toponomastica e dall'ideologia legate al fascismo.
4. Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano incarica la Giunta provinciale di elaborare un progetto per una campagna di informazione sulla toponomastica (micro e macrotoponimi)

*in questa provincia. Obiettivo della campagna è fornire alla popolazione le conoscenze di base sugli aspetti storici, scientifici, linguistici e giuridici della toponomastica in provincia di Bolzano.*

Herr Abgeordneter Knoll, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Danke, Herr Präsident! *Die Ortsnamenfrage erscheint, so laut Landesinstitut für Statistik (ASTAT), der italienischen Sprachgruppe am wichtigsten. Ebenso spricht sich diese am stärksten für eine mehrsprachige Toponomastik (Orts- und Flurnamengebung) aus. Die Ergebnisse der Umfrage wurden im Sprachbarometer 2014 veröffentlicht und sind diesem Antrag beigefügt.*

*Umfragen bergen immer den Nachteil in sich, dass sich der Informationsstand der Befragten nicht daraus erschließt. In der Frage der Toponomastik ist die Situation gewiss so, dass die drei in Süd-Tirol lebenden Sprachgruppen, insbesondere die italienische, mit zu wenig Hintergrundwissen ausgestattet sind.*

*Im Zusammenhang mit der genannten Umfrage vertrat auch Landeshauptmann Arno Kompatscher in der Landtagssitzung vom 1. Dezember 2015 den Standpunkt, dass es richtig wäre, die Bevölkerung umfassend über das Thema Toponomastik und seine Rechtslage zu informieren. Damit nicht nur die Meinung der Mehrheit zum Zuge komme, könnte, so der Landeshauptmann, dies eine Aufgabe für den Landtag sein.*

*In der Tat ist von offizieller politischer Seite bisher noch viel zu wenig Informationsarbeit geleistet worden. Dies ist wahrscheinlich der Hauptgrund dafür, dass das Thema von der Bevölkerung entweder als nicht ausreichend relevant eingestuft und/oder zu undifferenziert betrachtet wird. Es gilt, die Bürger zu sensibilisieren: einerseits für den kulturellen Wert der historisch fundierten Toponomastik, andererseits für die Botschaft, die bis heute von der historisch nicht fundierten, sprich: faschistisch belasteten Toponomastik ausgeht.*

*Historisch fundierte Orts- und Flurnamen sind wichtige Zeugen der Siedlungs- und Sprachgeschichte eines Gebiets und stellen, da aus unterschiedlichsten Zeiten und Sprachschichten stammend, eine Bereicherung für die gesamte Bevölkerung dar. Historisch fundierte Orts- und Flurnamen sind sprachgruppenübergreifend und tragen zu einem kollektiven kulturellen Selbstverständnis der Bevölkerung bei.*

*Anders verhält es sich mit konstruierten, ergo faschistisch belasteten Orts- und Flurnamen: Diese rücken die Siedlungs- und Sprachgeschichte in ein falsches Licht, stellen somit eine Manipulation derselben, aber auch der Bevölkerung dar und führen insgesamt zur Verarmung der Kultur. Auch bauen sie Barrieren zwischen den Sprachgruppen auf. Ein Teil der Bevölkerung – nämlich überwiegend, aber nicht ausschließlich die deutsche und ladinische Sprachgruppe – kann sich mit der nur scheinbar historisch fundierten Toponomastik, da manipulativ und beleidigend, nicht identifizieren.*

*Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten den Antrag:*

*Der Südtiroler Landtag  
wolle beschließen:*

*Der Südtiroler Landtag spricht für eine differenzierte Betrachtung zwischen historisch fundierter und (re-)konstruierter Toponomastik aus.*

*Der Südtiroler Landtag anerkennt den kulturellen Wert des historisch fundierten Orts- und Flurnamenguts.*

*Der Südtiroler Landtag distanziert sich von faschistisch belastetem Namen- und Gedankengut.*

*Der Südtiroler Landtag beauftragt die Landesregierung, ein Konzept für eine Informationskampagne über die Toponomastik (Orts- und Flurnamengebung) in Süd-Tirol auszuarbeiten. Das Ziel der Kampagne besteht darin, die Bevölkerung mit Hintergrundwissen über die historischen, wissenschaftlichen, sprachpolitischen und juristischen Aspekte der Toponomastik in Süd-Tirol auszustatten.*

*Dem Beschlussantrag ist die Erhebung des ASTAT beigefügt, aus der die Einstellung der einzelnen Sprachgruppen zur Ortsnamenfrage hervorgeht.*

*Warum haben wir diesen Beschlussantrag eingereicht? Es gab eine Stellungnahme des Landeshauptmannes, der sich ja auch dafür ausgesprochen hat, dass die Bevölkerung umfangreich über das Thema Ortsnamengebung informiert werden soll. Zudem glauben wir, dass der mangelnde Informationsstand und die mangelnde Kenntnis nicht nur über die Bedeutung, sondern auch über die historischen Hintergründe der Ortsnamenfrage mit ein Grund dafür sind, warum es bis heute nicht möglich war, zu einer Einigung in dieser Angelegenheit zu kommen.*

*Ich möchte diese Feststellung mit ein paar Beispielen untermauern. Zunächst stellen wir fest, dass das Thema Toponomastik vor allem von der italienischen Bevölkerung sehr stark emotional gefühlt wird. Das ist ein*

Thema, mit dem die Italiener vielfach eine Identifikation verbinden. Es geht nicht nur um die Benennung eines Ortes, sondern viele Italiener haben das Gefühl, dass an den italienischen Ortsnamen in Südtirol nicht nur ihre Identität, sondern ein Stück weit auch der Anspruch Italiens auf dieses Gebiet anzuheften sei. Auf der anderen Seite stellen wir aber auch fest, dass sehr viele Italiener in vielen Fällen nicht einmal wissen, ob es sich um einen italienischen Namen handelt oder ob es nur ein italienisch klingender Namen ist. Weiters stellen wir fest, dass die italienischsprachige Bevölkerung außerhalb der Ballungszentren vielfach nicht in Kenntnis der erfundenen Namen ist, weil sie teilweise überhaupt nicht mehr verwendet werden oder sie selbst nicht in den Gebieten wohnen, für die Tolomei einen italienischen Namen vorgesehen hat. Ein weiterer Aspekt ist folgender: Es gibt eine Reihe von Namen, bei denen die italienische Bevölkerung überhaupt kein Problem damit hat, die deutschsprachige Bezeichnung des Ortes oder Flurnamens zu verwenden, nicht nur, weil es keinen italienischen Namen gibt, sondern weil er ihr nicht geläufig ist oder weil sie sich an die Verwendung des historisch gewachsenen Ortsnamens gewöhnt hat. Nehmen wir als Beispiel Obereggen her. Die italienischsprachige Bevölkerung in Bozen hat überhaupt kein Problem damit, den Namen Obereggen zu verwenden und dort Skifahren zu gehen, obwohl – das wissen die wenigsten Italiener – Tolomei für Obereggen den Namen San Floriano vorgesehen hätte. Der hat sich nicht eingebürgert und wird nicht verwendet. Kein Italiener in Südtirol fühlt sich in seiner Identität geschmälert, weil er in Obereggen Skifahren gehen muss und nicht in San Floriano.

Ein weiterer Aspekt, den ich hervorheben möchte, ist die Frage der kulturellen Bedeutung. Ein Namen steht ja nicht nur für sich so da, sondern hat immer auch einen Hintergrund. Er deutet ja etwas an bzw. beschreibt etwas. Wir müssen uns die Frage stellen, ob durch eine flächendeckend, wie von Tolomei eingeführte Bezeichnung in Italienisch nicht auch ein Stück weit eine Parallelgesellschaft aufgebaut wird. Wir haben eine deutsch- und ladinischsprachige Bevölkerung, die die historischen Ortsnamen verwendet und in vielfacher Hinsicht auch einen Zugang zu den selbigen hat. Es gibt aber auch eine italienischsprachige Bevölkerung, die diese Namen teilweise nicht kennt oder nicht benutzen will und Parallelnamen verwendet, die der deutschsprachigen Bevölkerung überhaupt nicht geläufig sind. Wir haben hier eine Situation, die in dieser Form sicher nicht zufriedenstellend ist. Ein Argument, das immer wieder zum Tragen kommt, ist jenes, dass man es den Italiener nicht zumuten könne, die deutschen Ortsnamen zu verwenden. Da kommt zunächst einmal die Frage auf, was ein deutscher Ortsname überhaupt ist. Wenn wir uns die Namen in Südtirol anschauen, dann stellen wir fest, dass sehr viele von ihnen, die heute von den Italienern als deutsche Namen bezeichnet werden, dem Ursprung nach nicht deutsche Ortsnamen sind, sondern sich im Laufe der Zeit einfach so entwickelt haben. Die Herkunft sehr vieler Namen ist überhaupt nicht ergründet.

Auf der anderen Seite sagen aber viele Italiener, dass sie sich an die italienischen Ortsnamen gewöhnt hätte und eine historische Kontinuität zu denselben bestehen würde. Als Beispiel wird immer Sterzing hergenommen. Sterzing hat einen italienischen Ortsnamen. Es ist ja nicht so, dass es in Südtirol keine italienischen Ortsnamen gegeben hätte. Der italienische Namen war Sterzen, der von Tolomei in seinem ersten Prontuario noch genannt wurde, wobei er aber gesagt hat, dass er diesen Namen ablehne, weil er zu Deutsch klingen würde. Deshalb müsse man dafür eine italienische Bezeichnung finden. Tolomei hat auf das römische Vipiteno zurückgegriffen, und heute rechtfertigt man die Verwendung des Namens Vipiteno damit, dass das eine historische Kontinuität wäre. Diese ist aber nicht gegeben. Der Name Vipiteno spiegelt sich heute im Namen Wipptal wieder, aber nicht im Namen der Stadt Sterzing.

Gehen wir einen Moment außerhalb Südtirols, um uns zu veranschaulichen, was es bedeuten würde, wenn wir diesem Argument der historischen Kontinuität Recht geben würden. Salzburg müsste demnach Juvarum heißen. Die Italiener sagen heute ja auch Salisburgo und nicht Juvarum. Paris müsste nicht Parigi, sondern Lutezia heißen. Der eigentliche etruskische Namen für Bologna wäre Felsina. Wenn wir dem Argument Recht geben würden, dass immer die historische Kontinuität zählt, dann wäre das die logische Konsequenz. Sie sehen also, dass sehr viel mehr in der Frage der Ortsnamengebung steckt als nur eine politische Meinung. Wir glauben, dass man das Thema der Ortsnamengebung sicher nicht primär politisch lösen können wird. Es braucht hier eine Information, vor allem aber auch eine Sensibilisierung der Bevölkerung. Wir glauben, dass die italienische Bevölkerung in Südtirol reif ist, um sich mit dem Thema Ortsnamen auseinander zu setzen. Es ist ein Stück weit eine Unterstellung gegenüber der italienischen Bevölkerung, dass sie nicht in der Lage wäre, sich mit der historischen Orts- und Flurnamengebung auseinander zu setzen und ihre kollektive Identität von den Ergüssen Ettore Tolomeis abhängen würde. Viele Italiener, die jedes Jahr in Südtirol Urlaub machen, verwenden deutsch- und ladinischsprachige Namen ganz selbstverständlich, weil sie die italienischen Namen nicht kennen. Niemand von diesen Italienern fühlt sich deshalb in der eigenen Identität eingeschränkt.

Deshalb ersuchen wir die Landesregierung, einmal abseits von den ganzen politischen Diskussionen eine Informationsarbeit zu leisten, das heißt, die italienischsprachige Bevölkerung in Südtirol über die Bedeutung der historischen und faschistischen Ortsnamen aufzuklären, sie darüber in Kenntnis zu setzen, dass mit einem faschistischen Ortsnamen auch immer eine Ideologie einhergeht, weshalb es uns ein besonderes Anliegen ist, sich von jedweder totalitären Ideologie zu distanzieren. Das wäre ein gute Form, sich von solchem Gedankengut zu distanzieren.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore):** Forse il silenzio assordante sarebbe stato meglio, però lascio una testimonianza di un pensiero, perché esiste sempre un equivoco di fondo che governa questi ragionamenti che ormai hanno ammorbato l'aria, ed è questo, che ogni nome non deriva dalla volontà divina, nel senso che non viene attribuito al sorgere dell'umanità come di incanto insieme alla creazione del cielo e della terra. Ogni nome è, nella sua stratificazione, la conseguenza di una volontà dell'uomo, dei suoi comportamenti, della sua storia, delle sue diverse espressioni. Talvolta è espressione di vicende belliche, talvolta è espressione di scelte consapevoli, legate agli insediamenti in un dato luogo, un nome rappresenta un concetto, l'albero, il sasso, la malga o il fiume, ogni nome in ogni epoca è frutto dell'invenzione. Non esistono invenzioni di serie A e invenzioni di serie B. Ogni nome che sorge, che nella storia si afferma, è un nome storico, "Historisch gewachsen" come si usa dire in lingua tedesca. Appare paradossale e veramente retrogrado nel 2016 avvitare i ragionamenti attorno all'idea che si debba estrapolare una parte di cultura fondamentale e di identità del nostro territorio con un'operazione artificiosa per sostituirla con un'altra. Ogni nome che oggi viene utilizzato che è parte del patrimonio quotidiano di chi vive in Alto Adige è un nome che merita la medesima dignità, che ha il medesimo valore, e forse quell'indagine a cui si richiama il collega Knoll invita veramente a prendere consapevolezza di quanto forte e radicato sia il valore del bilinguismo nel gruppo linguistico italiano con un 72% - sempre troppo pochi, intendiamoci - che crede che i toponimi dovrebbero essere bilingui, contro solo il 28% del gruppo linguistico tedesco, i ladini si collocano a metà classifica. È vero, bisogna fare molto, presidente Kompatscher, per educare i cittadini di questa terra di tutti i gruppi linguistici, soprattutto coloro che sono in ritardo rispetto alla coscienza del valore del plurilinguismo, alla consapevolezza di quanto questo sia un valore assoluto.

Una mozione che parte dalla premessa di negare il valore del nome di Vipiteno per l'identità, per la cultura dei cittadini di lingua italiana dell'Alto Adige, è una mozione che si commenta da sola, che solo per questa sua premessa avrebbe il dovere di essere respinta moralmente da un Consiglio che voglia appellarsi ai valori della convivenza, della crescita comune, del rispetto, della condivisione delle identità di ciascun gruppo linguistico. Mi appello quindi al Consiglio affinché questa riflessione la faccia nel profondo, con animo sereno ma anche avendo il coraggio di respingere gli estremismi e i rigurgiti fascisti che in diversa lingua oggi si ripropongono in Alto Adige.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Grundsätzlich ist es natürlich zu unterstützen, wenn die Bewusstseinsbildung in Sachen Toponomastik verstärkt wird. Wir haben hier oft darüber diskutiert und viele Anläufe gemacht. Der Kollege Knoll hat richtigerweise gesagt, dass Toponomastik vor allem eine kulturelle und nicht so sehr eine politische Angelegenheit ist. Wenn man sie auf die Ebene der Parteipolitik hebt, dann drehen wir uns im Kreis. Das ist schon seit Jahren der Fall. Meine Frage: Wir haben ja ein Landesgesetz gemacht, mit dem sicher nicht alle glücklich waren. Wie schaut es damit aus? Ich hätte einen anderen Vorschlag: Es gab einmal einen sogenannten Landestoponomasten, den man aber abgeschafft hat. Man sollte die wissenschaftliche Hintergrundarbeit, die hier zu leisten wäre, wieder aufwerten. Man kann ein Problem auch so lösen. Man hat dieses Amt unter der Ägide von Landeshauptmann Durnwalder abgeschafft, und vielleicht wäre es klug, eine Stelle zu schaffen, die das Thema auf wissenschaftlicher Basis und jenseits aller parteipolitischen Differenzierungen durchleuchtet. Als Südtiroler deutscher Zunge kommt man an den faschistischen Erfindungen nicht vorbei. Namen ändern sich aber auch anderswo auf der Welt. Es stimmt übrigens auch nicht, dass man Namen nicht wiederherstellen kann, wie Beispiele in Großbritannien zeigen, wo man nach 250 Jahren wieder auf alte Namen zurückgegriffen hat. Da waren zehn Generationen dazwischen. Ich würde wirklich empfehlen, diese Materie wissenschaftlich zu begleiten. Sonst werden wir die Thematik immer wieder aufgreifen und sie nie einer Lösung zuführen. Das kann es meiner Meinung nach nicht sein. Es ist der gordische Knoten, den wir bisher nicht durchschlagen konnten. Vielleicht gelingt es in Zukunft, wenn man es wirklich auf wissenschaftlicher Ebene macht.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Der Südtiroler Landtag ist jahrzehntelang seiner gesetzgeberischen Pflicht nicht nachgekommen. Als man dann ein Gesetz gemacht, wurde es schlechtestmöglich gemacht, indem man Mikrotoponomastik und Makrotoponomastik erfunden hat. Die Mikrotoponomastik hat man an Ge-

meinden und Bezirksgemeinschaften delegiert, die mit einer so hoch politischen Diskussion sicher überfordert sind. In Artikel 8 Absatz 2 des Autonomiestatutes ist die Ortsnamengebung mit Verpflichtung zur Zweisprachigkeit gegeben. Es hat Interpretationsstreitigkeiten über Jahrzehnte hindurch gegeben. Die einen sagen, dass Zweisprachigkeit nicht gleich Zweinamigkeit ist. Die anderen sagen, dass Zweisprachigkeit auf jeden Fall zur Zweinamigkeit verpflichtet. Das Land Südtirol hat die Zweisprachigkeit leider Gottes immer selbst so verstanden, dass man sogar neue Namen selbst übersetzen muss. Das ist eine Problematik ohne Ende. Das Beste wäre es, diesen Nebensatz "mit Verpflichtung zur Zweisprachigkeit" aus dem Autonomiestatut zu streichen und im Landtag die historischen Ortsnamen festzuschreiben. Das wäre die einfachste Lösung, wenn man wirklich eine gerechte Lösung möchte. Die historische Feststellung kann man niemandem delegieren. Das muss, wenn schon, der Landesgesetzgeber machen, der seine Verantwortung bisher leider nicht übernommen hat. Er hat dies an die untergeordneten Strukturen wie Gemeinden, Bezirke usw. delegiert, was eine sehr elegante Form war, um die Problematik zu umschiffen und im Landtag nicht eine hoch politische Diskussion bis zum Ende durchzuziehen. Wenn man eine Lösung will, dann muss man ein klares Gesetz verabschieden, mit der Feststellung, welche Namen historisch begründet und gewachsen sind.

**BIZZO (Partito Democratico - Demokratische Partei):** Stavo riflettendo che tra tre giorni saremo in quest'aula per dare l'addio ad uno dei momenti più importanti della politica e della storia di questa terra degli ultimi anni. Saremo qui ad avviare i lavori della Convenzione per l'autonomia, e credo che iniziare a mettere dei vincoli ai ragionamenti futuri di qualsiasi tipo o di qualsiasi segno possano essere, sarebbe fornire delle premesse sbagliate ai lavori della futura Convenzione. Per questo non voteremo questa mozione.

Ma a questo permettetemi un pensiero personale di chi poggia le proprie convinzioni liberali sul pensiero della rivoluzione francese, che ha insegnato che la libertà è quella che aggiunge alle persone qualcosa e tutto ciò che va nel segno opposto nel senso di privare di qualche cosa è un segno che va nel senso opposto alla libertà. Mi auguro che i lavori della futura Convenzione vadano nel senso di più libertà guardando verso il futuro e non andando avanti guardando nello specchietto retrovisore della storia. Per questo motivo non voteremo questa mozione.

**STOCKER S. (Die Freiheitlichen):** Welcher Ortsnamen gilt, wenn Südtiroler Firmen oder Beamte einen Text in Englisch verfassen? Schaut Euch einmal an, welche Namen sie verwenden. Den deutschen oder italienischen Namen? Ihr werdet feststellen, dass 90 Prozent den italienischen oder faschistischen Namen verwenden. Das ist eine neue Dimension, die bei der Namensgebung zu berücksichtigen ist. Die englische Sprache wird als Weltsprache verwendet und immer mehr Südtiroler verwenden den italienischen Namen. In Terlan hat man den Terlaner Weinweg gemacht, der bei mir zu Hause vorbeigeht. In der englischen Version war "Terlano" drinnen, und nachdem der Weg auch auf meinem Grundstück verläuft, habe ich gesagt, dass ich da nicht mitmache. Wenn schon, dann muss der historisch gewachsene Namen verwendet werden. Bei der Umsetzung des Namens wurde dem dann Rechnung getragen. Deshalb finde ich vor allem den Punkt 4 – Information über Toponomastik – sehr wichtig, auch im Umgang mit anderen Sprachen. Sonst kennen sich die Bürger nicht aus. Hier ist man kulturpolitisch gefordert zu sagen, dass in anderen Sprachen der historisch gewachsene Namen verwendet werden muss. Man muss die Ortsnamengebung in Zukunft auch aus diesem Blickwinkel sehen. Das möchte ich zu bedenken geben, und deshalb wäre es wichtig, dass Beamte mehr Bezug zu Ortsnamen bekommen und man ihnen eine gewisse Sicherheit gibt.

**ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Man sieht, dass dieses Thema wichtig ist, begonnen bei unseren Betrieben, in denen vielfach die erfundenen Ortsbezeichnungen verwendet werden. Ich selbst habe in meiner Heimatgemeinde in Bezug auf die Fraktion Verdins sehr viel nachforschen müssen und bin auf vieles gestoßen, wo ich gemerkt habe, dass es sich um ein komplexes Thema handelt. Deshalb ist es wichtig, dass die Bevölkerung aufgeklärt wird und der Landtag ein klares Signal aussendet, dass es wichtig ist, die Ortsnamenfrage auf wissenschaftlicher Basis zu lösen. Dadurch nimmt man eine neutrale Position ein.

Auch die Bauern könnten ruhig mutig sein und nur den historisch korrekten Namen verwenden. Es ist von der gesetzlichen Lage her so, dass man sich das erlauben kann. Vielfach steckt nur die Werbung dahinter bzw. viele glauben, dass man den von den italienischen Kunden leichter gefunden wird, wenn man den italienischen Namen verwendet. Das muss nicht sein. Aufklärung ist also wichtig. Wir müssen uns wissenschaftlich damit auseinandersetzen und uns für die historische Ortsnamenlösung aussprechen.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Zunächst kurz zum Stand der Dinge. Das Verfahren zum verabschiedeten Landesgesetz behängt nach wie vor. Es gibt eine Reihe von Kritikpunkten, die die Regierung angefochten hat. Inzwischen gibt es auch den Entwurf einer Durchführungsbestimmung zur Toponomastik, welche auf der Grundlage des Abkommens Durnwalder/Delrio gemacht worden ist. Ich darf daran erinnern, dass es in Bezug auf die Beschilderung der Wanderwege damals eine Debatte und darauffolgend ein Abkommen zwischen dem damaligen Minister Fitto und meinem Vorgänger Durnwalder gegeben hat. Einer der zentralen Punkte dieses Abkommens war, dass für Flurnamen usw. die originären Namen verwendet werden sollen, während bei Ortschaften zusätzlich und je nach Gebrauch auch die italienische Variante zu verwenden sei. Die Gemeindenamen waren nicht Gegenstand dieses Abkommens, weil diese sowieso gesetzlich geregelt sind. Das Abkommen Durnwalder/Delrio hat das Ganze mit demselben Prinzip auf die ganze Toponomastik ausgedehnt. Es liegt jetzt, wie gesagt, der Entwurf einer Durchführungsbestimmung vor, die dieses Prinzip aufnimmt. Es ist aber nur ein Entwurf, denn inzwischen sollte sich der Landtag wieder mit dem Gesetz befassen. Dann würde man auch eine Durchführungsbestimmung erlassen. Mit anderen Worten: Die Regierung möchte wissen, wie man das umsetzt, bevor sie Ja zu einer Durchführungsbestimmung sagt. Sie möchte nicht die Katze im Sack kaufen oder einen Blankoscheck übergeben. Ein kritischer Aspekt, der vom Kollegen Pöder angesprochen worden ist, ist die Frage, inwieweit Bezirksgemeinschaften eine Rolle spielen. Das ist einer der angefochtenen Punkte vom Prozedere her. Es ist ja vor allem ein Verfahrensgesetz und nicht ein Gesetz, das eine Namensliste beinhaltet.

Nun zum Beschlussantrag selbst. In Punkt 1 des beschließenden Teiles spricht man sich für eine differenzierte Betrachtung zwischen historisch fundierter und rekonstruierter Toponomastik aus. Natürlich muss man das differenziert betrachten. Darüber gibt es wenig zu diskutieren. Dasselbe gilt für Punkt 2. "*Der Südtiroler Landtag anerkennt den kulturellen Wert des historischen Orts- und Flurnamengutes.*" Es hätte wohl keinen Sinn zu leugnen, dass Namen einen kulturellen Wert haben. Schauen wir uns nur einmal die Dorfchroniken an. Die allermeisten beinhalten ein umfassendes Kapitel über die gewachsenen Namen, über deren Bedeutung usw. Damit ist sehr viel Kultur verbunden.

Punkt 3: "*Der Südtiroler Landtag distanziert sich von faschistisch belastetem- Namen und Gedankengut.*" Wir haben heute Vormittag einen Beschlussantrag des Kollegen Urzi genehmigt, mit dem Inhalt, sich von totalitären Ideologien usw. zu distanzieren. Das ist dasselbe Thema. Hier müssen wir ganz einfach einmal den Tatsachen ins Auge zu sehen. Das klingt alles sehr schön und gut, aber es ist klar, dass das eine hoch politische Frage ist. Sonst hätte man sich nicht in den letzten Jahrzehnten politisch damit auseinandergesetzt. Am Ende wird es eine pragmatische Lösung brauchen. Das ist zu sagen, es braucht die historische Lösung, wobei wir allein bei den Gemeinden 59 historische Namen haben. Das wären mehr als beispielsweise bei der Prozentlösung. Wie man es nimmt, man befindet sich immer im selben Dilemma, dass es am Ende eine politische Lösung braucht. Die Südtiroler Volkspartei hat sich klarerweise immer dahingehend ausgesprochen, dass Zweisprachigkeit nicht Zweinamigkeit bedeutet. Diesen Grundsatz haben wir immer schon vertreten. Die Abkommen Fitto/Durnwalder und Delrio/Durnwalder sind der Beweis dafür, dass Zweisprachigkeit nicht Zweinamigkeit ist. Sonst hätte die Regierung keine solchen Abkommen unterzeichnen können. Die Zweinamigkeit ist nicht mehr Prinzip. Die Frage liegt in der konkreten Umsetzung. Zu glauben, dass es eine rein historische Lösung sein wird, ... Es wird eine pragmatische Lösung brauchen, die wir gemeinsam finden müssen, zunächst im Landtag und aufbauend auf dem Abkommen Durnwalder/Delrio. In diesem Sinne kann man aber trotzdem sagen, dass wir uns von der faschistischen Geschichte der Namen distanzieren.

Auch der Punkt 4 des beschließenden Teiles kann unsere Zustimmung finden, allerdings mit einer Präzisierung. Ich schlage dem Knoll eine Abänderung vor. Hier steht "*... beauftragt die Landesregierung, das Konzept für die Informationskampagne auszuarbeiten.*" Dies ist Kompetenz des Landtages, der sich mit dem Gesetz befassen müssen wird. Es wäre also auch richtig und logisch, dass man das Präsidium des Landtages damit beauftragt, das Konzept für eine Informationskampagne zu erarbeiten. Es soll über das geltende Recht, über die heutige Situation, über die unterzeichneten Abkommen, über das beschlossene Gesetz, über die Anfechtungsgründe usw. informiert werden. Das wird uns helfen, wenn wir uns dann wieder mit dem Gesetz befassen werden. Ewig wird es nicht vor dem Verfassungsgerichtshof behängen. Einfach zuzuwarten, nützt niemandem, denn sonst wird es immer schwieriger werden. Man tut hier keiner der drei Sprachgruppen etwas Gutes, wenn man dieses Thema nicht endlich angeht und eine pragmatische Lösung sucht.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Sull'ordine dei lavori. Chiedo una precisazione, perché non ho capito. Il presidente della Giunta provinciale parla a nome della Giunta provinciale e dice di accogliere la parte impegnativa, ma una componente della Giunta provinciale è intervenuta per dire che era contraria alla mozione. Quindi cerco di



capire se è la posizione della Giunta provinciale o se il presidente Kompatscher ha parlato a nome del gruppo della Volkspartei, perché poi nell'attuazione di quello che Lei ha così brillantemente esposto, posso presumere che ci sarà una volontà univoca della Volkspartei e non della Giunta provinciale e della coalizione. Questo lo ritengo un fatto estremamente grave alla luce dello spirito di convivenza perché, soprattutto su temi così delicati, dovrebbe essere ricercata l'intesa con i gruppi linguistici diversi e a partire, mi verrebbe da dire, dalla propria stessa maggioranza.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Di solito se sono correzioni o aggiustamenti linguistici non c'è problema, ma a quanto ho capito il presidente della Giunta provinciale propone che al punto 4 anziché la Giunta provinciale sia incaricato l'ufficio di presidenza del Consiglio provinciale. Mi pare una modifica sostanziale che se viene accettata, il mio parere lo vorrei dire, perché mi sembra una cosa che non funzionerà. Secondo me una campagna informativa è classicamente compito dell'amministrazione provinciale, il Consiglio provinciale non ha gli strumenti per fare una cosa del genere.

**PRÄSIDENT:** Kollege Dello Sbarba, das ist inhaltlich und ich verstehe Sie, wenn diese Meinung haben. Landeshauptmann Kompatscher hat diese Änderung vorgeschlagen, und wenn der Einbringer sie annimmt, dann wird darüber abgestimmt. Wenn Sie anderer Meinung sind, können Sie da ja mit Ihrer Stimmabgabe erklären.

Bitte, Kollege Knoll.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Mir ginge der Vorschlag des Landeshauptmannes grundsätzlich gut, aber ich frage mich, ob das Landtagspräsidium damit beauftragt werden kann. Damit hängt ja auch die Frage der Finanzierung zusammen. Ich würde den Landtagspräsidenten bitten, uns zu sagen, ob das in dieser Form möglich ist. Mir geht der Vorschlag gut, denn ob die Informationskampagne von der Landesregierung oder vom Landtag gemacht wird, ist mir einerlei.

**PRÄSIDENT:** Kollege Knoll, es wird sich ja nicht um Millionen handeln. Wir haben einen kleinen Reservefonds, mit dem das sicher möglich wäre. Zur Präzisierung: Für die Direkte Demokratie war schon Geld zur Verfügung. Es entscheidet immer das Fraktionssprecherkollegium, ob das so gemacht wird. Auf der nächsten Tagesordnung des Fraktionsvorsitzenden werden wir wieder darüber reden, ob die Kolleginnen Foppa und Amhof weitere Gelder bekommen oder nicht.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Unter diesen Voraussetzungen nehme ich den Änderungsvorschlag des Landeshauptmannes an.

Kollege Bizzo, nur ein Wort an Sie: Es tut mir leid, dass wir jetzt doch wieder politisch argumentieren. Es geht hier um Aufklärung bzw. darum, die italienische Bevölkerung über den Wert der historischen Ortsnamen aufzuklären. Da bricht keinem Italiener ein Zacken aus der Krone! Der Kollege Urzi hat versucht, mich mit dem Beispiel Sterzing aufs Glatteis zu führen. Ich habe das Beispiel Sterzing nicht genannt, weil es darum geht, "Vipiteno" zu streichen, sondern weil ich darauf hinweisen wollte, dass die wenigsten Italiener in Südtirol wissen, dass es einen italienischen Namen für Sterzing gegeben hat. Das meine ich damit, wenn ich sage, dass Aufklärung wichtig ist. Das heißt nicht, dass wir eine Lösung in die eine oder andere Richtung finden. Darüber wird es eine separate Diskussion geben und dafür wird es ein Gesetz brauchen. Information, unabhängig davon über welches Thema, ist immer dann notwendig, wenn es zu politischen Kontroversen führt. Die Ortsnamengebung führt in unserem Land zu politischen Kontroversen, und deshalb glaube ich, dass es wichtig ist, die Bevölkerung zu informieren. Es tut mir leid, dass sich der PD vor einer Information der italienischsprachigen Bevölkerung verschließt.

Ich erkenne aber an, dass wir hier im Landtag noch nie so ruhig und sachlich über das Thema Ortsnamen diskutiert haben. In der letzten Legislaturperiode hat ein Kollege zu meiner Rechten sämtliche Unterlagen in den Raum geschleudert. Wir haben also schon ganz anders diskutiert. Das zeigt doch, dass in gewisser Hinsicht ein Prozess im Gange ist, der es zulässt, über manche Dinge etwas entspannter zu reden. Das ist eine positive Entwicklung.

Eine Bemerkung noch dazu, warum uns Punkt 3 des beschließenden Teiles so wichtig ist. Uns geht es nicht darum, uns von italienischen Namen zu distanzieren. Uns geht es darum, aufzuzeigen, dass bei den faschistischen Ortsnamen immer auch das Gedankengut miteinfließt. Es geht darum, dass die Namen einen faschistischen Ursprung haben und faschistisches Gedankengut ist. Deshalb werden sie abgelehnt und nicht, weil wir etwas gegen Italiener oder gegen Italien hätten. Gerade deshalb ist diese Präzisierung wichtig.

Der Kollege Stocker hat auf etwas Wichtiges hingewiesen. Die Ortsnamengebung muss differenziert betrachtet werden. Natürlich ist jeder Betrieb frei zu entscheiden, ob er lieber einen deutschen oder einen italienischen Ortsnamen verwendet. Heute ist es aber eine Tatsache, als ob der eigene erfundene Namen der italienische wäre und die deutsche Minderheit verwendet ihre Namen. Wenn wir uns die digitalen Straßenkarten anschauen, so scheinen dort nur die italienischen Ortsnamen auf. Wir haben im Landtag auch schon über die Marketingstrategien der SMG diskutiert, die vorgegeben hat, dass in der fremdsprachigen Tourismuswerbung nur noch die italienischen Namen verwendet werden sollen. Da sieht man, wie wichtig eine differenzierte Betrachtungsweise ist, wie vielfältig das Thema Ortsnamengebung ist. Es geht hier nicht darum, die Sprachgruppen gegeneinander aufzuschaukeln. Es gilt zwischen historisch gewachsenen und erfundenen Ortsnamen zu differenzieren. Zu den historisch gewachsenen Ortsnamen gehören auch die historisch gewachsenen italienischen Namen, die genauso einen Anspruch auf Anerkennung und Verwendung haben. Man muss zwischen einem historisch gewachsenen italienischen Namen und einem Tolomei-Namen unterscheiden. Das als gleichwertig abzutun, auch mit dem Argument, dass es sich um ein zweisprachiges Land handeln würde, ist eine faule Ausrede. Der Kollege Urzi hat damals ja selbst interveniert, als die Straßenverwaltung in Südtirol Straßenschilder mit der Bezeichnung "Trient" aufgestellt hat. Er wollte, dass "Trento" steht.

Wie gesagt, ich glaube, dass wir hier nur weiterkommen, wenn wir sachlich argumentieren und diskutieren. Die Grundlage einer sachlichen Diskussion ist die Information. Deshalb bedanke ich mich allen Kollegen, die sich an dieser Diskussion beteiligt haben. Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Beschlussantrag.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Presidente, la mozione è cambiata, quindi bisogna ridiscuterla. Si riapre la discussione sull'emendamento, perché non è una modifica linguistica.

**PRÄSIDENT:** Wir können den Änderungsantrag gerne übersetzen lassen und die Behandlung des Beschlussantrages aussetzen.

Landeshauptmann Kompatscher, bitte.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Kollege Knoll, Sie haben in Ihrer Replik mehrmals gesagt, dass es eine Informationskampagne für die italienischsprachige Bevölkerung geben soll. Ich glaube schon, dass die Informationskampagne für alle gelten sollte.

**PRÄSIDENT:** Kollege Dello Sbarba, ich gebe Ihnen grundsätzlich Recht. Es ist nicht nur eine sprachliche Korrektur. Ich würde aber trotzdem vorschlagen, dass wir den Änderungsantrag offiziell übersetzen lassen, die Behandlung des Beschlussantrages in der Zwischenzeit aussetzen und später, sobald der Änderungsantrag übersetzt ist, wieder aufnehmen.

Punkt 10 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 534/15 vom 16.12.2015, eingebracht von der Abgeordneten Artioli, betreffend den Landesapparat effizienter gestalten."**

Punto 10) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 534/15 del 16/12/2015, presentata dalla consigliera Artioli, riguardante maggior efficienza all'interno della "macchina provinciale".**

*Angesichts der Tatsache, dass die Notwendigkeit, den Landesapparat effizienter zu gestalten, Vorrang haben sollte,*

*verpflichtet  
der Südtiroler Landtag  
den Landeshauptmann und  
die Landesregierung,*

*im Haushalt, vor allem im Gesundheitswesen und im Sozialbereich, für mehr Treffsicherheit zu sorgen;*

*Verschwendungen und nicht prioritäre Ausgaben (Zeitungsannoncen, externe Beratungsaufträge usw.) zu reduzieren;*

*die somit wieder verfügbaren Finanzmittel zugunsten der Arbeitswelt, der Unternehmen und der Familien zuzuweisen.*

-----

*Premesso che diventa prioritaria la necessità di apportare maggior efficienza all'interno della "macchina provinciale",*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
impegna  
il presidente e  
la Giunta provinciale*

*al recupero dell'efficienza nei conti pubblici segnatamente a quelli della sanità e del sociale.  
al taglio degli sprechi e delle spese non prioritarie (inserzioni a pagamento, consulenze esterne etc.)  
al trasferimento di tali risorse a favore del mondo del lavoro, dell'impresa e della famiglia.*

Die Abgeordnete Artioli hat einen Ersetzungsantrag eingebracht, der wie folgt lautet: "Der Beschlussantrag ist wie folgt ersetzt/La mozione è così modificata:

Zunächst sei vorausgeschickt, dass die Notwendigkeit, den Landesapparat effizienter zu gestalten, als vorrangig betrachtet werden sollte.

Die Bereiche, in denen Aufwendungen für Bürger und Migranten geleistet werden, sind sehr zahlreich: vom Gesundheitswesen über den öffentlichen Verkehr (auf Gemeinde- und Landesebene), die Lohnausgleichskassen (NISF), den Bildungsbereich, das Familiengeld (NISF), das Arbeitslosengeld, die Sozialwohnungen (WOBI und Wohnungen der Gemeinden), die Einkommenshilfe sowie die Beiträge für Miete und Ausgaben für den Lebensunterhalt von Familien bis hin zu den Unterkünften der Aufnahmestellen und anderen Einrichtungen für Migranten. Das Land sollte daher die entsprechenden Daten abgleichen und kontrollieren, um festzustellen, wie viel jeder Bürger an öffentlichen Geldern erhält, und die verschiedenen Gruppen von Begünstigten Kategorien zuzuordnen (Einheimische, Migranten usw.). Diese Übersicht würde dem Land mehr Handlungsmöglichkeiten bei den Anpassungen und Veranschlagungen im Rahmen des Haushalts ermöglichen.

Das System der öffentlichen Beiträge sollte im Sinne einer maximalen Transparenz und Zuverlässigkeit der bei Gesuchstellung und Auszahlung aufgenommenen Daten abgeändert werden. In dieser heiklen Phase stellt sich heraus, dass einige Eigenerklärungen von Bürgern und Migranten nicht immer von der Landesverwaltung überprüft werden können. Durch die Anforderung von Dokumenten oder Erklärungen beim Herkunftsstaat (etwa über Botschaften und Konsulate) könnte beispielsweise festgestellt werden, über welchen Immobilienbesitz Gesuchsteller im Ausland verfügen, sodass Personen, die um öffentliche Beiträge ansuchen, besser kontrolliert werden könnten.

Aus diesen Gründen

verpflichtet  
der Südtiroler Landtag

den Landeshauptmann und die Landesregierung,

- die Möglichkeit zu prüfen, ein System der Mehrfachkontrollen für Zahlungen der öffentlichen Hand zugunsten von Bürgern und Migranten einzuführen;
- das System zur Regelung der öffentlichen Beiträge abzuändern.

-----  
Premesso che diventa prioritario apportare maggior efficienza all'interno della "macchina provinciale".

Considerato che i flussi che interessano i cittadini e i migranti sono innumerevoli: la sanità, i trasporti (comunali e provinciali), la cassa integrazione, l'educazione (competenze diverse), gli assegni al nucleo familiare (INPS), la cassa integrazione e guadagni (INPS), la disoccupazione, gli alloggi (IPES e comunali), i contributi di integrazione al reddito, i contributi per l'affitto e le spese familiari, gli alloggi nei centri di accoglienza e nelle strutture per migranti. Tutto ciò premesso la Provincia dovrebbe essere in grado di incrociare i dati e sapere quanto riceve dalla mano pubblica ogni cittadino, raggruppando quindi per gruppi omogenei (cittadini autoctoni, migranti ecc.) i benefici pubblici erogati a favore delle diverse categorie di cittadini. Il quadro consentirebbe una maggiore capacità di intervento della Provincia nel considerare gli aggiustamenti e le previsioni di bilancio.

Il sistema dei contributi pubblici dovrebbe essere modificato a favore della massima trasparenza e affidabilità dei dati raccolti in fase di richiesta e in fase di erogazione. In una fase così delicata, si rivela che alcune autodichiarazioni rilasciate dai cittadini e dai migranti non sono sempre verificabili da parte della amministrazione Provinciale. Richiedere un atto o una dichiarazione da parte dello Stato di provenienza (per tramite di ambasciate e consolati) sulle proprietà delle case all'estero, per esempio, potrebbe garantire un maggior controllo sui soggetti richiedenti i contributi pubblici.

Tutto ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
 impegna  
 il presidente e la Giunta provinciale

- a verificare l'opportunità di avviare un sistema di controllo incrociato per i flussi di denaro pubblico a favore dei cittadini e dei migranti;
- a modificare il sistema di regolamentazione dei contributi pubblici.

Frau Abgeordnete Artioli, Sie haben das Wort zur Erläuterung.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Leggo l'emendamento sostitutivo alla mozione.

*Premesso che diventa prioritario apportare maggior efficienza all'interno della "macchina provinciale".*

*Considerato che i flussi che interessano i cittadini e i migranti sono innumerevoli: la sanità, i trasporti (comunali e provinciali), la cassa integrazione, l'educazione (competenze diverse), gli assegni al nucleo familiare (INPS), la cassa integrazione e guadagni (INPS), la disoccupazione, gli alloggi (IPES e comunali), i contributi di integrazione al reddito, i contributi per l'affitto e le spese familiari, gli alloggi nei centri di accoglienza e nelle strutture per migranti. Tutto ciò premesso la Provincia dovrebbe essere in grado di incrociare i dati e sapere quanto riceve dalla mano pubblica ogni cittadino, raggruppando quindi per gruppi omogenei (cittadini autoctoni, migranti ecc.) i benefici pubblici erogati a favore delle diverse categorie di cittadini. Il quadro consentirebbe una maggiore capacità di intervento della Provincia nel considerare gli aggiustamenti e le previsioni di bilancio.*

*Il sistema dei contributi pubblici dovrebbe essere modificato a favore della massima trasparenza e affidabilità dei dati raccolti in fase di richiesta e in fase di erogazione. In una fase così delicata, si rivela che alcune auto-dichiarazioni rilasciate dai cittadini e dai migranti non sono sempre verificabili da parte dell'amministrazione provinciale. Richiedere un atto o una dichiarazione da parte dello Stato di provenienza (per tramite di ambasciate e consolati) sulle proprietà delle case all'estero, per esempio, potrebbe garantire un maggior controllo sui soggetti richiedenti i contributi pubblici.*

*Tutto ciò premesso,*

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
 impegna  
 il presidente e la Giunta provinciale

- a verificare l'opportunità di avviare un sistema di controllo incrociato per i flussi di denaro pubblico a favore dei cittadini e dei migranti;
- a modificare il sistema di regolamentazione dei contributi pubblici.

Volevo aggiungere che c'è stato un articolo del Corriere della Sera in cui si diceva che la Procura ci ha chiesto di verificare i contributi che diamo, perché non possiamo pensare che sia la Digos o i Ros o qualcun altro a fare i controlli per noi, e abbiamo soltanto personale che lavora part time. Per questo si chiede di intervenire, e non lo faccio solo io. Lo avevo già chiesto in sede di discussione del bilancio, mi è stato risposto che abbiamo già il DURP per controllare, ma in realtà non basta, dato che sono tutte persone senza reddito, quindi cosa controllo anche se ho il Durp? Ci chiedono di intervenire e verificare incrociando i dati a chi diamo i soldi, ed è una cosa che non stiamo facendo, quindi poi succede quello che è successo a Merano dove i ROS sono venuti ad arrestare la famosa cellula jihadista e noi non abbiamo nemmeno deciso se vogliamo di ritorno i soldi che sono stati erogati, 2.000 euro al mese per permettergli di fare tutto ciò che non va bene, terrorismo in tutta Europa, e non abbiamo ancora intrapreso le procedure per revocare a questa persona i soldi e l'alloggio. Lui non c'è più ma la famiglia abita ancora lì. Questo secondo me è gravissimo. Non abbiamo un sistema di controllo al di fuori del reddito, che non può bastare per controllare. Bisogna fare altri tipi di controlli.

Non li chiedo solo io questi controlli, che sono solo una semplice consigliera provinciale, ma ce l'ha chiesto la Procura. Per quattro giorni sui giornali nazionali sono stati scritti articoli su questo argomento, è stato scritto che dato che il nostro sistema di controllo non funziona, loro non possono intervenire se non cambiamo il sistema, a questo punto non possiamo chiudere gli occhi e dire che tutto funziona. Non è vero. Non abbiamo controlli, eroghiamo soldi a tutti e quando succedono queste cose non interveniamo neanche a farceli restituire.

**Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: dott. Roberto Bizzo**

**PRESIDENTE:** Consigliera Artioli, visto che l'assessora Deeg è assente, lei ha facoltà di chiedere il rinvio della discussione della mozione.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Sì, aspettiamo che l'assessora sia presente e riprendiamo la discussione.

**PRESIDENTE:** Va bene.

Punto 11) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 536/15 del 16/12/2015, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante il monitoraggio della qualità dell'aria."**

Punkt 11 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 536/11 vom 16.12.2015, eingebracht von den abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend die Überwachung der Luftqualität."**

*Il sistema di monitoraggio della qualità dell'aria in provincia di Bolzano è un'importante fonte di dati sia per l'amministrazione che per la popolazione, che si informa attraverso la pubblicazione in tempo reale dei dati sul sito internet dell'Agenzia per l'ambiente. Precisione, tempestività e trasparenza sono in questo campo elementi fondamentali. A questo riguardo possono essere fatti degli importanti miglioramenti, poiché dati più completi sono pubblicati solo nel "rapporto annuale" dopo la fine di ogni anno, mentre le tabelle che forniscono i dati in tempo reale appaiono piuttosto scarse e andrebbero arricchite soprattutto in due campi: gli inquinanti monitorati e pubblicati e l'indicazione dei limiti di qualità dell'aria. In particolare:*

#### **INQUINANTI MONITORATI E PUBBLICATI**

*Nel sito internet della Provincia sono pubblicati in tempo reale i grafici sui dati relativi a: PM10 (polveri sottili), NO<sub>2</sub> (diossido di azoto), CO (monossido di carbonio), O<sub>3</sub> (ozono), SO<sub>2</sub> (anidride solforosa).*

*Nell'aprile 2008 l'Unione Europea ha però adottato una nuova direttiva (2008/1501/CE) che detta limiti di qualità dell'aria con riferimento anche alle PM<sub>2,5</sub> e ne rende obbligatorio il monitoraggio. Le particelle di dimensioni inferiori costituiscono infatti un pericolo maggiore per la salute umana, in quanto possono penetrare in profondità nell'apparato respiratorio; è per questo motivo che viene attuato il monitoraggio ambientale non solo delle PM<sub>10</sub> ma anche delle PM<sub>2,5</sub>. Nel sito internet dell'Agenzia provinciale per l'ambiente si parla anche delle polveri "ultrafini": "Da recenti studi – si dice – emergono indicazioni riguardanti la pericolosità delle particelle ultrafini (PM<sub>1</sub>)". Non siamo riusciti però finora a trovare traccia nella nostra provincia di un monitoraggio delle PM<sub>1</sub> nell'atmosfera.*

*Nei grafici pubblicati in tempo reale dall'Agenzia provinciale per l'ambiente alla pagina intitolata: "Situazione dell'aria – Rete di misurazione dell'agenzia provinciale per l'ambiente", non si trova traccia del monitoraggio delle PM<sub>2,5</sub> e ancor meno delle PM<sub>1</sub>. Facciamo presente che molte agenzie per l'ambiente italiane pubblicano regolarmente almeno il monitoraggio costante delle PM<sub>2,5</sub>.*

#### **INDICAZIONE DEI LIMITI DI QUALITÀ DELL'ARIA**

*Nei grafici pubblicati in tempo reale (ma anche nel rapporto annuale pubblicato ex post) l'Agenzia per l'ambiente indica solo il limite massimo consentito per legge, mentre altre Agenzie per l'ambiente pubblicano anche i limiti massimi indicati dall'Organizzazione mondiale per la sanità, che sono molto più bassi (vedasi ad esempio i dati pubblicati per la città di Firenze, relativi alle PM<sub>2,5</sub>: <http://www.pm2.5firenze.it/>).*

*I due valori-limite, per ciascuna sostanza, sono molto diversi. Questa notevole discrepanza è dovuta al fatto che l'OMS ha tenuto conto esclusivamente di aspetti sanitari, fissando il valore limite in base alle risultanze di numerosi studi epidemiologici. Questo valore limite rappresenta la soglia al di sopra della quale cominciano a manifestarsi effetti negativi per la salute umana. Il valore di riferimento assunto dalla legge, invece, è un compromesso fra le evidenze sanitarie e le esigenze di natura economica e tecnologica.*

*Ecco alcuni esempi della differenza tra valori di legge e valori limite indicati dall'OMS:*

*PM<sub>2,5</sub>:*

*limiti di legge: 25 mg/m<sup>3</sup> di media annuale;*

*limiti OMS: 10 mg/m<sup>3</sup> di media annuale.*

*PM<sub>10</sub>:*

*limiti di legge: 40 mg/m<sup>3</sup> di media annuale, 50 mg/m<sup>3</sup> di media giornaliera, da non superare oltre 35 giorni all'anno;*

limiti OMS: 20 mg/m<sup>3</sup> di media annuale, 50 mg/m<sup>3</sup> di media giornaliera, da non superare oltre 3 giorni all'anno.

Ozono (O<sub>3</sub>)

limiti di legge: 120 mg/m<sup>3</sup> media nelle 8 ore;

limite OMS: 100 mg/m<sup>3</sup> media nelle 8 ore.

Benzo(a)pirene

limiti di legge: 1 nanogrammo/m<sup>3</sup> di media annuale;

limiti OMS: 0,12 nanogrammi/m<sup>3</sup> di media annuale.

Anidride solforosa (SO<sub>2</sub>)

limiti di legge: 125 mg/m<sup>3</sup> media giornaliera;

limite OMS: 20 mg/m<sup>3</sup> media giornaliera.

L'impegno della Provincia di Bolzano per la difesa della salute dovrebbe porsi all'avanguardia sia nel monitoraggio che nella pubblicazione dei dati, compresa l'indicazione non solo dei limiti di legge ma anche di quelli determinati dall'OMS.

Tutto ciò considerato,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

impegna

la Giunta provinciale

1. a indicare, per i diversi inquinanti, anche i limiti definiti dalla Organizzazione Mondiale della Sanità nei grafici pubblicati in tempo reale nel sito internet dell'Agenzia provinciale per l'Ambiente che riporta i rilevamenti della qualità dell'aria nelle stazioni di monitoraggio della rete di misurazione della nostra provincia;
2. oltre ai limiti giornalieri, devono anche essere pubblicati, ove le normative da un lato e le indicazioni dell'OMS dall'altro lato li prevedono, anche:
  - a) i limiti medi annuali ammessi, sia per legge che per l'OMS, e la media registrata nella parte dell'anno già trascorsa;
  - b) i superamenti massimi annuali ammessi, sia per legge che per l'OMS, e i superamenti già verificatisi fino alla data dell'ultimo monitoraggio;
3. ad aggiungere ai grafici sugli inquinanti già pubblicati nel sito internet dell'Agenzia provinciale per l'Ambiente anche il grafico dei rilevamenti in tempo reale relativi alle PM<sub>2,5</sub>;
4. a verificare la fattibilità tecnica, prevedendo se necessario gli opportuni finanziamenti per l'adeguamento della strumentazione, per effettuare rilevamenti in continuo anche relativi alle PM<sub>1</sub>, pubblicando un grafico con i relativi dati in tempo reale nel sito internet dell'Agenzia provinciale per l'Ambiente.

-----

Das System zur Überwachung der Luftqualität in Südtirol ist eine wichtige Datenquelle sowohl für die öffentliche Verwaltung als auch für die Bevölkerung, die über die Internetseite der Umweltagentur auf Echtzeitdaten zugreifen kann. Genauigkeit, schnelle Datenübermittlung und Transparenz sind in diesem Bereich grundlegende Erfordernisse. Diesbezüglich könnten noch beträchtliche Verbesserungen erzielt werden, da umfassendere Angaben jeweils erst im „Jahresbericht“ nach Ende jedes Jahres erscheinen, während die in Echtzeit veröffentlichten Datentabellen eher dürftig ausfallen und vor allem in Bezug auf die gemessenen Schadstoffwerte und die Schwellenwerte für die Luftqualität mehr Informationen beinhalten sollten. Dies gilt insbesondere für folgende Aspekte:

#### GEMESSENE UND VERÖFFENTLICHTE SCHADSTOFFWERTE

Auf der Internetseite des Landes werden in Echtzeit Grafiken mit Daten zu folgenden Werten veröffentlicht: PM<sub>10</sub> (Feinstaub), NO<sub>2</sub> (Stickstoffdioxid), CO (Kohlenmonoxid), O<sub>3</sub> (Ozon), SO<sub>2</sub> (Schwefeldioxid).

Im April 2008 hat die Europäische Union jedoch eine neue Richtlinie (2008/50/EC) erlassen, die zur Luftqualität auch für PM<sub>2,5</sub> Grenzwerte vorgibt und diesbezüglich eine verpflichtende Überwachung der Werte vorschreibt. Kleinere Partikel stellen nämlich ein größeres Gesundheitsrisiko dar, da sie tiefer in die Atemwege vordringen können; aus diesem Grund ist nicht nur für PM<sub>10</sub>, sondern auch für PM<sub>2,5</sub> eine Umweltüberwachung vorgesehen. Auf der Internetseite der Landesagentur für Umwelt ist auch von „Ultrafeinstaub“ die Rede: „Neuste Forschungsergebnisse stellten eine

gesundheitsgefährdende Belastung durch Ultrafeinstaub (PM1) fest.“ Bisher konnten wir jedoch nichts über Messungen der PM1-Werte in unserem Land finden.

Genauso geht aus den Grafiken, die von der Landesumweltagentur in Echtzeit auf der Seite mit dem Titel „Luftqualität in Südtirol – Messnetz der Landesagentur für Umwelt“ veröffentlicht werden, nichts über eine Überwachung der PM2,5, geschweige denn der PM1, hervor. Wir weisen darauf hin, dass viele italienische Umweltagenturen regelmäßig zumindest die PM2,5-Werte überwachen und veröffentlichen.

#### ANGABEN ZU DEN SCHWELLENWERTEN FÜR DIE LUFTQUALITÄT

Zu den in Echtzeit veröffentlichten Daten (aber auch im jährlichen Bericht, in dem zusätzliche Daten nachgereicht werden) gibt die Umweltagentur nur den gesetzlich zulässigen Höchstwert an, während andere Umweltagenturen auch die von der Weltgesundheitsorganisation angegebenen Höchstwerte veröffentlichen, die viel geringer sind (s. dazu beispielsweise die zur Stadt Florenz veröffentlichten Daten in Bezug auf die PM2,5-Werte: <http://www.pm2.5firenze.it/>).

Die beiden Grenzwerte liegen bei allen Schadstoffen sehr weit auseinander. Dieser deutliche Unterschied ist darauf zurückzuführen, dass die WHO ausschließlich gesundheitliche Aspekte berücksichtigte und zur Festlegung der Grenzwerte die Ergebnisse zahlreicher epidemiologischer Studien heranzog. Dies sind die Schwellenwerte, ab denen es zu ersten Schäden für unsere Gesundheit kommt. Der gesetzlich vorgegebene Wert entstammt hingegen einem Kompromiss zwischen den für die Gesundheit relevanten Aspekten und den wirtschaftlichen und technologischen Anforderungen.

Im Folgenden seien einige Beispiele für die ungleichen Schwellenwertangaben im Gesetz und in den Empfehlungen der WHO angeführt:

PM2,5:

gesetzlich vorgegebener Grenzwert: 25 mg/m<sup>3</sup> im Jahresdurchschnitt;

Grenzwert der WHO: 10 mg/m<sup>3</sup> im Jahresdurchschnitt.

PM10:

gesetzlich vorgegebener Grenzwert: 40 mg/m<sup>3</sup> im Jahresdurchschnitt, 50 mg/m<sup>3</sup> im Tagesdurchschnitt, der an nicht mehr als 35 Tagen im Jahr überschritten werden darf;

Grenzwert der WHO: 20 mg/m<sup>3</sup> im Jahresdurchschnitt, 50 mg/m<sup>3</sup> im Tagesdurchschnitt, der an nicht mehr als 3 Tagen im Jahr überschritten werden darf.

Ozon (O<sub>3</sub>):

gesetzlich vorgegebener Grenzwert: 120 mg/m<sup>3</sup> als Mittelwert über 8 Stunden;

Grenzwerte der WHO: 100 mg/m<sup>3</sup> als Mittelwert über 8 Stunden.

Benzo(a)pyren:

gesetzlich vorgegebener Grenzwert: 1 Nanogramm/m<sup>3</sup> im Jahresdurchschnitt;

Grenzwert der WHO: 0,12 Nanogramm/m<sup>3</sup> im Jahresdurchschnitt.

Schwefeldioxid (SO<sub>2</sub>)

gesetzlich vorgegebener Grenzwert: 125 mg/m<sup>3</sup> im Tagesdurchschnitt;

Grenzwerte der WHO: 20 mg/m<sup>3</sup> im Tagesdurchschnitt.

Das Land Südtirol soll bei den Maßnahmen zum Gesundheitsschutz sowohl in der Überwachung als auch in der Veröffentlichung der Werte eine Vorreiterrolle einnehmen. Dazu sollen unter anderem nicht nur die gesetzlich vorgeschriebenen Grenzwerte angegeben werden, sondern auch jene, die von der WHO festgelegt wurden.

Aus diesen Gründen

verpflichtet  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung,

1. in den auf der Internetseite der Landesumweltagentur in Echtzeit veröffentlichten Grafiken über die Erhebungen zur Luftqualität an den Messstationen des Messnetzes unseres Landes auch die von der Weltgesundheitsorganisation festgelegten Schwellenwerte für die verschiedenen Schadstoffe anzuführen;
2. zusätzlich zu den Tagesgrenzwerten, falls von den gesetzlichen Bestimmungen einerseits und in den Angaben der WHO andererseits vorgesehen, auch folgende Werte zu veröffentlichen:

- a) *die gesetzlich vorgegebenen sowie die von der WHO festgelegten zulässigen jährlichen Grenzwerte mit Angabe der im laufenden Jahr bisher gemessenen Durchschnittswerte;*
  - b) *die gesetzlich vorgegebenen sowie die von der WHO festgelegten maximal zulässigen jährlichen Überschreitungen und jene, die bis zur letzten Messung aufgetreten sind.*
3. *in den Schadstofftabellen, die bereits auf der Internetseite der Landesumweltagentur veröffentlicht werden, auch die Echtzeit-Erhebung der PM<sub>2,5</sub>-Werte zu erfassen;*
  4. *die technische Machbarkeit einer zusätzlichen kontinuierlichen Erhebung der PM<sub>1</sub> zu überprüfen und bei Bedarf die nötigen finanziellen Mittel für die dazu erforderliche Anpassung der Gerätschaften vorzusehen sowie eine Grafik mit den entsprechenden Daten in Echtzeit auf der Internetseite der Landesumweltagentur zu veröffentlichen.*

La parola al consigliere Dello Sbarba per l'illustrazione.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** La mozione riguarda il monitoraggio delle sostanze inquinanti nell'aria. È stata scritta ovviamente in questi giorni invernali e infernali che abbiamo avuto soprattutto nelle valli, bastava andare sul Renon e si vedeva Bolzano in una cappa, c'era un tappo di smog, e allora c'è stato un momento in cui, da parte di parecchie persone, anche associazioni ambientaliste ecc. c'è stata una riflessione sul tema della qualità dell'aria e ci siamo accorti che rispetto a quando è stato implementato il sistema, ho le tabelle dell'ultimo anno, che è un sistema di centraline curato dall'Agenzia per l'ambiente, laboratorio di chimica e fisica, queste centraline sono piazzate in diversi punti della provincia e monitorano una serie di sostanze, altre non sono indicate, e poi indicano i limiti di legge. Quindi questa è la situazione, ci sono le centraline e poi c'è una riga che dice: questi sono i limiti di legge e rispetto ad essi certe cose sono preoccupanti, altre meno. Il punto è che col progredire della ricerca e del dibattito è sorto anche un dubbio sulla validità di questi limiti di legge. Per esempio l'Organizzazione Mondiale della Sanità ha indicato dei limiti che sono più bassi. Il ragionamento è questo: i limiti per la nostra salute sarebbero più bassi dei limiti di legge, i limiti di legge sono un compromesso fra l'ecologia, la salute da una parte, e qui ci dobbiamo più affidare all'OMS, e le esigenze dell'economia dall'altra.

In diverse parti d'Europa delle Agenzie per l'ambiente che operano un monitoraggio più attento e più complesso della qualità dell'aria e in questi dati che vengono pubblicati, per esempio ho citato i dati e le tabelle che vengono pubblicate per esempio dall'Agenzia dell'ambiente della regione Toscana e di Firenze, c'è una ricchezza maggiore di indicatori. Viene monitorata la qualità dell'aria, per esempio vengono monitorate sia le PM<sub>10</sub>, la polvere sottile, sia le PM<sub>2,5</sub> che è la polvere ultra sottile che tra l'altro penetrano più profondamente, arrivano ai polmoni e molto più profondamente nell'organismo umano, quindi da una parte ci sono Agenzie per l'ambiente in Europa e in Italia che monitorano anche le PM<sub>2,5</sub> ed alcune in via sperimentale anche le PM<sub>1</sub> - è chiaro che più piccole sono le particelle più sono pericolose per la salute umana - dall'altro ci sono moltissime Agenzie per l'ambiente che indicano contemporaneamente sia il limite di legge, che poi è un limite europeo, che i limiti indicati dall'OMS, questo perché sia trasparente.

Faccio un esempio. Per le PM<sub>10</sub> il limite di legge è una media di 50 mg/m<sup>3</sup>, mentre il limite per l'OMS a tutela della nostra salute è di 20 mg/m<sup>3</sup>, se noi compariamo gli elementi, ho qui l'esempio dell'ultimo mese, con 50 mg, eccetto le stufe di Laces che sembrano particolarmente care alla nostra Agenzia per l'ambiente, e eccetto alcuni giorni non ci sono sforamenti, ma se mettessimo una riga su 20 mg/m<sup>3</sup> vedremmo che su quasi tutte le centraline per quasi 30 giorni sfioriamo i limiti. I limiti di legge impongono delle misure, sono fatti apposta perché poi gli stati sono obbligati a prendere le misure, ma dal punto di vista della trasparenza e della comunicazione ai cittadini credo che sarebbe corretto che i cittadini sapessero quali sono i limiti indicati dall'OMS. Credo sarebbe corretto che venisse distinto il rilevamento tra Pm<sub>10</sub> e Pm<sub>2,5</sub> perché sono due dati, assessore, le nostre centraline rilevano anche le Pm<sub>2,5</sub> però non sono pubblicati questi dati, lo so perché ho parlato con le persone che hanno predisposto la rete di monitoraggio per cui so che almeno alcune centraline le Pm<sub>2,5</sub> le monitorano, chiedo che siano pubblicati anche questi dati.

Si tratta quindi di rendere più efficiente, preciso e anche più trasparente verso i cittadini indicando anche i limiti dell'OMS, il sistema di monitoraggio e di pubblicazione dei dati che sono a disposizione di tutti sul sito dell'Agenzia per l'ambiente.

Leggo la mozione, dove sono indicati chiaramente anche i punti impegnativi:



"Il sistema di monitoraggio della qualità dell'aria in provincia di Bolzano è un'importante fonte di dati sia per l'amministrazione che per la popolazione, che si informa attraverso la pubblicazione in tempo reale dei dati sul sito internet dell'Agenzia per l'ambiente. Precisione, tempestività e trasparenza sono in questo campo elementi fondamentali. A questo riguardo possono essere fatti degli importanti miglioramenti, poiché dati più completi sono pubblicati solo nel "rapporto annuale" dopo la fine di ogni anno, mentre le tabelle che forniscono i dati in tempo reale appaiono piuttosto scarse e andrebbero arricchite soprattutto in due campi: gli inquinanti monitorati e pubblicati e l'indicazione dei limiti di qualità dell'aria. In particolare:

#### INQUINANTI MONITORATI E PUBBLICATI

Nel sito internet della Provincia sono pubblicati in tempo reale i grafici sui dati relativi a: PM10 (polveri sottili), NO<sub>2</sub> (diossido di azoto), CO (monossido di carbonio), O<sub>3</sub> (ozono), SO<sub>2</sub> (anidride solforosa).

Nell'aprile 2008 l'Unione Europea ha però adottato una nuova direttiva (20081501EC) che detta limiti di qualità dell'aria con riferimento anche alle PM2,5 e ne rende obbligatorio il monitoraggio. Le particelle di dimensioni inferiori costituiscono infatti un pericolo maggiore per la salute umana, in quanto possono penetrare in profondità nell'apparato respiratorio; è per questo motivo che viene attuato il monitoraggio ambientale non solo delle PM 10 ma anche delle PM2,5. Nel sito internet dell'Agenzia provinciale per l'ambiente si parla anche delle polveri "ultrafini": "Da recenti studi – si dice – emergono indicazioni riguardanti la pericolosità delle particelle ultrafini (PM1)". Non siamo riusciti però finora a trovare traccia nella nostra provincia di un monitoraggio delle PM1 nell'atmosfera.

Nei grafici pubblicati in tempo reale dall'Agenzia provinciale per l'ambiente alla pagina intitolata: "Situazione dell'aria – Rete di misurazione dell'agenzia provinciale per l'ambiente", non si trova traccia del monitoraggio delle PM 2,5 e ancor meno delle PM 1. Facciamo presente che molte agenzie per l'ambiente italiane pubblicano regolarmente almeno il monitoraggio costante delle PM2,5.

#### INDICAZIONE DEI LIMITI DI QUALITÀ DELL'ARIA

Nei grafici pubblicati in tempo reale (ma anche nel rapporto annuale pubblicato ex post) l'Agenzia per l'ambiente indica solo il limite massimo consentito per legge, mentre altre Agenzie per l'ambiente pubblicano anche i limiti massimi indicati dall'Organizzazione mondiale per la sanità, che sono molto più bassi (vedasi ad esempio i dati pubblicati per la città di Firenze, relativi alle PM2,5: <http://www.pm2.5firenze.it/>).

I due valori-limite, per ciascuna sostanza, sono molto diversi. Questa notevole discrepanza è dovuta al fatto che l'OMS ha tenuto conto esclusivamente di aspetti sanitari, fissando il valore limite in base alle risultanze di numerosi studi epidemiologici. Questo valore limite rappresenta la soglia al di sopra della quale cominciano a manifestarsi effetti negativi per la salute umana. Il valore di riferimento assunto dalla legge, invece, è un compromesso fra le evidenze sanitarie e le esigenze di natura economica e tecnologica.

Ecco alcuni esempi della differenza tra valori di legge e valori limite indicati dall'OMS:

PM2,5:

limiti di legge: 25 mg/m<sup>3</sup> di media annuale;

limiti OMS: 10 mg/m<sup>3</sup> di media annuale.

PM 10:

limiti di legge: 40 mg/m<sup>3</sup> di media annuale, 50 mg/m<sup>3</sup> di media giornaliera, da non superare oltre 35 giorni all'anno;

limiti OMS: 20 mg/m<sup>3</sup> di media annuale, 50 mg/m<sup>3</sup> di media giornaliera, da non superare oltre 3 giorni all'anno.

Ozono (O<sub>3</sub>)

limiti di legge: 120 mg/m<sup>3</sup> media nelle 8 ore;

limite OMS: 100 mg/m<sup>3</sup> media nelle 8 ore.

Benzo(a)pirene

limiti di legge: 1 nanogrammo/m<sup>3</sup> di media annuale;

limiti OMS: 0,12 nanogrammi/m<sup>3</sup> di media annuale.

Anidride solforosa (SO<sub>2</sub>)

limiti di legge: 125 mg/m<sup>3</sup> media giornaliera;

limite OMS: 20 mg/m<sup>3</sup> media giornaliera.

L'impegno della Provincia di Bolzano per la difesa della salute dovrebbe porsi all'avanguardia sia nel monitoraggio che nella pubblicazione dei dati, compresa l'indicazione non solo dei limiti di legge ma anche di quelli determinati dall'OMS.

Tutto ciò considerato, il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano impegna la Giunta provinciale

1. a indicare, per i diversi inquinanti, anche i limiti definiti dalla Organizzazione Mondiale della Sanità nei grafici pubblicati in tempo reale nel sito internet dell'Agenzia provinciale per l'Ambiente che riporta i rilevamenti della qualità dell'aria nelle stazioni di monitoraggio della rete di misurazione della nostra provincia;
2. oltre ai limiti giornalieri, devono anche essere pubblicati, ove le normative da un lato e le indicazioni dell'OMS dall'altro lato li prevedono, anche:
  - a) i limiti medi annuali ammessi, sia per legge che per l'OMS, e la media registrata nella parte dell'anno già trascorsa;
  - b) i superamenti massimi annuali ammessi, sia per legge che per l'OMS, e i superamenti già verificatisi fino alla data dell'ultimo monitoraggio;
3. ad aggiungere ai grafici sugli inquinanti già pubblicati nel sito internet dell'Agenzia provinciale per l'Ambiente anche il grafico dei rilevamenti in tempo reale relativi alle PM<sub>2,5</sub>;
4. a verificare la fattibilità tecnica, prevedendo se necessario gli opportuni finanziamenti per l'adeguamento della strumentazione, per effettuare rilevamenti in continuo anche relativi alle PM<sub>1</sub>, pubblicando un grafico con i relativi dati in tempo reale nel sito internet dell'Agenzia provinciale per l'Ambiente.

**BLAAS (Die Freiheitlichen):** Es ist natürlich immer interessant, so viele Daten wie möglich zu erhalten. Es ist aber auch gefährlich, dass diese Daten Verwirrung stiften, vor allem dann, wenn sie nicht einheitlich erhoben werden, wenn es Interpretationsspielraum gibt. Ich verfolge das Thema schon seit längerem. Wenn wir uns anschauen, wie die Informationen vor 15 Jahren waren und mit jenen von heute vergleichen, dann waren sie nicht immer die besten. Natürlich können diese Daten auch Unruhe stiften und ein falsches Bild darstellen. Wir haben es ja erlebt, dass unsere Städte plötzlich die schlechtere Luft hatten als Mailand oder andere Ballungsräume, weil man explizit einen Wert herausgenommen und propagiert hat. Natürlich liegt es auch uns daran, dass die Daten ordentlich erhoben werden. Allerdings schlagen wir vor – wir werden einen entsprechenden Antrag für den Dreier-Landtag einbringen –, dass es eine gemeinsame Internet-Seite und vergleichbare Daten gibt. Dann können Äpfel mit Äpfel verglichen werden und nicht Äpfel mit Birnen, wie wir letzthin gelesen haben. Zwar gibt es dies- und jenseits des Brenners dieselben Messinstrumente, was aber nicht heißt, dass bis zum Schluss die gleichen Methoden angewandt werden. Für uns ist es wichtig, dass wir hier Vergleichswerte haben, die zeitnah verglichen werden können. Dafür werden wir uns einsetzen. Es braucht aussagekräftige Daten. Im Bereich der Entsorgung gibt es eine Vielzahl von Daten, die aber hinten und vorne nicht stimmen. Wenn ich von der tollen Recycling-Geschichte im Lande höre, dann muss ich mich fragen, wer diese Statistik erstellt hat. Der schwindelt bewusst, denn diese Daten sind so sicher nicht hinnehmbar. Man verkauft jeden Blödsinn als den großen Erfolg. Bozen ist auf einmal ein Highlight in der Wiederverwertung und Mülltrennung.

Auf alle Fälle werden wir im Dreier-Landtag einen entsprechenden Antrag einbringen.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Die Kollegen Grünen finden immer unsere Unterstützung, wenn es darum geht, die Bevölkerung zu informieren. Ich hoffe, dass Ihr es dann bei unserem Beschlussantrag auch so ernst nehmt, denn es geht immer um dasselbe, nämlich um die Information der Bevölkerung. Wir werden diesem Beschlussantrag zustimmen, aber ich möchte schon auf etwas hinweisen. Das geht nicht an die Kollegen Einbringer und das ist auch nicht die Schuld der Landesregierung. Je mehr Daten wir erheben, desto mehr werden wir draufkommen, dass gewisse Schwellenwerte überschritten werden. Was machen wir dann damit? Die Erkenntnis, dass wir außerhalb der gesundheitsgefährdenden Norm sind, ist zwar gut und nett, aber es wird die Frage kommen, was man dann dagegen macht. Ich erinnere beispielsweise daran, dass es seit Jahren Erhebungen über die Lärmbelastung entlang der Brennerbahnlinie gibt. Die Werte werden überschritten, kein einziger hält die gesetzlich vorgesehenen Normen ein. Wir wissen zwar, dass Lärm gesundheitsschädigend ist, aber was hat sich geändert? Wir müssen schon irgendwann einmal daran gehen und diesen gesetzlichen Schwellenwerten Sanktionen folgen lassen. Der Gesetzgeber muss verpflichtet werden, dafür Sorge zu tragen, dass der Schwellenwert unterschritten wird.

Was sicher richtig ist, ist die Forderung nach einer einheitlichen Messung von Werten. Es kann nicht sein, dass jede Stadt oder jedes größere Land hergeht und eigene Schwellenwerte festlegt. Hier würde ich mir wünschen, dass die EU eingreifen und einheitliche Regelungen schaffen würde. Bei jedem anderen Blödsinn braucht es einheitliche EU-Normen, aber wenn es um die Gesundheit der Bürger geht, gibt es wieder für jeden Staat, Region und größere Stadt eigene und gesonderte Regelungen. Das ist weder im Interesse der Bürger, noch im Interesse der Gesundheit. Deshalb unterstützen wir diesen Beschlussantrag.

**STEGER (SVP):** Grundsätzlich sehen wir die Informationsvermittlung an die Bevölkerung im Sinne der Umweltverträglichkeit und Luftqualität für sinnvoll an. Die Werte, die gemessen werden, sollen vom Bürger durchaus zeitgerecht erkannt und gesehen werden und nicht nur von den Verwaltungen, die dann die Schlüsse auf technischer Ebene zu ziehen haben. Auch der Bürger soll sich einbringen können. Deshalb ist es sicher sinnvoll, wenn man das auch in einem Beschlussantrag verankern möchte. Für mich stellt sich aber die Frage, ob das alles, was sich die Kollegen der Grünen wünschen, umsetzbar ist. Das wird uns aber sicher der zuständige Landesrat sagen können. Mir ist nicht bekannt, dass die PM1-Werte realistisch bewertbar sind. Wenn man Information gibt, dann muss es eine sichere Information sein. Wenn es irgendwie möglich ist, werden Sie sicher unsere Zustimmung erhalten. Auf die Dinge, die aber nicht erfassbar sind, sollte allerdings verzichtet werden. Natürlich wollen wir über jeden Schadstoff Beweis wissen, aber wir dürfen der Bevölkerung nicht Angst machen, mit Daten, die nicht überprüfbar sind. Überall dort, wo wir klar feststellen können, dass die Daten, die erhoben werden, objektiv und richtig sind, ist es kein Problem. Das ist nicht eine Frage des Wollens, sondern eine Frage der realistischen Einschätzung. Wir haben Information darüber zu geben, was klar und eindeutig ist und nicht, was vielleicht sein könnte. Wir können die Ausrichtung dieses Beschlussantrages grundsätzlich befürworten, aber der Landesrat wird sicher noch sagen, was wir technisch machen können.

**THEINER (Landesrat für Umwelt und Energie - SVP):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Es ist in der Tat so, dass wir heute bereits eine Fülle von Daten erheben. In den letzten Wochen und Monaten ist immer wieder eine Diskussion darüber entstanden, inwieweit diese Daten vergleichbar sind. Die Messstationen wurden angezweifelt bzw. es wurde gesagt, dass wir in Südtirol anders messen würden als das Trentino oder das Bundesland Tirol. Ich habe mir die Messstationen im Bundesland Tirol und im Trentino angesehen und kann Sie beruhigen. Wir haben identische Messstationen und das Bundesland Tirol und Südtirol verwenden die absolut gleichen Geräte. Verschiedene Organisationen haben gemeint, dass in unterschiedlichen Abständen gemessen würde. Wenn Sie Vomp oder Schrambach hernehmen, ... Hier ist bis auf einen Meter derselbe Abstand zur Autobahn. Es wurde wirklich viel getan, damit die Daten vergleichbar gestaltet werden. Ich gebe auch dem Kollegen Blaas Recht, der gesagt hat, dass man aufpassen müsse, dass man vor lauter Bäumen den Wald nicht mehr sieht. Sie alle haben sich sicher öfters die Seite angeschaut, auf der sämtliche Werte für Südtirol in Realzeit angezeigt werden. Man kann dann auch noch Detailansichten anklicken. Es ist richtig, dass wir Anregungen aufnehmen und sinnvolle Informationen weitergeben sollten. Es muss aber darauf geachtet werden, inwieweit die Daten dann auch wirklich vergleichbar sind. Das ist wesentlich. Ausgehend von Ihrem Beschlussantrag haben wir die Experten der Umweltagentur gefragt, was sinnvoll ist und was nicht. Die Landesregierung schließt sich dem an.

Zu Punkt 1. Im Sinne der Transparenz, der Vergleichbarkeit der Daten und der Eindeutigkeit der Informationen sind eindeutige, klar definierte Indikatoren mit klar definierten Grenzwerten oder Zielwerten erforderlich. Derzeit wird ferner eine Revision der Internetseiten der Landesagentur für Umwelt durchgeführt. Im Zuge derselben ist bereits angedacht, neben den derzeitigen Daten auch den Verlauf der PM-2,5-Belastung in Echtzeit darzustellen. Zudem können natürlich auch die von der WHO angeführten Grenzwerte in anschaulicher Weise integriert werden. Nachdem angeregt wurde, dass wir uns mit dem Bundesland Tirol und mit dem Trentino vergleichen sollten, werden wir schauen, dass das überall gemacht wird. Ich kann aber nur für die Umweltagentur sprechen. Mit Punkt 1 sind wir also einverstanden.

Bei Punkt 2 möchten wir unterscheiden und somit eine getrennte Abstimmung beantragen. Mit Buchstabe a) sind wir nicht einverstanden, mit Buchstabe b) hingegen sehr wohl. Die Werte unter Buchstabe a) kann man heute schon errechnen. Wenn wir noch weitere Daten hinzufügen, dann ist die Vermutung groß, dass das Ganze völlig unüberschaubar wird. Buchstabe b) ist hingegen richtig, denn die Anzahl der Überschreitungen ist wesentlich.

Dasselbe gilt für Punkt 3.

Bezüglich Punkt 4 schreibt die Umweltagentur, dass es für PM1 weder anerkannt Messmethoden, noch entsprechende Grenzwerte gibt. Deshalb hätte es keinen Sinn, das anzuführen, denn das würde nur zu Polemiken führen.

**STEGER (SVP):** Zum Fortgang der Arbeiten. Ich möchte formell um die getrennte Abstimmung über die Prämissen, über Punkt 1, über Punkt 2 a) und 2 b), über Punkt 3 und über Punkt 4 des beschließenden Teiles ersuchen.

**PRESIDENTE:** Va bene.

La parola al consigliere Dello Sbarba per la replica.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ringrazio l'assessore Theiner. Ovviamente noi non siamo tecnici quindi io mi affido alla valutazione dei tecnici che mi sembra di grande buon senso, quindi va bene che si voti in maniera separata. Per quanto riguarda l'ultimo punto ho qualche dubbio anch'io, infatti l'ho introdotto in forma dubitativa, perché effettivamente non c'è nessun posto d'Europa dove le Pm 1 fino adesso vengono monitorate. Vedremo se lo sviluppo della tecnica ci consentirà di avere dei dati oggettivi e quindi magari di ritornarci sopra.

Volevo dire al collega Blaas che ci sono due ordini di valori, uno sono i valori di legge che, come diceva l'assessore, sono uguali in tutta Europa, perché in realtà dipendono da delle direttive europee, quindi se guardate l'Agenzia per l'ambiente di Innsbruck, di Trento, di Bolzano, Roma ecc. hanno tutte gli stessi valori limite di legge, perché derivano da direttive europee. I valori dell'OMS sono la metà, anzi alcuni più della metà, sono anch'essi valori internazionali e ricordo che l'OMS è una Agenzia dell'Onu a cui aderiscono 193 Paesi, che ha degli organi scientifici che elaborano rapporti periodici e che ha fissato invece i limiti per la salute. Sono due ordini di valori internazionali, comparabili tra loro, omogenei, oggettivi, uguali per tutti.

Naturalmente è importante sapere quali sono i limiti di legge, però a mio parere è importante anche sapere per il cittadino quali sono i limiti per la propria salute. Il collega Knoll chiede cosa ne facciamo di questi dati quando li abbiamo. Da tanto tempo noi come gruppo Verde, come altri gruppi politici in questo Consiglio, seguiamo il tema dell'inquinamento dell'aria soprattutto rispetto all'autostrada del Brennero e sappiamo bene una cosa, che la questione della completezza del rilevamento dei dati non è semplicemente un fatto sovrastrutturale, è parte integrante di una strategia di riduzione dell'inquinamento, perché ciò che non si conosce non viene neanche in mente di combatterlo, di elaborare delle misure per contrastarlo. Non è un caso che l'Europa soprattutto degli anni 60 e 70 ha sempre evitato, l'Italia e la Germania che sono le due nazioni automobilistiche per eccellenza hanno sempre evitato di fare dei monitoraggi scientifici. Negli ultimi 15, 20 anni si è sviluppata l'esigenza di monitorare la qualità dell'aria, si è imposta e poi sono arrivate anche le direttrici europee, perché se fosse stato per i Paesi, soprattutto per i governi pro industria dell'auto e dell'autotrasporto, avrebbero fatto volentieri a meno di fare questi monitoraggi, perché è chiaro che la conoscenza è il primo elemento dell'intervento. Quando le persone sanno qual è la qualità dell'aria, che conseguenze ci sono, da una parte per la legge, perché certi limiti non si possono superare, dall'altro per la salute, la conoscenza nelle questioni ambientali è il primo passo per l'intervento, e la consapevolezza dei cittadini è già un intervento. Se noi approviamo, come ha suggerito l'assessore Theiner, almeno queste parti su cui anche l'Agenzia per l'ambiente si è dichiarata d'accordo, facciamo un grosso passo avanti sul piano della conoscenza dell'informazione e anche della serietà, diventiamo una delle province all'avanguardia sul monitoraggio della qualità dell'aria, e diamo un grosso contributo alla causa dell'ambiente e della salute. Ringrazio quindi tutti i colleghi e le colleghe che vorranno votare questa mozione.

**PRESIDENTE:** Metto in votazione la mozione per parti separate come richiesto dal consigliere Steger.

Apro la votazione sulle premesse: respinte con 13 voti favorevoli, 17 voti contrari e 1 astensione.

Apro la votazione sul punto 1 della parte dispositiva: approvato con 32 voti favorevoli.

Apro la votazione sul punto 2, lettera a), della parte dispositiva: respinto con 15 voti favorevoli e 18 voti contrari.

Apro la votazione sul punto 2, lettera b), della parte dispositiva: approvato con 32 voti favorevoli.

Apro la votazione sul punto 3 della parte dispositiva: approvato con 34 voti favorevoli.

Apro la votazione sul punto 4 della parte dispositiva: respinto con 15 voti favorevoli e 18 voti contrari.

Punto 12) all'ordine del giorno: **"Mozione n. 538/15 del 16/12/2015, presentata dai consiglieri Leitner, Blaas, Mair, Tinkhauser, Stocker S. e Oberhofer, riguardante la reintroduzione dell'avviso di scadenza della patente."**

Punkt 12 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 538/15 vom 16.12.2015, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Blaas, Mair, Tinkhauser, Stocker S. e Oberhofer, betreffend die Führerscheinerlängerung wieder verlautbaren lassen."**

*Fino a pochi anni fa i titolari di patente venivano avvisati, tramite lettera, dell'imminente scadenza della loro abilitazione alla guida. Con questa lettera, ai possessori di patente si raccomandava di intraprendere i passi necessari per rinnovare il titolo di guida. Per le patenti che rientrano nelle categorie A e B il rinnovo è previsto ogni 10 anni. Le patenti appartenenti a dette categorie vanno rinnovate però ogni 5 anni se il possessore ha superato i 50 anni, e ogni 3 anni se ha superato i 70 anni. Per le persone invalide e i portatori di handicap il rinnovo della patente è previsto ogni 5 anni. A tale scopo è necessario recarsi presso la commissione medica locale, che si trova solo a Bolzano. Per gli ultrasessantenni, le scadenze previste per le categorie superiori sono diverse. Se i possessori di patente non presentano domanda di rinnovo, l'abilitazione alla guida del relativo veicolo scade, e per i trasgressori sono previste severe sanzioni.*

*Per questo motivo,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
invita*

*la Giunta provinciale*

*a provvedere affinché i titolari di patente vengano obbligatoriamente avvisati, a tempo debito, dell'imminente scadenza mediante l'invio di una lettera.*

-----

*Inhaber eines Fahrzeugführerscheins wurden bis vor einigen Jahren mittels Schreibens auf die bevorstehende Verlängerung der Fahrbefähigung hingewiesen. Diese Verlautbarung mahnte die Inhaber eines Führerscheins alle notwendigen Schritte für eine Verlängerung der Fahrbefähigung in die Wege zu leiten. Die Verlängerung des Führerscheins ist alle 10 Jahre für die Klasse A und B fällig. Für die gleichen Klassen ist die Verlängerung alle 5 Jahre fällig, wenn der Inhaber über 50 Jahre alt ist, und alle 3 Jahre bei über 70-Jährigen. Eine Verlängerung des Führerscheins ist alle 5 Jahre fällig für Versehrte und Körperbehinderte. Hierzu ist die Vorstellung bei der örtlichen Ärztekommision erforderlich, die nur in Bozen angesiedelt ist. Dagegen sind die Fristen für die höheren Klassen für die über 60-Jährigen anders. Verabsäumen die Inhaber die notwendigen Schritte für eine Verlängerung des Führerscheins einzureichen soll verfällt ihre Berechtigung ein entsprechendes Fahrzeug zu führen. Wird dem zuwidergehandelt, so werden hohe Strafen fällig.*

*Deshalb*

*fordert  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung auf,*

*zu veranlassen, dass die Inhaber eines Führerscheins mittels eines Schreibens auf die bevorstehende Verlängerung verbindlich und zeitgerecht hingewiesen werden.*

Ha chiesto la parola il consigliere Steger sull'ordine dei lavori, prego.

**STEGER (SVP):** Herr Präsident, ich möchte Sie um eine halbstündige Unterbrechung für eine Sitzung der SVP-Fraktion ersuchen.

**PRESIDENTE:** Accolgo la richiesta e sospendo la seduta per 30 minuti circa.

ORE 16.13 UHR

-----

ORE 16.47 UHR

**Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann**

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen. Wir fahren mit der Behandlung des Beschlussantrages Nr. 538/15 fort.

Herr Abgeordneter Leitner, Sie haben das Wort für die Erläuterung.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Präsident! *Inhaber eines Fahrzeugführerscheins wurden bis vor einigen Jahren mittels Schreibens auf die bevorstehende Verlängerung der Fahrbefähigung hingewiesen.*

*Diese Verlautbarung mahnte die Inhaber eines Führerscheins alle notwendigen Schritte für eine Verlängerung der Fahrbefähigung in die Wege zu leiten. Die Verlängerung des Führerscheins ist alle 10 Jahre für die Klasse A und B fällig. Für die gleichen Klassen ist die Verlängerung alle 5 Jahre fällig, wenn der Inhaber über 50 Jahre alt ist, und alle 3 Jahre bei über 70-Jährigen. Eine Verlängerung des Führerscheins ist alle 5 Jahre fällig für Versehrte und Körperbehinderte. Hierzu ist die Vorstellung bei der örtlichen Ärztekommision erforderlich, die nur in Bozen angesiedelt ist. Dagegen sind die Fristen für die höheren Klassen für die über 60-Jährigen anders. Verabsäumen die Inhaber die notwendigen Schritte für eine Verlängerung des Führerscheins einzureichen, so verfällt ihre Berechtigung ein entsprechendes Fahrzeug zu führen. Wird dem zuwidergehandelt, so werden hohe Strafen fällig.*

Es handelt sich um eine sehr bescheidene Materie, allerdings mit einer großen Wirkung im Sinne der Bürgerfreundlichkeit und Bürgernähe. Die Menschen sollten im Vorfeld informiert werden. Ich weiß von Fällen, in denen man Autos sequestriert hat, weil der Führerschein verfallen war. Die Strafen sind hier wirklich oft unverhältnismäßig. Deshalb ist es richtig, dass man die Bürger im Vorfeld darauf hinweist.

*Deshalb*

*fordert  
der Südtiroler Landtag*

*die Landesregierung auf, zu veranlassen, dass die Inhaber eines Führerscheins mittels eines Schreibens auf die bevorstehende Verlängerung verbindlich und zeitgerecht hingewiesen werden.*

Herr Präsident, ich möchte um zwei Abstimmungen ersuchen. Der Passus "mittels eines Schreibens" sollte gestrichen werden, denn es können auch andere Formen von Information sein, beispielsweise mittels E-Mail oder wie auch immer. Wie es die Landesregierung macht, ist zweitrangig. Es muss auf alle Fälle zeitgerecht und verbindlich sein.

**STEGER (SVP):** Ich sehe diesen Beschlussantrag der Kollegen Freiheitlichen positiv. Es ist eine Unterstützung der Bürger. Als das Land damit begonnen hat, bei Fälligkeit der Kfz-Steuer eine entsprechende Mitteilung zu machen, waren die Bürger auch froh darüber. Beim Führerschein finde ich es auch deshalb wichtig, weil die Rechtsfolgen gravierend sind. Stellen Sie sich vor, Sie haben nach zehn Jahren vergessen, den Führerschein zu erneuern und verursachen einen Unfall. Deshalb ist es sicher angemessen, wenn die Verwaltung einen Schritt auf den Bürger zu geht. Natürlich kann das Gegenargument sein, dass der Bürger eigenverantwortlich handeln soll und in seinem Privatleben Ordnung schafft. Diesen Aspekt sollten wir in Zukunft als öffentliche Verantwortungsträger im Auge haben. Auf der einen Seite möchten wir entlasten, auf der andere Seite verlangen wir aber auch zu Recht, dass der Bürger Eigenverantwortung übernimmt. Im spezifischen Fall handelt es sich um eine Dienstleistung, die nicht nur wichtig ist, sondern teilweise auch essentiell sein kann. Es kann einfach passieren, dass man die Erneuerung von Führerscheinen, die nicht jedes Jahr zu erneuern sind – außer man hat ein gewisses Altes überschritten -, vergisst. Wenn man sich die Rechtsfolgen anschaut, dann ist so etwas einfach angezeigt. Der öffentlichen Verwaltung kostet das nicht viel. Man kann das unbürokratisch auf den Weg bringen. Ich glaube, dass es nicht unbedingt ein Schreiben sein muss – das hat der Kollege Leitner bereits angekündigt -, sondern dass es auch eine E-Mail sein könnte. Wichtig ist, dass die Information zeitgerecht und verbindlich ist. Deshalb halte ich diesen Beschlussantrag für einen sehr guten Vorschlag, der dem Bürger hilft. Ich könnte mir vorstellen, dass es für die Ämter weniger Aufwand bedeutet, wenn die Führerscheine zeitgerecht erneuert werden, als wenn man dann schnell schnell machen muss, damit es keine negativen Rechtsfolgen gibt. In diesem Sinne kann ich nur ein überzeugtes Ja zu diesem Beschlussantrag aussprechen.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Ich bin auch für diesen Beschlussantrag. Es wird einem ja auch mitgeteilt, dass die Kfz-Steuer zu zahlen ist und auch für die Hauptuntersuchung gibt es Mitteilungen. Was man in diesem Zusammenhang auch wissen sollte, so wird das Fahren ohne Führerschein in allernächsten Zeit keine Straftat mehr sein. In Zukunft wird es ein Verwaltungsvergehen sein und im Versicherungsfall nicht mehr als Regressmöglichkeit in Anwendung kommen. Das ist aber noch nicht Gesetz, sondern wird in den nächsten Tagen in Rom beschlossen werden. Man kann darüber diskutieren, ob das Fahren ohne Führerschein eine Straftat sein soll oder nicht. Wenn ich von jemandem überfahren werde, der ohne Führerschein unterwegs ist, dann weiß ich nicht, ob es sinnvoll ist, dass das ein reines Verwaltungsvergehen ist. Es sollte schon eine bestimmte strafrechtliche Relevanz haben. Im Gegenzug wird allerdings auch Mord im Straßenverkehr eingeführt werden. Das ist eine erstaunliche Maßnahme. Derzeit gibt es die fahrlässige Tötung usw. Wer mit mehr als 1,5 Promille hat und einen Unfall verursacht, bei dem jemand stirbt, dann wird er wegen Mord im Straßenverkehr angezeigt werden. Das ist erstaunlich, aber nicht ganz von der Hand zu weisen.

Wie gesagt, ich finde es richtig, dass die öffentliche Verwaltung die Bürgerinnen und Bürger in geeigneter Form informiert.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Nur eine Präzisierung. Ich glaube, dass das Schreiben betreffend die Entrichtung der Kfz-Steuer nicht mehr zugeschickt wird. Das ist auch so ein Fall. Ich kenne in meinem Bekanntenkreis mehrere Personen, die keine Kfz-Steuer mehr gezahlt haben, weil sie nichts zugeschickt bekommen haben. Das wäre einmal zu prüfen.

Was das Schreiben für die Führerscheinverlängerung anbelangt, geht mir das grundsätzlich schon in Ordnung. Ich möchte aber den konkreten Fall einer Frau aus Schenna erwähnen, die über 60 Jahre alt ist, ihren Führerschein verlängern musste und die ärztliche Kontrolle gemacht hat. Das Verkehrsministerium hätte ihr dann die Verlängerungsmarke zuschicken sollen. Nachdem fünf Monate lang nichts gekommen ist, hat sie einmal nachgefragt. Nach langem Hin und Her war es dann irgendwann möglich, jemandem im Verkehrsministerium ausfindig zu machen, der gesagt hat, dass sie warten müsse. Jetzt sind 1 ½ Jahre vergangen, aber sie hat bis heute nichts bekommen. Sie ist dann zum Dorfpolizisten gegangen, der ihr gesagt hat, dass sie keinen gültigen Führerschein mehr hat. Was macht man als Autofahrer in so einem Fall? Das ist doch der totale Wahnsinn. Man macht eine reguläre Verlängerung und die ärztliche Kontrolle, aber man bekommt die Verlängerungsmarke nicht zugeschickt. Dann wendet man sich an die Behörde, aber man bekommt keine Auskunft, weil niemand etwas weiß. Und wenn man sich dann an die Polizei wendet, dann heißt es: "Pech gehabt, der Führerschein ist verfallen." Hier legt wesentlich mehr im Argen, als nur ein Schreiben zu bekommen. Wir werden diesen Beschlussantrag natürlich unterstützen, aber hier wäre mehr zu tun. Vielleicht kann uns der Landesrat Auskunft darüber geben, wie es mit dem Schreiben betreffend die Kfz-Steuer ist.

**SCHIEFER (SVP):** Auch ich möchte in diese Kerbe schlagen. Es ist natürlich richtig, dass Eigenverantwortung wichtig ist und durch solche Maßnahmen Bürokratie entsteht. Das Problem liegt darin: Wenn man das Kind einmal verwöhnt hat, dann kann man ihm nicht gleich wieder die Schokolade oder Zuckerle wegnehmen, zumal in diesem Fall das Risiko sehr groß ist. Wenn der Führerschein verfallen ist, dann gilt auch keine Versicherung mehr. Ich bin diesbezüglich selbst ein gebranntes, aber nicht gestraftes Kind. Ich habe das immer wieder vergessen. Einmal war der Führerschein sogar mehr als ein Jahr verfallen. Ich habe aber eine großzügige Polizeistreife gefunden, die mir nahegelegt hat, das sofort zu erledigen. Kollege Knoll, wenn der Führerschein mehrere Jahre verfallen ist, dann muss man ihn komplett neu machen. Das ist das Problem. Deshalb ist es sicher im Sinne aller, wenn das zuständige Amt die Schreiben betreffend die Verlängerung der Führerscheine verschickt. Das wäre ein guter Service an der Bevölkerung.

Es wurde richtigerweise gesagt, dass das Schreiben betreffend die Kfz-Steuer nicht mehr verschickt wird. Ich glaube, dass das Land so etwas im ureigensten Interesse machen sollte, denn sonst passiert es, dass viele die Steuer nicht zahlen und das Geld in der Landeskasse fehlt. Viele bezahlen ja erst dann, wenn sie die Aufforderung bekommen. Natürlich zahlen sie dann zehn Prozent mehr, aber die Strafe ist nicht so hoch wie früher.

**ABGEORDNETER:** *(unterbricht)*

**SCHIEFER (SVP):** Das ist erst nach mehr als einem Jahr. Jedenfalls ist es im Interesse des Landes, alle anzuschreiben, damit jeder dieser Verpflichtung nachkommt.

**RENZLER (SVP):** Mir ist neu, dass das Schreiben betreffend die Kfz-Steuer nicht mehr verschickt wird. Ich habe die Mitteilung im September erhalten. Ich würde Landesrat Mussner ersuchen, zu überprüfen, seit wann die Schreiben betreffend die Kfz-Steuer nicht mehr zugestellt werden. Der Kollege Pöder hat mir soeben gesagt, dass er das Schreiben vor drei Tagen erhalten habe.

Was die Führerscheinverlängerung anbelangt, ist eine Mitteilung unbedingt notwendig. Ich würde jedem empfehlen, einmal nachzuschauen, ob der eigene Führerschein noch gültig ist. Ich habe bei Vorträgen schon öfters die Erfahrung gemacht, dass Versicherungsagenten betreffend die Risiken beim Verfall eines Führerscheines aufgeklärt haben, wobei jedes Mal zwischen zehn und zwanzig 20 Leute dabei waren, deren Führerschein verfallen war. Vor allem bei älteren Mitbürgern ist es wichtig, denn wenn der Führerschein verfallen ist, dann ersetzt die Versicherung einen eventuellen Schaden nicht mehr. Bei einem Unfall ist nicht nur der Unfallverursacher geschädigt, sondern zu einem großen Teil auch derjenige, der den Unfall erleidet, weil der Unfallverursacher den Schaden nicht mehr begleichen kann. Der Kostenaufwand bezüglich des Schreibens rechtfertigt diese Maßnahme

im Interesse der Bevölkerung. Das ist eine gute Maßnahme und ich würde sogar behaupten, dass sie unbedingt notwendig ist.

Was die Mitteilung für die Auto-Revisionen anbelangt, ist es einfach. Man weiß, dass diese ab Neukauf nach vier Jahren fällig ist und danach alle zwei Jahre.

Wie gesagt, ich würde den Landesrat ersuchen, sich dafür einzusetzen, dass die Mitteilung betreffend die Führerscheinerneuerung wieder eingeführt wird bzw. weiterhin erfolgt. Danke!

**MUSSNER (Landesrat für ladinische Bildung und Kultur, Museen und Denkmäler, Vermögen und Mobilität - SVP):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden über einen Dienst, den es schon einmal gegeben hat. Jeder von uns war froh, als diese Mitteilung gekommen ist. Wir sind damals zum Schluss gekommen, dass man versuchen sollte, diese Gelder einzusparen. Der Vorschlag, neue Kommunikationsformen anzuwenden, ist in Ordnung. Dieser Dienst kann sicher noch verbessert werden. Seit 17. Dezember 2012 wird eine Europäische Richtlinie angewandt, die vorsieht, dass der Führerschein am Geburtstag des Inhabers abläuft. Deshalb erinnert man sich leichter daran.

Was die Mitteilung betreffend die Kfz-Steuer anbelangt, ist es so, dass die Agentur der Einnahmen die Zahlungsaufforderung nur an Private schickt, die jährlich zahlen müssen. Die Zahlungsaufforderungen werden nicht an Firmen bzw. an jene Personen geschickt, die die Autosteuer vierteljährlich zahlen, wie beispielsweise die Lkw-Fahrer. Ich schlage vor, diesen Beschlussantrag anzuwenden, mit den geeigneten Formen, die wir noch näher studieren werden.

Kollege Knoll, noch etwas Persönliches. Sind Sie der Meinung, dass die Bürger über alles informiert werden und bezüglich jeder Fälligkeit einen Brief vom Land bekommen sollen? Dadurch wird die Eigenverantwortung der Menschen in Frage gestellt. Stellen wir uns nur einmal vor, wie viel Geld und Bürokratie dafür aufgewendet wird. Ich gebe zu, dass die Bürokratie in diesem Fall nicht so groß ist, aber das ist allgemein zu sagen. Wenn der Führerschein verfällt, dann sollte man sich selbst daran erinnern, vor allem auch aus Sicherheitsgründen. Da arbeiten wir ein bisschen gegen die Eigenverantwortung. Ich wäre also für die Abschaffung sämtlicher Schreiben, die wir in Bezug auf alle möglichen Termine verschicken. Das ist aber mehr eine persönliche Meinung.

Wie gesagt, wir sind für die Annahme dieses Beschlussantrages.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Landesrat und einen Dank auch an die Kollegen, die sich hier eingebracht haben. Das Einfachste wäre natürlich, wenn man die Steuer abschafft. Dann bräuchte man nicht daran erinnert zu werden. Oder man macht künftig alles über die Stromrechnung, wie bei der Fernsehsteuer. Spaß beiseite, das ist eine sehr ernst Angelegenheit, die schwerwiegende Folgewirkungen hat. Der Kollege Renzler hat etwas Wichtiges gesagt. Ich bin schon auch für die Eigenverantwortung, aber hier würde man den Bürgern entgegenkommen. Jeder hat wahrscheinlich schon einmal mit einer Führerscheingeschichte zu tun gehabt. Ich habe unlängst mit einem sehr interessanten Fall zu tun gehabt. Ein Pfarrer mit 86 Jahren hat den Führerschein verlängert und die Verlängerung für ein Jahr erhalten. Er hat das Pickerle aus Rom bekommen, das ihm erlaubt, für ein weiteres Jahr zu fahren, aber in Bozen hat man es ihm wieder genommen. Er war nicht beim Amtsarzt, sondern bei einem Arzt, der nicht die Befähigung dafür hatte. Es gibt also schon einen Grund, aber der Bürger, der davon betroffen ist, versteht es im ersten Moment nicht.

Wie gesagt, ich bedanke mich. Hier kommen wir den Bürgern wirklich entgegen, ohne großen Aufwand und große zusätzliche Kosten.

**PRÄSIDENT:** Ich eröffne die Abstimmung ohne die drei Worte "mittels eines Schreibens": mit 32 Ja-Stimmen genehmigt.

Wir kommen zurück zum Beschlussantrag Nr. 527/15 fort. Ich verlese einen Änderungsantrag, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Zimmerhofer und Atz Tammerle.

"Punkt 4 des beschließenden Teils erhält folgende Fassung: 4. Der Südtiroler Landtag beauftragt das Landtagspräsidium, ein Konzept für eine Informationskampagne über die Toponomastik (Orts- und Flurnamengebung) in Süd-Tirol auszuarbeiten. Das Ziel der Kampagne besteht darin, die Bevölkerung mit Hintergrundwissen über die historischen, wissenschaftlichen, sprachpolitischen und juridischen Aspekte der Toponomastik in Süd-Tirol auszustatten."

"Il punto 4 della parte dispositiva è così sostituito: 4. Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano incarica l'ufficio di presidenza di elaborare un progetto per una campagna di informazione sulla toponomastica (micro



e macrotoponimi) in questa provincia. Obiettivo della campagna è fornire alla popolazione le conoscenze di base sugli aspetti storici, scientifici, linguistici e giuridici della toponomastica in provincia di Bolzano."

Herr Abgeordneter Knoll, bitte.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Es ist die Änderung, die die Landesregierung gewünscht hat. Insofern ändert sich inhaltlich, dass nicht die Landesregierung, sondern das Landtagspräsidium beauftragt wird.

**PRÄSIDENT:** Das nehme ich zur Kenntnis. Der Kollege Dello Sbarba wollte aber noch einmal Stellung nehmen, nachdem es sich um einen Änderungsantrag handelt.

Kollege Dello Sbarba, bitte.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** È una modifica sostanziale. Alcune cose che dice Sven Knoll le posso condividere. Io ho sempre pensato per esempio che l'ignoranza da parte dei turisti ma anche da parte della popolazione italiana riguardo i nomi di lingua tedesca sia una perdita. A chi viene a trovarmi faccio sempre l'esempio de "Il Colle - Kohler". Qui sono due mondi diversi! Con Kohler capisco qualcosa di più di quella montagna, e tante altre cose. I nomi sono storia, anche se ogni nome ha una storia ed è nato ad un certo punto della storia. Tutti i nomi sono creati dall'umanità, dai popoli. Certo, ci sono dei nomi che sono stati creati dall'alto, però spesso ci sono anche nomi nati dalla violenza, dalle guerre, dall'occupazione ecc. Questa questione della conoscenza della toponomastica più antica di lingua tedesca e ladina è un discorso interessante. Quello su cui non sono d'accordo è che questo lo debba fare l'Ufficio di presidenza, cioè il Consiglio provinciale. Quando Sven Knoll dice che deve essere una cosa scientifica, rivolta a tutta la popolazione, storica, credo che questo sia un classico compito dell'assessorato alla cultura, cioè della Provincia, dell'esecutivo, dell'amministrazione. Non credo che l'Ufficio di presidenza e il Consiglio provinciale abbia i mezzi, le competenze e neanche gli strumenti per fare una cosa scientifica, storica, oggettiva rivolta a tutta la popolazione.

La seconda cosa che voglio dire è che secondo me è una questione che divide. Abbiamo visto che divide anche la Giunta provinciale tra componente Partito Democratico e componente Volkspartei. Vi immaginate quanto dividerebbe il Consiglio provinciale se il presidente portasse questa questione nel Collegio dei capigruppo? Credo che non sia una cosa sana. Se c'è una cosa che bisogna fare come amministrazione provinciale, l'incarico deve essere dato alla Giunta provinciale, all'amministrazione in quanto tale che ha tutte le competenze per fare questo.

Preferirei che tutta questa materia fosse rimandata alla Convenzione, che si discutesse con un po' di tranquillità. Tra l'altro il presidente Kompatscher ha annunciato che dovremo riaffrontare la legge su questo argomento e quello sarà il momento per affrontare questa questione in maniera pacata. È pacata perché il collega Knoll ha posto un tema corretto, quello della conoscenza storica, della conoscenza di dove si vive e io credo che questo sia un argomento giustificato.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore):** Io non credo affatto, come il collega Dello Sbarba, che sia stato posto il problema di conoscere. Qui è stato posto un problema molto diverso, e la premessa è estremamente chiara: il dato riferito alla rilevazione dell'Astat. Dalla rilevazione dell'Astat risulta che il 72,2% degli italiani dell'Alto Adige approva e vorrebbero i toponimi bilingui e che solo il 28,6% invece dei cittadini di lingua tedesca vuole i toponimi bilingui. La mozione nella sua premessa parte dalla medesima solfa di sempre, per cui sostanzialmente esisterebbe, nella coscienza di qualcuno, una toponomastica fondata che viene definita anche nella parte impegnativa "storicamente fondata", e una toponomastica inventata. Quindi una toponomastica storicamente fondata, quella tedesca, ha ragione di esistere, quella italiana, quindi non storicamente fondata, no, per cui bisogna fare un'opera di rieducazione come si faceva sotto il fascismo o terzo Reich, per insegnare a quei poveri disgraziati di italiani che non capiscono nulla e vorrebbero i nomi bilingui, perché credono nei valori dell'autonomia, a insegnare invece, non il rispetto del nome dell'altro perché sono proprio gli italiani che hanno il rispetto del nome dell'altro, ma educarli all'uso monolingue dei nomi, cioè ad usare la toponomastica, definita qua, "storicamente fondata".

Di scientifico in questa mozione, collega Dello Sbarba, ma lo dico anche agli altri colleghi, non c'è nulla, perché non c'è nulla di meno scientifico della distinzione fra micro e macro toponomastica. Non esiste in nessuno studio scientifico una distinzione fra nome grande, nome grosso, e nome piccolo, perché non esistono nomi grandi e nomi piccoli, esistono nomi, stratificazioni, esistono consapevolezza, identità. Allora questa è una mozione squisitamente provocatoria. Mi spiace profondamente che la Volkspartei, attraverso il presidente Kompatscher, si appiattisca sulle posizioni radicali di questo Consiglio, invece di trovare una posizione di incontro che favorisca la consapevolezza delle identità plurali di questo territorio, e mi stupisco, e in questo accolgo le osservazioni del

collega Dello Sbarba, ma io l'avevo premesso, questo è un tema che divide, in primis all'interno della maggioranza. A me stupisce il Partito Democratico che dichiara di essere contrario e dopo, di fatto, torna a ficcare la testa sotto la gonna del presidente Kompatscher abbassando le orecchie. Qui si deve porre un problema politico di verifica all'interno della maggioranza, se esiste una componente che all'interno di essa dovrebbe esercitare un certo tipo di ruolo. Lo ribadisco: figuratevi se divide la maggioranza quanto può dividere la società.

Questa è una mozione provocatoria, fascista nel suo impianto, potremmo definirla forse nazista più confacente al profilo dei proponenti, è una mozione che divide profondamente, crea un presupposto fallace sul piano culturale e infine assegna un competenza che non ha, all'Ufficio di presidenza. Ribadisco, come ha fatto il Partito Democratico, ma pur non facendo parte della maggioranza, il mio voto contrario. Mi aspetto che la componente italiana della maggioranza prenda posizione sul fatto che il presidente intervenga in aula a nome di tutta la maggioranza incurante del fatto che solo tre minuti prima una parte della sua coalizione era intervenuta per dichiarare una posizione contraria.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ich möchte nicht inhaltlich Stellung nehmen, sondern das positive Potential der Information über die Geschichte Südtirols und des Leidens Südtirols anerkennen. Ich hoffe, dass nicht auch die andere Gefahr mitgespielt werden soll, nämlich, dass dieses Thema natürlich emotional ist und entzweit und wieder neue Probleme im Zusammenleben schaffen wird. Gehen wir aber vom Positiven aus und erkennen das an.

Ich möchte eine formelle Beanstandung zum Auftrag an das Landtagspräsidium. Ich habe eine besondere Sensibilität für Zuständigkeiten und demokratische Vertretungen. Im Artikel 18 der Geschäftsordnung sind die Aufgaben des Präsidiums aufgelistet, wobei nicht steht, dass das Präsidium Informations- und Sensibilisierungskampagnen zu organisieren hat. Das ist nicht annähernd zu verstehen. *"Das Präsidium ergreift auf der Grundlage der Personalordnung des Landtages Maßnahmen bezüglich der Bediensteten. Es sorgt für die Einhaltung der Geschäftsordnung. Es genehmigt die Buchungsordnung und den Haushaltsvoranschlag. Es beschließt die Haushaltsänderungen und erarbeitet Vorschläge für die Ergänzung des Stellenplanes. Es genehmigt die Protokolle und beschließt über andere Angelegenheiten, die vom Präsidenten unterbreitet werden und bespricht andere Themen."* Da steht nichts vom Organisieren von Informationskampagnen, was auch richtig ist. Als Mitglied des Landtages möchte ich vom Präsidium vertreten werden, und wenn es hier drinnen Zweifler an diesem Antrag gibt, dann soll sich auch diese Person in der Tätigkeit des Landtages wieder erkennen. Es ist ein großer Unterschied zwischen dem Landtag, der die Gesamtheit der Bevölkerung vertritt und der Landesregierung, die sich zu einem bestimmten Programm zusammengefunden hat. Es wäre nicht richtig, wenn es hier Gegenstimmen gibt. Nicht umsonst gibt es in der Fraktionssprechersitzung den Usus der Einstimmigkeit von Beschlüssen. Achten wir bitte auf diese Rolle des Landtages, die eine andere ist als jene der Landesregierung, die Mehrheiten vertritt.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Eigentlich wollte ich mich nicht mehr zu Wort melden, aber der Kollege Dello Sbarba hat nicht zu Unrecht auf ein Problem hingewiesen. Ich habe mich schon auch gewundert, als der Landeshauptmann versucht hat, das elegant dem Landtagspräsidenten bzw. dem Präsidium zuzuschieben. Da stellen sich automatisch einige Fragen: Aus welchem Haushaltskapitel zahlt das der Landtag? Wird erst 2017 angefangen? Hier geht es um ein Konzept, das einen Inhalt hat. Wer im Präsidium legt fest, was den Leuten unterbreitet werden soll? Wie soll das bitte gehen? Die Landesregierung hat den politischen Auftrag dazu, und wenn wir das so beschließen, dann fürchte ich, dass der Beschlussantrag nicht umgesetzt wird. Da ergeben sich eine Reihe von Fragen, die noch nicht geklärt sind. Wenn der Südtiroler Landtag das Präsidium beauftragt, ein Konzept für eine Informationskampagne auszuarbeiten, dann frage ich, mit welchem Inhalt? Da braucht es sicher Berater, die die Landesregierung möglicherweise hat, der Landtag aber nicht. Hier wird wahrscheinlich das Kulturassessorat einzubinden sein. Toponomastik wird meines Wissens unter dem Bereich Kultur geführt.

Ich werde mir auf jeden Fall anschauen, wie das umgesetzt wird.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Ich habe die Schwierigkeit, dass wir mit dieser Informationskampagne in die Zeit der italienischen Landtagspräsidentschaft kommen werden, bei aller Wertschätzung für den Kollegen Bizzo. Natürlich unterscheidet sich die Ausrichtung in der Toponomastikfrage grundlegend. Ich glaube, dass das sehr problematisch ist. Was heißt, das Kulturressort miteinzubinden? Das Kulturressort wird sich elegant aus der Verantwortung ziehen und sagen: "Das macht der Landtag." Man hat diese heiße Kartoffel dem Landtag übergeben, mit Absicht. Bei aller Wertschätzung, Kollege Bizzo, aber es wird der italienische Landtagspräsident sein, der das zu verantworten hat. Wie wird dieser Südtirol informieren? Der juristische Aspekt ist, dass

der Landtag ein Gesetz verabschiedet hat, das nicht umgesetzt wird, weil Teile davon vor dem Verfassungsgerichtshof gelandet sind. Wenn es der PD-Landtagspräsident macht, dann wird in der Informationsbroschüre stehen: "Wir haben ein tolles Gesetz." Dieses Gesetz findet aber nicht die Zustimmung aller hier im Landtag. Ich halte es für hoch gefährlich, das dem Landtagspräsidium zu überantworten. Mir wäre es lieber, wenn das die Landesregierung machen würde, aber offensichtlich drückt sie sich davor, das zu machen. Es ist nicht in Ordnung, dass sich der Landeshauptmann hier aus der Verantwortung stiehlt. Die Landesregierung hat hier ganz einfach dem Landtag die heiße Kartoffel zugeworfen, der sie nicht auffangen, sondern postwendend zurückschicken und sagen sollte: "Ihr informiert und nicht wir!"

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Wir haben im ursprünglichen Text nicht umsonst die Landesregierung beauftragt, weil wir der Meinung waren, dass das besser wäre. Ich erkenne aber schon irgendwo die Logik an, dass man sagt, dass der Landtag dafür zuständig ist, ein Gesetz über die Ortsnamengebung vorzulegen. So, wie wir auch in anderen Dingen informieren, sehen wir es auch hier als unsere Aufgabe an, Informationsarbeit zu leisten. Mir wäre auch lieber, wenn es die Landesregierung machen würde. Da mache ich keinen Hehl daraus.

Über juristische Dinge muss informiert werden. Für die Benennung der Fraktionen ist nicht der Landtag, sondern dafür sind die Gemeinden zuständig. Die Informationsaufgabe wäre also jene, die Gemeinden zu informieren, wann eine Gemeinde einen italienischen Fraktionsnamen führen muss. In der Gemeinde Schenna gibt es die Fraktion Verdins, die über viele Jahre hinweg einfach als Verdines bezeichnet wurde. Wir sind dann draufgekommen, dass dieser Namen weder im Prontuario, noch in den Karten des Istituto Geografico Militare aufscheint. Den hat irgendjemand irgendwann einmal eingeführt und die Gemeinde kannte die rechtliche Position nicht. Wenn in einem neuen Skigebiet eine neue Skipiste eröffnet wird, ist dann das Unternehmen verpflichtet, einen italienischen Namen neu zu erfinden? Beispiel Orto del Toro für die Stieralm. Das sind Dinge, bei denen es an juridischer Aufklärungsarbeit fehlt. Natürlich wäre es von der Konstellation her, wenn das dann unter die Amtszeit Bizzo fallen würde, aber im Präsidium gibt es ja auch Mehrheit. Wir werden die Ersten sein, die mit Argusaugen beobachten, wie die Informationstätigkeit gemacht wird. Es geht nicht nur um eine generelle Information. "*Das Ziel der Kampagne besteht darin, die Bevölkerung mit Hintergrundwissen über die historischen, wissenschaftlichen, sprachpolitischen und juridischen Aspekte der Toponomastik in Südtirol auszustatten.*" Es ist also ganz klar definiert, dass sich hier nicht jemand aufgrund einer politischen Geisteshaltung hinsetzt und einen Vortrag hält. Uns ist wichtig, dass so etwas überhaupt gemacht wird. Von wem, ist uns einerlei. Deshalb haben wir dem Wunsch auf Abänderung zugestimmt.

**PRÄSIDENT:** Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 11 Ja-Stimmen und 22 Nein-Stimmen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über den beschließenden Teil: mit 22 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung genehmigt.

Wir kommen zurück zu Punkt 10 der Tagesordnung, Beschlussantrag Nr. 534/15.

Frau Abgeordnete Artioli, Sie haben noch 4 Minuten, bitte.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Ripeto per l'assessora che non era in aula quando l'ho illustrata. Questa mozione l'avevo presentata a dicembre in occasione della trattazione del bilancio, avevo chiesto di intensificare i controlli incrociati per quanto riguarda il finanziamento pubblico erogato ai cittadini migranti per evitare di ritrovarci nella situazione di Merano, e fu respinta. A gennaio i media hanno pubblicato un'intervista del Procuratore che chiede di fare i controlli. A questo punto io Le ripresento la mozione e Le chiedo di fare i controlli incrociati, perché fino a che lo dice la consigliera Artioli, capisco che possa non avere peso, ma quando la Procura ci dice che abbiamo un sistema di controlli inesistente e che non possiamo controllare tramite il modello Durp i soldi che eroghiamo, dobbiamo pensare di iniziare a fare i controlli, altrimenti ci prendono in giro come è già successo. Sulle televisioni nazionali, ad ogni trasmissione che viene messa in onda di approfondimento sul terrorismo e sull'Isis, viene nominato Merano, l'arresto del terrorista e il fatto che la Provincia gli abbia dato 2.000 euro al mese, perché ha 5 figli.

Chiedo all'assessora Deeg se veramente non ritiene di dover intervenire almeno per farsi restituire i soldi, perché la cosa incredibile è che siamo su tutti i media nazionali per questo motivo, la Procura ci chiede di modificare i nostri sistemi di controllo, perché loro non possono verificare a chi noi diamo i contributi, e noi non abbiamo preso nessun provvedimento per revocare il contributo. A me risulta che la famiglia continua a prendere i soldi

nonostante l'arresto del capofamiglia, quindi chiedo se vogliamo farci restituire i soldi in qualche maniera o se vogliamo rimanere lo zimbello d'Italia.

Adesso sarebbe importante che l'assessore si renda conto che non lo dico solo io, lo dicono anche altri consiglieri in quest'aula, lo dice la Procura, e forse può pensare che c'è qualcosa che non va nel sistema di erogazione dei soldi pubblici, che possiamo controllare meglio prima di pentirci e dire che non ci siamo accorti che finanziamo il terrorismo. Con il solo controllo del Durp non possiamo accorgerci che stiamo finanziando il terrorismo, perché il Durp è una dichiarazione sul reddito, e a chi è senza reddito sarà difficile fare controlli. Sappiamo che i tempi sono cambiati, che ci sono cellule terroristiche in tutta Europa, decidiamo quindi di cambiare i nostri sistemi di controllo, a meno che non vogliamo continuare ad essere lo zimbello di tutta Italia.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Hier wird ein an sich wichtiges Thema meiner Meinung nach ein bisschen oberflächlich behandelt, Kollegin Artioli. Es ist sicher unterstützenswert, wenn gesagt wird, dass Kontrollen stattfinden müssen, vor allem in Bezug auf die Vergabe von Beiträgen. Ich stimme Dir vollkommen zu, dass kontrolliert werden muss, ob Menschen in ihren Herkunftsländern Immobilien besitzen. Wir müssen aber schon ehrlich sein, denn diese Kontrollen sagen nichts darüber aus, ob jemand dem IS angehört oder sonst etwas. Wenn wir also sagen, dass wir mit Landesbeiträgen den IS finanzieren ...

**ARTIOLI (Team Autonomie):** *(unterbricht)*

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ja schon, aber was ändert sich, wenn wir wissen, welche Immobilien sie haben? Wenn sie in ihrem Heimatland nicht straffällig geworden sind, keine Immobilien hatten und in Südtirol Anspruch auf Beihilfen haben?

**ARTIOLI (Team Autonomie):** *(unterbricht)*

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich möchte nur den Gedankengang durchspielen. Wenn diese Menschen hier antragsberechtigt sind und sich dem IS-Gedanken verpflichten, dann ändern strengere Kontrollen im Herkunftsland gar nichts, weil sie trotzdem Beiträge bekommen.

Ich möchte auch noch eine sprachliche Korrektur vorschlagen. Hier wird zwischen "Bürgern" und "Migranten" unterschieden. Man kann zu Migranten stehen, wie man will, aber auch ein Migrant ist ein Bürger. Vielleicht wäre "Staatsbürger" die richtige Übersetzung.

**BLAAS (Die Freiheitlichen):** Ich möchte besonders auf den zweiten Absatz dieses Beschlussantrages eingehen, wo die Kollegin Artioli zu Recht fordert, Verschwendungen und nicht prioritäre Ausgaben, Zeitungsannoncen, externe Beratungsaufträge usw. zu reduzieren. Das ist enorm wichtig. Wir haben letztthin mitbekommen, was die Presse wiedergegeben hat, beispielsweise die Artikel über die Laimburg, die Werbung in eine bestimmte Richtung betreiben sollten. Auch die Aktion der Kollegin Deeg mit 39.000 Euro "Wir vernetzen" ist zu erwähnen.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** *(interrompe)*

**BLAAS (Die Freiheitlichen):** Ach so, ich nehme zur Kenntnis, dass ich kurzzeitig im falschen Film war.

**PRÄSIDENT:** Gibt es weitere Wortmeldungen? Keine. Dann erteile ich Landesrätin Deeg das Wort für die Stellungnahme seitens der Landesregierung.

**DEEG (Landesrätin für Familie und Verwaltungsorganisation - SVP):** Sehr geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Kollegin Artioli! Der ursprüngliche Antrag war ganz ein anderer. Im Großen und Ganzen kann man alles teilen, was in Richtung Effizienzsteigerung geht. Sie wissen, dass wir seit einiger Zeit dabei sind, über die verschiedenen Möglichkeiten und Maßnahmen zu diskutieren und auch schon zum Teil umzusetzen, die darauf abzielen, etwas mehr Governance in die Geschichte zu bringen. Wir haben den Performance-Plan eingeführt, in dem strategische Ziele präsentiert werden. Wir werden auch eine Anhörung des Ausgabenausschusses abhalten, der die Aufgabe hat, die Haushaltskapitel durchzuchecken. Da sind wir in vielen Punkten schon auf gutem Weg und immer wieder über Anregungen froh. Das, was Sie hier vorschlagen, ist zur Zeit noch nicht möglich, auch aufgrund der fehlenden Dateninformationssysteme. Es ist ähnlich wie in der Sanität,

wo es viele Abteilungen mit eigenen Systemen gibt. Wir haben vor kurzem die Ausschreibung für eine digitale Plattform in die Wege geleitet, um die IT-Systeme zu harmonisieren und einheitliche Datenbanken zu schaffen. Diese werden aber nicht die Daten über die Sozialsprengel enthalten. Deshalb werden wir einen Abgleich mit der Agentur der Einnahmen brauchen.

Was ich nicht so stehen lassen möchte, ist, dass wir davon ausgehen, dass die Leistungen grundsätzlich ungerechtfertigterweise bezogen werden. Die Menschen suchen auch jetzt schon um unterschiedliche Arten der Förderung an. Sie machen auch Erklärungen, wobei wir mit dem Gesetz zur offenen Verwaltung den Punkt der Ersatzerklärungen erweitern möchten. Grundsätzlich werden Leistungen in der Landesverwaltung nur dann ausbezahlt, wenn sie einem auch zustehen. Natürlich werden auch Kontrollen gemacht, darunter Stichprobenkontrollen über ausbezahlte Leistungen im Ausmaß von sechs Prozent. im Wohnbaukomitee gibt es monatlich Sitzungen, bei denen Leistungen aufgrund der von den Bürgern vorgelegten Unterlagen nicht den Daten entsprechen. Das möchte ich also nicht so stehen lassen. In Zusammenhang mit dem Familiengeld habe ich schon mehrmals darauf hingewiesen, dass es eine relativ hohe Zugangshürde von fünf Jahren Ansässigkeit gibt, wobei wir wissen, dass 89 Prozent der Menschen, die das Familiengeld beziehen, effektiv Einheimische sind.

Wie gesagt, wir müssen die Systeme dahinter bauen, was wir auch erreichen möchten. Allerdings können wir nicht mehrfach Kontrollen im Sinne von zusätzlichen Belastungen durchführen. Wir machen bereits Kontrollen. Viele Kriterien werden derzeit überarbeitet bzw. sind bereits überarbeitet worden. Wir arbeiten daran, dass alles etwas unbürokratischer und schneller wird. Es ist nicht so, dass wir keine Kontrollen machen würden.

In diesem Sinne werden wir diesem Beschlussantrag nicht zustimmen.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Sull'ordine dei lavori. Visto che l'assessora ha ancora un po' di tempo a disposizione, le chiedo, se ci dovesse ricapitare un caso come è successo a Merano, con gli attuali strumenti di controllo come si accorgerebbe che da 5 anni la Provincia finanzia una persona che non cerca lavoro, che la sera va fare proselitismo e spiega come mettere le bombe? Con il personale che l'assessorato ha a disposizione per i controlli, mi spiega come controlla?

Chiedo solo questo, poi posso anche ritirare la mozione. Siccome lei dice che lo state già facendo, chiedo come possiamo evitare un altro caso del genere. Ce lo chiede la Procura. Se Lei non ha letto il "Corriere della Sera", possiamo sospendere la votazione della mozione, domani Le invio l'articolo, legge bene cosa ha detto la Procura e mi dice come intende intervenire.

**PRÄSIDENT:** Das hatte nicht viel mit Fortgang der Arbeiten zu tun, Kollegin Artioli, sondern war eine Zusatzfrage. In der Geschäftsordnung ist nicht vorgesehen, dass man auf eine Zusatzfrage antworten kann, aber wenn es Frau Landesrätin Deeg wünscht.

Bitte, Kollegin Deeg.

**DEEG (Landesrätin für Familie und Verwaltungsorganisation - SVP):** Die Landesverwaltung führt jene Kontrollen durch, die verpflichtend vorgeschrieben sind und immer dann, wenn ein Missbrauch von Seiten von Bürgerinnen und Bürgern angemahnt wird. Wir machen nicht in allen Bereichen hundertprozentige Kontrollen. Sie weisen ja selbst immer wieder darauf hin, dass wir unbürokratischer werden sollen und der Verwaltungsapparat effizienter werden soll. Das bedeutet aber auch, dass wir den Menschen vertrauen müssen, dass das, was sie erklären, der Wahrheit entspricht. Das, was wir machen müssen, machen wir, auch einiges mehr als notwendig. Schauen Sie sich einmal das Wohnbaukomitee an. Dann werden Sie sehen, wie viele Förderungen wir rückgängig machen.

**PRÄSIDENT:** Ich eröffne die Abstimmung: mit 9 Ja-Stimmen, 16 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen abgelehnt.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

*Danke, die Sitzung ist geschlossen.*

**Ore 17.54 Uhr**

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:**

**Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ARTIOLI (2, 41, 42, 56, 58)

ATZ TAMMERLE (2, 36)

BIZZO (36)

BLAAS (3, 47, 57)

DEEG (57, 58)

DELLO SBARBA (8, 22, 28, 38, 39, 45, 49, 54, 57)

FOPPA (2, 9, 29, 55)

HOCHGRUBER KUENZER (2)

KNOLL (7, 29, 33, 38, 47, 52, 54, 56, 57)

KÖLLENSPERGER (4, 19, 24, 30)

KOMPATSCHER (30, 37, 39)

LEITNER (22, 26, 35, 50, 53, 55)

MAIR (6, 11)

MUSSNER (10, 53)

PÖDER (1, 3, 21, 27, 35, 51, 55)

RENZLER (52)

SCHIEFER (52)

STEGER (3, 8, 22, 27, 48, 50, 51)

STOCKER M. (3, 23)

STOCKER S. (36)

THEINER (48)

URZÌ (9, 11, 26, 30, 35, 37, 54)

ZIMMERHOFER (28)